STAATSANZEIGER

FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1982 MONTAG, 6. SEPTEMBER 1982 Nr. 36

Seite

Der Hessische Minister des Innern

Prämiierung von Vorschlägen im Rahmen des Vorschlagswettbewerbs der Hessischen Landesregierung 1610

Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung (SZG) vom 23. 5. 1975; hier: 1. § 6 Abs. 2 Satz 4 SZG — Begriff der „unverzüglichen Rückkehr in den öffentlichen Dienst" 2. § 8 Abs. 1 SZG — Sonderbetrag für Kinder 1611

Verwaltungsvorschrift über das Verfahren bei Ermessenseinbürgerungen 1611

Erteilung von Genehmigungen zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 25 RuStAG bei Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit 1614

Ausführung des § 16 Abs. 2 Satz 2 des Hessischen Verwaltungsvollstrekkungsgesetzes 1615

Zulassung von Feuerlöschgeräten und Feuerlöschmitteln 1615

Auswirkungen der Umsatzsteuererhöhung auf Ingenieur- und Architektenverträge; hier: Nachtrag zur Behandlung von Teilleistungen 1617

Festsetzung des allgemeinen Zeichens für den Zivilschutz 1617

a) 49. Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages,
b) Änderungstarifvertrag Nr. 37 zum MTL II, beide vom 17. 5. 1982 1617

Seite

Der Hessische Kultusminister

Entgelt für die Nutzung von Wohnheimplätzen des Studentenwerks Darmstadt 1618

Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an die Jüdische Gemeinde Kassel 1618

Genehmigung des Kultussteuerbeschlusses der Jüdischen Gemeinde Kassel für das Rechnungsjahr 1983 .. 1618

Genehmigung der Kultussteuerordnung der Jüdischen Gemeinde Kassel 1618

Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

Geplante Wiederaufnahme des Braunkohleabbaus am Hohen Meißner, Gemarkung Meißner, Werra-Meißner-Kreis, durch die Preußische Elektrizitäts-AG, Abteilung Borken; hier: Raumordnungsverfahren nach § 11 Hess. Landesplanungsgesetz 1619

Stellen nach § 26 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes 1623

Der Landeswahlleiter für Hessen

Zulassung der Landeslisten für die Landtagswahl am 26. 9. 1982 1623

Personalnachrichten

Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 1635

Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen 1635

Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz 1637

Seite

Im Bereich des Hessischen Kultusministers 1637

Im Bereich des Hessischen Sozialministers 1639

Im Bereich des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten 1639

Die Regierungspräsidenten

DARMSTADT

Widerruf der Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises 1639

Verordnung über Verkaufszeiten anläßlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen vom 18. August 1982 1639

GIESSEN

Verordnung über Verkaufszeiten anläßlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen vom 17. August 1982 1639

Ungültigkeitserklärung eines Polizeidienstausweises 1640

KASSEL

Vorhaben der Firma Kalkwerke Otterbein GmbH & Co. KG, 6402 Großenlüder 2 1640

Ungültigkeitserklärung von Polizei-Dienstausweisen 1640

Buchbesprechungen 1640

Öffentlicher Anzeiger 1642

Andere Behörden und Körperschaften 1646

Öffentliche Ausschreibungen 1647

Stellenausschreibungen 1648

918

DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

Prämilerung von Vorschlägen im Rahmen des Vorschlagswettbewerbs der Hessischen Landesregierung

Bezug: Erlasse vom 17. Dezember 1976 (StAnz. 1977 S. 11) und 18. Mai 1981 (StAnz. S. 1170)

Die Landesregierung hat die Vorschläge der nachstehend aufgeführten Teilnehmer am Vorschlagswettbewerb als verwertbar anerkannt und wie folgt prämiiert:

Name des Einsenders	Reg.-Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
Oskar Maeusel	1560	Vereinfachung im Bereich der Forstverwaltung; hier: Flächenerhebung — Wegfall der doppelten Führung der Flächenkartei —	50,—
Heinrich Denich	1568	Vereinfachung im Bereich der Forstverwaltung; hier: Einführung eines Fragenkatalogs für die theoretische Ausbildung der Auszubildenden im Ausbildungsberuf „Forstwirt“	50,—
Josef Tiefenbach	1580	Vereinfachung im Bereich der Forstverwaltung; hier: Verbesserung der Vordrucke Abschußkartei A, B und C (LBSt. 9.16, 9.17 und 9.18) — Eindruck von Arbeitslinien —	50,—
Horst Hehr	1614	Vereinfachung im Bereich der Polizei; hier: Neugestaltung des „Verwarnungsgeldblocks“ — Verbesserung der Handhabung des Vordruckblocks —	50,—
Georg von Burstin	1618	Verbesserung des Zahlungsverkehrs — Angabe des Zahlungsweges auf den Zahlungsaufforderungen —	50,—
Horst Breunig	1655	Verbesserung im Bereich der Polizei; hier: Neugestaltung des „Verwarnungsgeldblocks“ — Eindruck der lfd. Nr. in die Quittungsstreifen —	50,—
Heinrich Vock	1664	Vereinfachung im Bereich der Justizverwaltung; hier: Einführung eines Vordrucks „Benachrichtigung vom Eingang einer Rechtsmittelschrift“	50,—
Dieter Knierim	1564	Vereinfachung im Bereich der Forstverwaltung; hier: Neugestaltung der Arbeiterliste	60,—
Michael Lech	1626	Portoeinsparung im Bereich der Justizverwaltung; hier: Sammelpostsendungen in Familiensachen an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und die Landesversicherungsanstalt Hessen	70,—
Heinrich Vock	1665	Vereinfachung im Bereich der Justizverwaltung; hier: Einführung von Kostenvordrucken in Nachlaßsachen 1. Urschrift der Kostenrechnung 2. Reinschrift der Kostenrechnung mit eingedruckten Kostentatbeständen	70,—
Manfred Heisig	1585	Vereinfachung im Bereich der Forstverwaltung; hier: Einführung eines Vordrucks zur Herleitung des Durchschnittslohns für Waldarbeiter	80,—
Heinrich Vock	1659	Vereinfachung im Bereich der Justizverwaltung; hier: Einführung von amtlichen Vordrucken für 1. den Antrag auf Festsetzung der Entschädigung von Zeugen, Sachverständigen usw. 2. die Verdienstbescheinigung von Zeugen und Schöffen	80,—
Joachim Holten	1722	Wiederverwendung von Aktenheftern der Zentralen Vergütungs- und Lohnstelle Hessen (ZVL)	100,—
Robert Opel	1738	Vereinfachung im Bereich der Justizverwaltung; hier: Verbesserung des Vordrucks ZP 9a — Anordnung des schriftlichen Vorverfahrens in Zivilprozeßsachen vor den Amtsgerichten —	100,—
Claus Berger	1803	Verbesserung der Verfahrensweise in der Fotosatzmontage	100,—
Wilhelm Leonhäuser	1570	Vereinfachung im Bereich der Forstverwaltung; hier: 1. Beschaffung von Rechenmaschinen für die Revierleiter 2. Wegfall bzw. Zusammenfassung von Berichtsterminen	200,—
Dieter Fonfara	1742	Verbesserung im Bereich der Polizei; hier: Änderung des Holsters für die Pistole P 6	200,—
Georg Wabnitz	1677	Vereinfachung bei der Durchführung von Prüfungen für Nichtschüler zum Erwerb des Abschlußzeugnisses der Haupt-/Realschule — Einführung landeseinheitlicher Vordrucke —	500,—
Christoph Hohmann	1701	Einsparung im Bereich der Paketzustellung beim Regierungspräsidenten in Darmstadt; hier: Selbstabholung bei der Post	800,—

Name des Einsenders	Reg.-Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
NN	1627	Verbesserung im Bereich der Straßenbauverwaltung; hier: Einsatz von Meßgehilfen im Winterdienst	1 000,—
Heinz Deibel	1538	Einsparung von Kanalbenutzungsgebühren — Absetzung von Wassermengen, die nachweislich verdampft sind oder in gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieben verwendet werden —	3 000,—

Wiesbaden, 17. August 1982

Der Hessische Minister des Innern
I A 14 — 3 v

StAnz. 36/1982 S. 1610

919

Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung (SZG) vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173);

hier: 1. § 6 Abs. 2 Satz 4 SZG — Begriff der „unverzüglichen Rückkehr in den öffentlichen Dienst"
2. § 8 Abs. 1 SZG — Sonderbetrag für Kinder

Bezug: Mein Rundschreiben vom 10. Oktober 1975 (StAnz. S. 1970) i. d. F. meines Rundschreibens vom 2. Oktober 1981 (StAnz. S. 1974)

Zu 1.

Nach § 6 Abs. 2 Satz 4 SZG sollten Beamte, die unter Fortbestehen ihres Rechtsverhältnisses als Beamter usw. zum Grundwehrdienst einberufen werden, im Entlassungsjahr so gestellt werden, als ob aus diesem Rechtsverhältnis Dienstbezüge gezahlt worden wären. Andere Fälle, in denen vor dem Grundwehrdienst ein zur Zahlung der Sonderzuwendung berechtigendes Rechtsverhältnis endet und während oder nach Ende des Grundwehrdienstes ein neues Rechtsverhältnis in diesem Sinne begründet wird, sollten grundsätzlich nicht von § 6 Abs. 2 Satz 4 SZG erfaßt werden. Der Bundesminister des Innern hat nunmehr keine Bedenken, wenn die „unverzügliche Rückkehr in den öffentlichen Dienst" so ausgelegt wird, daß vor Ende des Grundwehrdienstes ein Rechtsverhältnis nach § 1 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 SZG bestehen muß, in das der Betroffene nach Ende des Grundwehrdienstes unverzüglich „zurückkehrt". Zu berücksichtigen sind danach bei der Berechnung der Sonderzuwendung die Monate des Entlassungsjahres, in denen dieses Rechtsverhältnis während des Grundwehrdienstes bestanden hat.

Diese Handhabung gilt jedoch nur für die Anwendung des § 6 Abs. 2 Satz 4 SZG und berührt nicht die vorrangige Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen nach § 3 SZG.

Zu 2.

Den Hinweisen des Bundesministers des Innern zur Durchführung des § 8 SZG in der Anlage zu meinem Bezugsrundschreiben wurde in Abs. 1 a.a.O. folgender Satz 5 angefügt:

„Entsprechendes gilt in den Fällen des § 45 Abs. 1 Buchst. d des Bundeskindergeldgesetzes."

Die Ergänzung entspricht der Regelung im Tarifbereich.

Wiesbaden, 17. August 1982

Der Hessische Minister des Innern
I B 21 — P 1547 A — 1
— Gült.-Verz. 3230 —

StAnz. 36/1982 S. 1611

920

Verwaltungsvorschrift über das Verfahren bei Ermessenseinbürgerungen

Inhaltsübersicht

Allgemeines
1. Geltungsbereich
2. Sachliche Zuständigkeit
3.— 7. Örtliche Zuständigkeit

Antrag
8.—11. Einbürgerungsantrag
12.—15. Unterlagen und Nachweise
16.—19. Vorlage der Unterlagen
20.—21. Antragstellung im Ausland

Prüfung
22.—27. Tätigkeit der unteren Verwaltungsbehörde
28.—29. Tätigkeit der Einbürgerungsbehörde

Entscheidung
30. Zurückstellung
31. Ablehnung
32. Zustimmung
33. Einbürgerungszusicherung

Vollzug
34.—39. Einbürgerungsurkunde
40.—41. Mitteilungen
42.—44. Verwaltungsgebühr
45. Einbürgerungstatistik
46. Aktenaufbewahrung

47. **Aufhebung von Erlassen**

Allgemeines

Geltungsbereich

1. Diese Verwaltungsvorschrift gilt für Einbürgerungen nach
   - § 8 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes — RuStAG — vom 22. Juli 1913 (RGBl. I S. 583), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juni 1977 (BGBl. I S. 1101),
   - § 9 RuStAG,
   - § 13 RuStAG,
   - § 9 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit — 1. StARegG — vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65) und
   - § 1 der Verordnung zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen vom 20. Januar 1942 (RGBl. I S. 40).

Sachliche Zuständigkeit

2. Einbürgerungsbehörde ist der Regierungspräsident (vgl. § 1 Abs. 1 der Verordnung über die Behörden in Staatsangehörigkeitssachen vom 14. August 1967 — GVBl. I S. 149 —). Untere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift ist in kreisfreien Städten und in kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 7 500 Einwohnern der Gemeindevorstand (Magistrat), im übrigen der Landrat als Behörde der Landesverwaltung.

Örtliche Zuständigkeit

3. Örtlich zuständig ist nach §§ 17, 27 1. StARegG grundsätzlich die Behörde, in deren Bezirk
   - der Antragsteller seinen dauernden Aufenthalt hat, oder
   - der Antragsteller zuletzt seinen dauernden Aufenthalt in Deutschland gehabt hat, sofern er jetzt seinen dauernden Aufenthalt außerhalb Deutschlands hat, oder
   - der Vater oder die Mutter des Antragstellers ihren dauernden Aufenthalt in Deutschland haben oder zuletzt hier gehabt haben, sofern der Antragsteller niemals seinen dauernden Aufenthalt in Deutschland hatte.
4. Abweichend hiervon ist für einen Minderjährigen, der unter elterlicher Gewalt steht und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, die Behörde zuständig, die für die Eltern oder den vertretungsberechtigten Elternteil zuständig wäre (§ 18 Abs. 4 1. StARegG).
5. Sofern nach Nr. 3 oder 4 eine Behörde außerhalb der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) zuständig wäre oder es überhaupt an einer zuständigen Behörde fehlt, ist das Bundesverwaltungsamt zuständig.
6. Soweit für Angehörige einer Familie, für die der Antrag gemeinsam gestellt wird, verschiedene Behörden zuständig sind, soll von der in § 17 Abs. 5 1. StARegG vorgesehenen Möglichkeit, die Verfahren zu verbinden, Gebrauch gemacht werden.
7. Verlegt ein Einbürgerungsbewerber vor der Entscheidung über seinen Antrag seinen dauernden Aufenthalt in den

Bereich einer anderen Einbürgerungsbehörde, so geht die örtliche Zuständigkeit kraft Gesetzes auf diese Behörde über. In diesem Fall ist der Einbürgerungsantrag mit allen Unterlagen unverzüglich an die neue Einbürgerungsbehörde abzugeben.

Antrag

Einbürgerungsantrag

8. Die Einbürgerung erfolgt nur auf Antrag. Der Antragstellung soll eine Unterrichtung über die allgemein geforderten Einbürgerungsvoraussetzungen, die vorzulegenden Unterlagen und die voraussichtliche Höhe der Verwaltungsgebühr vorausgehen. Der Einbürgerungsbewerber ist davon in Kenntnis zu setzen, daß die Bearbeitung des Einbürgerungsantrags im Regelfall einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt.

9. Der Antrag auf Einbürgerung ist bei der zuständigen unteren Verwaltungsbehörde mündlich zu Protokoll oder schriftlich zu stellen. In jedem Fall soll möglichst ein geeigneter Vordruck benutzt werden.

10. Für jeden über 16 Jahre alten Einbürgerungsbewerber ist ein gesonderter Antrag erforderlich. Für eine unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft stehende Person wird, wenn sie das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, der Antrag von dem gesetzlichen Vertreter gestellt; hat sie das 16. Lebensjahr vollendet, so bedarf ihr Antrag der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.

11. Der Antrag soll alle Angaben enthalten, die zur Fertigung des Einbürgerungsverzeichnisses erforderlich sind. Im Antrag sind alle Orte, an denen sich der Antragsteller von Geburt bis zur Einreichung des Antrags aufgehalten hat, unter Angabe der Zeit des Aufenthalts anzugeben, ferner, ob er bestraft worden, ein Straf- oder Ermittlungsverfahren gegen ihn anhängig ist und ob er schon früher bei einer deutschen Behörde einen Einbürgerungsantrag gestellt und welchen Bescheid er hierauf erhalten hat. Auch hat der Antragsteller zu erklären, ob er eine Genehmigung zur Beibehaltung seiner bisherigen Staatsangehörigkeit beantragt oder erhalten hat. Einbürgerungsbewerber aus Entwicklungsländern haben bei der Antragstellung zu erklären, daß sie mit der Rückzahlung eventuell erhaltener Ausbildungsbeihilfen einverstanden sind.

Unterlagen und Nachweise

12. Die Angaben im Einbürgerungsantrag sind vom Einbürgerungsbewerber, soweit dies möglich und zumutbar ist, nachzuweisen.

13. Vom Einbürgerungsbewerber sind stets vorzulegen:
- Paß oder andere Urkunden zum Ausweis der Person und der Staatsangehörigkeit,
- eigenhändig geschriebener Lebenslauf (nur bei Einbürgerungsbewerbern ab 16 Jahren),
- ein Lichtbild aus neuerer Zeit (nur bei Einbürgerungsbewerbern ab 16 Jahren),
- Nachweise zum Personenstand,

  z. B. Geburts- oder Abstammungsurkunde, Heiratsurkunde oder beglaubigte Abschrift/Auszug aus dem Familienbuch,
- Nachweise über die berufliche Tätigkeit während der vom Einbürgerungsbewerber zu fordernden Mindestniederlassungsdauer,

  z. B. Rentenversicherungsunterlagen, Bescheinigung über die Zulassung zum Beruf,
- Einkommens- und Vermögensnachweise,

  z. B. Verdienstbescheinigung des Arbeitgebers, Einkommensteuerbescheid, Rentenbescheid.

14. Je nach Sachverhalt sind zusätzlich vorzulegen:
- Nachweise zum Personenstand der Eltern,

  z. B. bei Einbürgerung Minderjähriger ohne die Eltern,
- Nachweise zum Personenstand von Kindern,

  z. B. bei Einbürgerung von Eltern ohne ihre Kinder,
- Urkunden zum Nachweis der gesetzlichen Vertretung,
- Nachweis über die Staatsangehörigkeit,

  z. B. wenn der Paß oder sonstige Urkunden zum Ausweis der Person darüber keinen zuverlässigen Aufschluß geben. Auf einen solchen Nachweis ist zu verzichten, wenn seine Beschaffung auf Schwierigkeiten stoßen würde und vor dem Vollzug der Einbürgerung ein Negativ-Nachweis zu fordern ist,
- Nachweis über einen besonderen Status,

  z. B. Vertriebener, heimatloser Ausländer, Asylberechtigter, ausländischer Flüchtling,
- Nachweise der Aus- und Weiterbildung,

  z. B. Abschlußzeugnisse weiterbildender Schulen, Hochschulen und besonderer Ausbildungsstätten, Zeugnisse über besondere Weiterbildung, Berechtigung zum Führen eines akademischen Grades,
- Nachweis über die Annahme als Kind,
- Nachweis über die Auflösung der Ehe,
- Nachweis über die Erfüllung von Unterhaltspflichten,

  z. B. gegenüber Ehegatten und ehelichen Kindern bei Getrenntleben oder Scheidung und gegenüber nichtehelichen Kindern,
- amtsärztliches Gesundheitszeugnis,

  wenn auf Grund des Gesundheitszustandes begründete Zweifel bestehen, ob der Antragsteller auf Dauer imstande ist, sich und seine Angehörigen zu unterhalten.

15. Darüber hinaus sind weitere Unterlagen nur zu verlangen, soweit zu erwarten ist, daß sie über entscheidungserhebliche Tatsachen Aufschluß geben.

Vorlage der Unterlagen

16. In der Regel sind Personenstandsurkunden im Original, andere Urkunden in beglaubigter Abschrift oder Ablichtung der Urschrift vorzulegen.

17. Kann eine beglaubigte Abschrift oder Ablichtung der Urschrift nicht vorgelegt werden, ist nach Möglichkeit ein beglaubigter Ersatz der Urschrift vorzulegen. Eine vor einer zuständigen Stelle abgegebene Versicherung an Eides Statt kann nur in Ausnahmefällen als Nachweis der durch die Urschrift zu belegenden Tatsachen anerkannt werden.

18. Bei fremdsprachigen Urkunden ist außer der beglaubigten Abschrift oder Ablichtung der Urschrift eine Übersetzung vorzulegen. Die Übersetzung soll nach Möglichkeit von einem öffentlich beeidigten oder anerkannten Übersetzer beglaubigt sein. Auf eine Beglaubigung der Übersetzung kann verzichtet werden, wenn die Einbürgerungsbehörde auf andere Weise zuverlässig beurteilen kann, ob die Übersetzung richtig ist.

19. Pässe, Ausweise und Identitätskarten sind dem Einbürgerungsbewerber zurückzugeben, nachdem die Angaben im Antrag nachgeprüft wurden.

Die Bestimmungen über die Einziehung ausländischer Reisepässe nach erfolgter Einbürgerung bleiben unberührt.

Antragstellung von Einbürgerungsbewerbern im Ausland

20. Bei Einbürgerungsbewerbern aus dem Ausland hat die Einbürgerungsbehörde grundsätzlich eine Stellungnahme der zuständigen Vertretung der Bundesrepublik im Ausland über die Frage einzuholen, ob der Einbürgerungsbewerber die Einbürgerungsvoraussetzungen des § 8 Abs. 1 Nr. 1 und 2 RuStAG erfüllt und ob seine Einbürgerung erwünscht erscheint. Einbürgerungsanträge, die der im Ausland lebende Antragsteller unmittelbar bei der zuständigen Einbürgerungsbehörde einreicht, sind daher der zuständigen Vertretung im Ausland zurückzuleiten.

21. Im übrigen halten die Vertretungen der Bundesrepublik im Ausland die Einbürgerungsbewerber an, ihre Einbürgerungsanträge über die zuständige Vertretung zu leiten. Die Vertretung fügt zur Vermeidung zeitraubender Rückfragen dem Antrag einen möglichst eingehenden Bericht über die Person des Einbürgerungsbewerbers und seine Familienangehörigen, über sein Verhältnis zur deutschen Kolonie, seine berufliche Tätigkeit und seine wirtschaftliche Lage bei und ist für die Beibringung der erforderlichen Urkunden besorgt. Wegen der Gefahr des Verlustes und damit die Unterlagen bei den Akten der Einbürgerungsbehörde verbleiben können, werden den Einbürgerungsbehörden nach Möglichkeit nur beglaubigte Fotokopien, notfalls beglaubigte Abschriften übersandt.

Prüfung

Tätigkeit der unteren Verwaltungsbehörde

22. Die untere Verwaltungsbehörde prüft anhand der vorgelegten Unterlagen die Angaben im Einbürgerungsantrag auf Richtigkeit und Vollständigkeit. Sie klärt vorhandene Zweifel nach Möglichkeit auf.

23. Die untere Verwaltungsbehörde holt regelmäßig folgende Stellungnahmen ein:
   — Stellungnahme der Aufenthaltsgemeinde,
     falls es sich um eine kreisangehörige Gemeinde mit weniger als 7 500 Einwohnern handelt,
   — Stellungnahme der Ausländerbehörde,
   — Bestätigungen der Meldebehörden, in deren Bereich sich der Einbürgerungsbewerber innerhalb der für die Einbürgerung erforderlichen Niederlassungsdauer aufgehalten hat,
     ob die Personalien einschließlich Staatsangehörigkeit und Aufenthaltszeiten richtig sind,
   — Stellungnahme der Polizeidienststelle und des Landeskriminalamts,
     ob Ermittlungsverfahren anhängig sind und ob sonst in polizeilicher Hinsicht Nachteiliges bekannt ist, (nur bei Einbürgerungsbewerbern ab 14 Jahren).

24. Soweit dies nach den Umständen des Falles erforderlich erscheint, kommen noch folgende Ermittlungen in Betracht:
   — Einholung einer Stellungnahme des Sozialamtes, ob, wann, in welcher Höhe und nach welcher Bestimmung der Einbürgerungsbewerber Leistungen erhält oder erhalten hat, und ob Tatsachen bekannt sind, die für die Einbürgerung von Bedeutung sein können,
     insbesondere wenn der Einbürgerungsbewerber in der Vergangenheit unregelmäßig beschäftigt war oder arbeitslos ist, oder wenn Hinweise auf Bezug von Sozialhilfe vorliegen,
   — Einholung einer Stellungnahme des Arbeitsamtes, ob aus der Sicht der Arbeitsverwaltung gegen die Einbürgerung Bedenken bestehen,
     wenn der Einbürgerungsbewerber seinen Arbeitsplatz auffallend oft gewechselt hat oder arbeitslos ist,
   — Einholung einer Stellungnahme des Jugendamtes,
     soweit Belange der Jugendhilfe oder -pflege berührt sind,
   — Einholung einer Stellungnahme des Vormundschaftsgerichts,
     soweit dies zur Klärung von Fragen der Geschäftsfähigkeit oder der gesetzlichen Vertretung notwendig ist,
   — Einholung einer Stellungnahme des Amtsgerichts, ob der Einbürgerungsbewerber im Schuldnerverzeichnis eingetragen ist,
     wenn Anhaltspunkte vorliegen, daß der Einbürgerungsbewerber seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommt,
   — Einholung einer Stellungnahme des Finanzamts,
     wenn Anhaltspunkte vorliegen, daß der Einbürgerungsbewerber steuerlichen Verpflichtungen nicht nachkommt,
   — Einholung einer Stellungnahme einer öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Ärztekammer, Zahnärztekammer, Tierärztekammer, Apothekerkammer, Architektenkammer, Rechtsanwältekammer),
     wenn der Einbürgerungsbewerber einen entsprechenden Beruf ausübt und Auskünfte über Berufsfragen zur Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen notwendig erscheinen,
   — Einholung einer Stellungnahme der Gewerbebehörde,
     wenn der Einbürgerungsbewerber einen Gewerbebetrieb betreibt und Anhaltspunkte vorliegen, die zu Zweifeln an seiner gewerberechtlichen Zuverlässigkeit Anlaß geben.

25. Die untere Verwaltungsbehörde vermerkt in der Einbürgerungsakte
   — welche Familienangehörigen (Ehegatte, minderjährige und volljährige eheliche, nichteheliche und angenommene Kinder) mit dem Einbürgerungsbewerber zusammenleben und welche Staatsangehörigkeit sie besitzen,
   — welche Familienangehörigen nicht mit dem Einbürgerungsbewerber zusammenleben, wo sie wohnhaft sind und welche Staatsangehörigkeit sie besitzen.

26. Liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß der Einbürgerungsbewerber nicht in dem Maße deutsch sprechen, lesen und schreiben kann, wie es von Personen seines Lebenskreises erwartet wird, so hat die Verwaltungsbehörde den Umfang seiner Kenntnisse der deutschen Sprache festzustellen, Die mündlichen Kenntnisse können auf Grund einer Unterredung, die schriftlichen auf Grund eines kurzen Diktats beurteilt werden. Hierüber ist ein entsprechender Vermerk zu den Einbürgerungsvorgängen zu nehmen.

27. Die untere Verwaltungsbehörde legt die Einbürgerungsunterlagen mit ihrer Stellungnahme der Einbürgerungsbehörde vor. Eie Einbürgerungsbehörde kann anordnen, daß der Bericht in der Form des Einbürgerungsverzeichnisses (vgl. Nr. 32) erstellt wird. Kreisangehörige Gemeinden über 7 500 Einwohner leiten den Bericht über den Landrat, der den Vorgang prüft und gegebenenfalls eine Ergänzung veranlaßt.

Tätigkeit der Einbürgerungsbehörde

28. Die Einbürgerungsbehörde prüft, ob die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt sind. Dabei ist zu beachten, daß § 8 Abs. 1 RuStAG lediglich die Mindestanforderungen enthält, auf die nicht verzichtet werden kann. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist darauf abzustellen, ob ein staatliches Interesse an der Einbürgerung besteht. Die Einbürgerungsrichtlinien (vgl. Erlaß vom 2. Dezember 1977 (StAnz. S. 2461) sind zu beachten.

29. Die Einbürgerungsbehörde hat folgende eigene Ermittlungen durchzuführen:
   — Einholung einer unbeschränkten Auskunft aus dem Bundeszentralregister
     (nur bei Einbürgerungsbewerbern über 14 Jahre)
   — Feststellung, ob Tatsachen vorliegen, die annehmen lassen, daß der Einbürgerungsbewerber die innere oder äußere Sicherheit oder das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährden wird,
   — Anfrage bei deutschen Hochschulen und Förderorganisationen, ob und ggf. in welcher Höhe der Einbürgerungsbewerber finanzielle Ausbildungshilfen erhalten hat
     bei Staatsangehörigen aus Entwicklungsländern, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Aus- oder Fortbildung erhalten haben,
   — Einholung einer Stellungnahme der deutschen Auslandsvertretung
     zu Anträgen von Einbürgerungsbewerbern aus dem Ausland
     (falls sie noch nicht vorliegt).

Entscheidung

Zurückstellung

30. Ist die Einbürgerungsbehörde der Auffassung, daß die Einbürgerung zwar nicht grundsätzlich ausgeschlossen, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch verfrüht ist, so stellt sie die weitere Bearbeitung des Einbürgerungsantrags bis zu dem Zeitpunkt zurück, in dem die zur Zeit noch fehlenden Einbürgerungsvoraussetzungen voraussichtlich erfüllt sind. Von der Zurückstellung ist der Einbürgerungsbewerber unter Angabe der Gründe zu benachrichtigen.

Ablehnung

31. Sind die Einbürgerungsvoraussetzungen nicht erfüllt und kommt eine Zurückstellung des Einbürgerungsantrags nicht in Betracht, wird dem Einbürgerungsbewerber mitgeteilt, daß und aus welchem Grunde der Einbürgerungsantrag abgelehnt werden muß. Die Behörde gibt ihm Gelegenheit, sich innerhalb einer angemessenen Frist zu äußern, und stellt ihm anheim, den Antrag zurückzunehmen. Nach Fristablauf lehnt die Einbürgerungsbehörde den Einbürgerungsantrag schriftlich unter Angabe der Gründe ab, sofern sich keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben. In der Begründung sind alle wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkte einschließlich der Ermessenserwägungen aufzuführen. Der Ablehnungsbescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

Zustimmung

32. Will die Einbürgerungsbehörde dem Einbürgerungsantrag entsprechen, so hat sie ein Einbürgerungsverzeichnis nach Formblatt zu fertigen und es dem Minister des Innern zur Zustimmung nach § 3 der Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 (RGBl. I S. 85) vorzulegen. Bei Einbürgerungen nach §§ 8, 9

RuStAG sind die Einbürgerungsunterlagen dem Einbürgerungsverzeichnis nur beizufügen, wenn die Sachdarstellung im Einbürgerungsverzeichnis allein zur Entscheidung nicht ausreicht oder wenn Zweifel bestehen, ob der Einbürgerungsbewerber die Voraussetzungen für die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erfüllt.

In jedem Fall sind die Einbürgerungsvorgänge bei Einbürgerungsbewerbern aus den außereuropäischen Entwicklungsländern nach der Liste der Entwicklungsländer und -gebiete mit dem Einbürgerungsverzeichnis vorzulegen.

Einbürgerungszusicherung

33. Kann eine Einbürgerung, der der Minister des Innern zugestimmt hat, nicht vollzogen werden, weil Mehrstaatigkeit eintreten würde, hat die Einbürgerungsbehörde dem Einbürgerungsbewerber regelmäßig eine Einbürgerungszusicherung zu erteilen. Die Geltungsdauer ist auf zwei Jahre zu befristen; sie kann verlängert werden.

Vollzug

Einbürgerungsurkunde

34. Für die Einbürgerungsurkunde ist der Vordruck nach Anlage 1 zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen (StAUrkVwW) vom 18. Juni 1975 (GMBl. S. 462) zu verwenden. Für jede einzubürgernde Person ist eine Urkunde auszufertigen.

35. Die Einbürgerungsurkunde wird von der Einbürgerungsbehörde ausgefertigt. Sie ist von dem zuständigen Bediensteten zu unterschreiben und mit dem Dienstsiegel zu versehen.

Die Einbürgerungsurkunde darf über die im Vordruck vorgesehenen Angaben hinaus keine Zusätze (z. B. Angabe der Rechtsgrundlage der Einbürgerung) enthalten (§ 1 Abs. 3 StAUrkVwV).

36. Die Einbürgerungsurkunde darf erst ausgehändigt werden, wenn

— die Zustimmung zur Einbürgerung nach § 3 der Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 (RGBl. I S. 85) vorliegt,

— feststeht, daß der Einbürgerungsbewerber die bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) vor oder spätestens im Zeitpunkt der Einbürgerung verliert, es sei denn, daß der Hinnahme von Mehrstaatigkeit zugestimmt worden ist,

— die Rückzahlung der einem Angehörigen eines Entwicklungslandes von deutschen Stellen gewährten Ausbildungshilfen geregelt ist.

37. Die Einbürgerungsurkunde soll dem Einbürgerungsbewerber in einer der Bedeutung der Einbürgerung angemessenen Form ausgehändigt werden. Die Einbürgerungsbehörde kann eine nachgeordnete Behörde mit der Aushändigung der Urkunde beauftragen.

38. Der Zeitpunkt der Aushändigung ist auf der Einbürgerungsurkunde mit Unterschrift und Dienstsiegel zu bescheinigen.

39. Der Eingebürgerte hat den Empfang der Einbürgerungsurkunde unter Angabe des Datums schriftlich zu bestätigen; er ist darauf hinzuweisen, daß er mit der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat. Die Empfangsbestätigung ist zu der Einbürgerungsakte zu nehmen.

Mitteilungen

40. Der Tag der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde ist der Staatsangehörigkeitsbehörde mitzuteilen. Die Staatsangehörigkeitsbehörde unterrichtet über die Einbürgerung

— die Meldebehörde,

— die Ausländerbehörde,

— den für die Führung des Familienbuches zuständigen Standesbeamten.

In der Mitteilung ist zu vermerken, welche ausländische Staatsangehörigkeit der Eingebürgerte besitzt, wenn durch die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit Mehrstaatigkeit eingetreten ist. Die Mitteilung ist mit Unterschrift und Dienstsiegel zu versehen.

41. Die Einbürgerungsbehörde leitet dem Bundesverwaltungsamt in Köln eine Einbürgerungsmitteilung zu, wenn der Eingebürgerte einem Staat angehört hat oder noch angehört, mit dem der Austausch von Mitteilungen in Staatsangehörigkeitssachen vereinbart ist.

Verwaltungsgebühr

42. Einbürgerungen nach §§ 8, 9 und 13 RuStAG und § 1 der Verordnung vom 20. Januar 1942 sind gebührenpflichtig.

43. Die Gebühr beträgt nach § 2 Abs. 1 der Staatsangehörigkeits-Gebührenverordnung (StAGebV) vom 28. März 1974 (BGBl. I S. 809), geändert durch Verordnung vom 18. Juni 1975 (BGBl. I S. 1436), mindestens 100,— DM, höchstens 5 000,— DM. Sie ist eine Rahmengebühr. Zur Bemessung der Gebühren im Einzelfall wird auf den Erlaß vom 14. Mai 1975 (StAnz. S. 963), ber. S. 1147), geändert durch Erlaß vom 28. März 1977 (StAnz. S. 787,) verwiesen. Im übrigen sind der 3. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes (VwKostG) vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 821) und § 2 Abs. 2 bis 5, §§ 4, 5 StAGebV zu beachten.

44. Die Gebühr für die Einbürgerung wird von der Einbürgerungsbehörde festgesetzt. Sie ist vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde zu zahlen.

Einbürgerungsstatistik

45. Die Einbürgerungsbehörde übersendet die Zählblätter für die Einbürgerungsstatistik vierteljährlich dem Statistischen Landesamt.

Aktenaufbewahrung

46. Die Einbürgerungsakte verbleibt bei der Einbürgerungsbehörde; sie ist bis auf weiteres dauernd aufzubewahren.

Aufhebung von Erlassen

47. Die Erlasse vom 21. März 1977 — II 4 — 1 c 04/01 — 2 — und vom 18. Dezember 1980 — II A 1 — 1 c 04/01 — 2 — (beide n. v.) werden aufgehoben.

Wiesbaden, 20. August 1982

Der Hessische Minister des Innern
II A 1 — 1 c 04
— Gült.-Verz. 301 —

StAnz. 36/1982 S. 1611

921

Erteilung von Genehmigungen zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 25 RuStAG bei Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit

Für die Erteilung von Genehmigungen zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit gelten folgende Regelungen:

1. **Allgemeines**

Der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit ist ein nicht nur im nationalen Recht, sondern auch ein international anerkanntes Prinzip des Staatsangehörigkeitsrechts. Mehrstaatigkeit schafft die Gefahr der Rechtsunsicherheit und führt zum Widerstreit von Pflichten gegenüber verschiedenen Rechtsordnungen. Sie ist daher unerwünscht und grundsätzlich zu vermeiden.

Das rechtspolitische Ordnungsprinzip der Vermeidung von Mehrstaatigkeit kann — nicht zuletzt auch im Interesse des Betroffenen — nur ausnahmsweise zurücktreten, wenn besondere Gründe es rechtfertigen.

Dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis hat auch in § 25 RuStAG Ausdruck gefunden, indem gemäß Abs. 2 die deutsche Staatsangehörigkeit beim Antragserwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit nach Abs. 1 ausnahmsweise dann nicht verloren geht, wenn ihre Beibehaltung genehmigt worden ist. Nach der ratio legis wird die Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung nur dann in Betracht kommen können, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

— Vereinbarkeit der Genehmigung mit deutschen staatlichen Belangen (öffentliches Interesse) und schwerwiegende Gründe in der Person des Antragstellers
oder

— besonderes staatliches Interesse.

2. **Vereinbarkeit der Beibehaltungsgenehmigung mit deutschen staatlichen Belangen (öffentliches Interesse)**

Die Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit muß — wie die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit nach den Grundsätzen des Einbürgerungsrechts — mit den deutschen staatlichen Belangen vereinbar sein. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Bei-

behaltung vor allem in folgenden Fällen grundsätzlich nicht in Betracht kommen:

— Wenn der Staat, dessen Staatsangehörigkeit erworben werden soll, bei der Verleihung der Staatsangehörigkeit die Leistung eines Eides fordert, mit dem jede Loyalität zu einem anderen Staat abgeschworen wird. Ein solches Versprechen ist mit der Bedeutung der deutschen Staatsangehörigkeit unvereinbar und schließt es aus, durch staatliches Handeln die deutsche Staatsangehörigkeit fortbestehen zu lassen. Auch die Bereitschaft des Einbürgerungsstaates, den Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit im Einzelfall hinzunehmen, kann die Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung nicht rechtfertigen.

— Wenn besondere außenpolitische Rücksichtnahmen der Bundesrepublik Deutschland die Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung bei Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit unerwünscht erscheinen lassen. Das kann der Fall sein, wenn der Staat, dessen Staatsangehörigkeit erworben werden soll, den Fortbestand der bisherigen Staatsangehörigkeit nicht gestattet.

3. Schwerwiegende Gründe in der Person des Antragstellers

Schwerwiegende Gründe in der Person des Antragstellers für die Beibehaltung der deutschen und für den Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit liegen im allgemeinen vor, wenn der Antragsteller sich in einer äußeren Zwangslage befindet, durch die die Freiheit der Willensentschließung beim Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit nicht ausgeschlossen oder beeinträchtigt ist. Das ist dann der Fall, wenn der Betroffene vor die Entscheidung gestellt ist, eine ausländische Staatsangehörigkeit annehmen zu müssen, um seine berufliche Position nicht zu verlieren oder sonstige schwere berufliche oder sonstige Nachteile nicht in Kauf nehmen zu müssen.

Die Zwangslage ist vom Antragsteller darzulegen und nachzuweisen und bedarf einer Bestätigung durch die zuständige Auslandsvertretung. Voraussetzung für die Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit in diesen Fällen ist in der Regel, daß folgende Kriterien erfüllt sind:

— Der Antragsteller darf sich nicht endgültig im Ausland niedergelassen haben. Das entsprechende Wirtschaftsunternehmen oder die sonstige anstellende Institution hat dieses (z. B. durch die Vorlage befristeter Verträge) zu bestätigen. Eine Beibehaltungsgenehmigung wird nicht erteilt werden können, wenn der Antragsteller ausgewandert ist. In diesem Fall bedeutet der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit den Abschluß einer endgültigen Integration in eine neue Heimat, so daß kein staatliches Interesse besteht, dem Betroffenen die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten.

— Der Antragsteller muß noch Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland haben Der Antragsteller hat dies glaubhaft zu machen. Hierzu zählen z. B.: Fortlaufende Versicherungen in der Bundesrepublik Deutschland, Eigentum, laufende Bausparverträge, Ausbildung der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland, Unterhaltung einer Wohnung, Berichtspflicht gegenüber den im Bundesgebiet befindlichen Unternehmungen u. dgl. Meist wird erst die Verknüpfung mehrerer dieser Beziehungen eine solche Feststellung zulassen.

4. Besonderes staatliches Interesse an der Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung

Liegen keine schwerwiegenden persönlichen Gründe des Antragstellers vor, kann die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit nur genehmigt werden, wenn ein besonderes staatliches Interesse daran gegeben ist. Das ist nur der Fall, wenn übergeordnete gesamtstaatliche Belange ein Zurücktreten des Grundsatzes der Vermeidung von Mehrstaatigkeit erfordern. Dieses Kriterium ist z. B. dann erfüllt, wenn die deutsche Wirtschafts-, Entwicklungshilfe-, Kultur- oder Wissenschaftspolitik durch den Verlust bestimmter Positionen oder Beteiligungen im Ausland einen Schaden erleiden würde, der bei Wahrnehmung entsprechender Funktionen durch deutsche Staatsangehörige verhindert werden könnte. Ein besonderes staatliches Interesse an der Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit kann auch gegeben sein bei Angehörigen qualifizierter Berufe, z. B. bei Hochschullehrern, bedeutenden Wissenschaftlern oder Künstlern, deren Verbindung zu Deutschland im Interesse der Bundesrepublik Deutschland gewahrt bleiben soll.

Die zuständige deutsche Auslandsvertretung sowie eine zuständige oberste Bundes- oder Landesbehörde haben in einer individuellen Stellungnahme das besondere staatliche Interesse darzulegen und zu begründen.

5. Beibehaltungsgenehmigungen gemäß Anlage Nr. 3 zum Europarats-Übereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern

Die unter Nrn. 1 bis 4 genannten Grundsätze gelten auch für die Erteilung von Beibehaltungsgenehmigungen und Zustimmungen gemäß Nr. 3 der Anlage zu dem o. g. ER-Übereinkommen, sofern nicht im Verhältnis zu einem anderen Staat besondere Regelungen vereinbart worden sind.

6. Wiedereinbürgerung

Sofern einem Antragsteller die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit nicht genehmigt wird, erscheint es zweckmäßig, daß sowohl die Einbürgerungsbehörde als auch die zuständige Auslandsvertretung die Gründe, die den Antragsteller zum Erwerb der fremden Staatsangehörigkeit veranlaßt haben, aktenkundig machen, um später auch ohne förmliche Zusicherung der Einbürgerung eine beschleunigte und ggf. erleichterte Einbürgerung zu ermöglichen.

Wiesbaden, 24. August 1982

Der Hessische Minister des Innern
II A 1 — 1 c 10
— Gült.-Verz. 301 —
StAnz. 36/1982 S. 1614

922

Ausführung des § 16 Abs. 2 Satz 2 des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (HessVwVG)

Bezug: Erlaß vom 5. Mai 1982 (StAnz. S. 946, ber. S. 1057

Gemäß § 16 Abs. 2 Satz 2 HessVwVG gebe ich bekannt:

1. Vom 1. Juli 1982 an vollstreckt für die Stadt Hochheim am Main die Kreiskasse des Main-Taunus-Kreises.
2. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1982 richtet die Stadt Mörfelden-Walldorf eine eigene Vollstreckungsstelle ein.

In meinem o. a. Erlaß erhalten daher die laufenden Nrn. 4 und 8 folgende Fassung:

„4 Landkreis Groß-Gerau	für alle kreisangehörigen Städte mit Ausnahme der Städte Mörfelden-Walldorf und Rüsselsheim
8 Main-Taunus-Kreis	für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden“

Wiesbaden, 28. Juli 1982

Der Hessische Minister des Innern
II B 1 — 3 n 02/06 — 14/82
— Gült.-Verz. 304 —
StAnz. 36/1982 S. 1615

923

Zulassung von Feuerlöschgeräten und Feuerlöschmitteln

Bezug: Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten vom 14. Dezember 1981 (StAnz. 1982 S. 38)

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat nach Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen auf Vorschlag der amtlichen Prüfstelle für Feuerlöschmittel und -geräte in Münster die in der Anlage aufgeführten Feuerlöschgeräte und Feuerlöschmittel für die Herstellung und den Vertrieb innerhalb der Bundesrepublik Deutschland neu zugelassen.

Zugelassene Feuerlöschgeräte müssen zum Vertrieb im Inland mit dem vorgeschriebenen Zulassungsvermerk versehen sein.

Diese Entscheidung wird nach § 2 Abs. 2 der Polizeiverordnung über Feuerlöschmittel und tragbare oder ohne eigenen Kraftantrieb fahrbare Feuerlöschgeräte vom 15. März 1957 (GVBl. S. 35) in Hessen anerkannt.

Sie gilt nach Nr. 10 der o. a. Verwaltungsvereinbarung für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und wird hiermit für das Land Hessen bekanntgegeben.

Wiesbaden, 13. August 1982

Der Hessische Minister des Innern
VI 57 — 65b — 01 — 01 — 1
StAnz. 36/1982 S. 1615

Zulassungen

Anlage

Lfd. Nr.	Hersteller	Feuerlöschgeräte Feuerlöschmittel a) Herst.-Typbezeichnung b) Bauart-Kurzzeichen	Zulassungs-Kenn-Nummer	Zugelassen für Brandklasse
	22. 12. 1981			
1	TOTAL Foerstner & Co. 6802 Ladenburg	BC-Löschpulver „TOTALIT-MC-40" a) TOTALIT-MC-40	PL — 11/80 Das Löschmittel darf nach § 3 der Ordnungsbehördlichen Verordnung nur in den Feuerlöschgeräten mit einem Löschmittelinhalt bis zu 250 kg verwendet werden, mit denen es geprüft und zugelassen ist. Das sind z. Z. die Geräte mit den Zulassungs-Kenn-Nrn. P 1 — 9/80 und P 1 — 172/79.	CD
	15. 1. 1982			
2	Hoechst AG 6230 Frankfurt(M) 80	Schaummittel „Expyrol FA" a) Expyrol FA	PL — 2/81 Schaumlöschmittel für Schwer- und Mittelschaum	AB
	29. 1. 1982			
3	Interbrandschutz GmbH Eiffestr. 598 2000 Hamburg	„Interbrandschutz" DIN-Feuerlöscher a) GD 6 b) PG 6 L	P 1 — 37/80	ABC
	29. 1. 1982			
4	— dito —	„Interbrandschutz" DIN-Feuerlöscher a) GD 12 b) PG 12 L	P 1 — 38/80	ABC
	29. 1. 1982			
5	Total Foerstner GmbH & Co. 6802 Ladenburg	„Total" DIN-Feuerlöscher a) GD 6 b) PG 6 L	P 1 — 35/80	ABC
	29. 1. 1982			
6	— dito —	„Total" DIN-Feuerlöscher a) GD 12 b) PG 12 L	P 1 — 36/80	ABC
	23. 4. 1982			
7	— dito —	„Total" DIN-Feuerlöscher a) GY 6 a oder GY 6 d — je nach Betätigungseinrichtung b) PG 6 H	P 1 — 3/83	ABC
	23. 4. 1982			
8	— dito —	„Total" DIN-Feuerlöscher a) GY 6 i b) PG 6 H	P 1 — 4/82	ABC
	23. 4. 1982			
9	— dito —	„Total" DIN-Feuerlöscher a) PY 6 a oder PY 6 d — je nach Betätigungseinrichtung b) P 6 H	P 1 — 5/82	BC
	23. 4. 1982			
10	— dito —	„Total" DIN-Feuerlöscher a) PY 6 i b) P 6 H	P — 6/82	BC
	23. 4. 1982			
11	Klöckner Opladen GmbH AKO Abt. Feuerlöschtechnik Stauffenbergstr. 14—20	„AKO" DIN-Feuerlöscher a) KBp 2-3 b) K 2	P 1 — 8/82	B
	23. 4. 1982			
12	— dito —	„AKO" DIN-Feuerlöscher a) KSh 6-3 b) K 6	P 1 — 9/82	B
	23. 4. 1982			
13	— dito —	„AKO" DIN-Feuerlöscher a) P 6 Gi-3 b) PG 6 H	P 1 — 10/82	ABC
	23. 4. 1982			
14	— dito —	„AKO" DIN-Feuerlöscher a) P 12 Gi-3 b) PG 12 H	P 1 — 11/81	ABC
	23. 4. 1982			
15	— dito —	„AKO" DIN-Feuerlöscher a) P 6 Ga-3 b) PG 6 H	P 1 — 12/82	ABC
	23. 4. 1982			
16	— dito —	„AKO" DIN-Feuerlöscher a) P 12 Ga-3 b) PG 12 H	P 1 — 13/82	ABC
	6. 5. 1982			
17	TOTAL Foerstner GmbH & Co. 6802 Ladenburg	TOTAL" DIN-Feuerlöscher a) MY 12 b) PM 12 H	P 1 — 2/82	D
	6. 5. 1982			
18	Favorit Feuerschutz GmbH Lindenhorster Str. Nr. 101 4600 Dortmund	„Favorit" DIN-Feuerlöscher a) KSP 2 P b) K 2	P 1 — 15/82	B
	6. 5. 1982			
19	— dito —	„Favorit" DIN-Feuerlöscher a) FG 2 b) PG 2 L	P 1 — 17/82	ABC
	6. 5. 1982			
20	Minimax GmbH	„Minimax" Feuerlöschgerät a) HN 5 O b) HA 5 OL	P 3 — 2/80	BC
	6. 5. 1982			
21	— dito —	„MINIMAX" DIN-Feuerlöscher a) PU 2 a b) PG 2 L	P 1 — 16/82	ABC
	13. 5. 1982			
22	Erich Rühl Chemische Fabrik Hugenottenstr. 105 6382 Friedrichsdorf/Ts. 1	Schaumlöschmittel „AERO-WATER-PCF" a) AERO-WATER-PCF	PL — 1/81 Das Löschmittel darf nur in Feuerlöschgeräten mit einem Löschmittelinhalt bis zu 250 kg, mit denen es geprüft und zugelassen ist sowie in Löschfahrzeugen und in ortsfesten Löschanlagen verwendet werden.	AB
	13. 5. 1982			
23	Gloria-Werke H. Schulte-Frankenfeld GmbH & Co. 4724 Wadersloh/W.	„GLORIA" DIN-Feuerlöscher a) HA 4 BP b) HA 4 L	P 1 — 4/81	BC
	13. 5. 1982			
24	— dito —	„GLORIA" DIN-Feuerlöscher a) HA 6 BP b) HA 6 L	P 1 — 5/81	BC
	13. 5. 1982			
25	— dito —	„GLORIA" DIN-Feuerlöscher a) P 12 M b) PM 12 H	P 1 — 21/82	D
	13. 5. 1982			
26	— dito —	„GLORIA" DIN-Feuerlöscher a) Pi 12 M b) PM 12 H	P 1 — 22/82	D
	24. 5. 1982			
27	brandago K. H. Diekmann Hochstr. 76 4980 Bünde 1	„brandago" DIN-Feuerlöscher a) GPS 12 b) PG 12 L	P 1 — 23/82	ABC
	24. 5. 1982			
28	— dito —	„brandago" DIN-Feuerlöscher a) GPS 12 b) PG 12 L	P 1 — 24/82	ABC
	2. 6. 1982			
29	Favorit Feuerschutz GmbH Lindenhorster Straße 101 4600 Dortmund	„Favorit" DIN-Feuerlöscher a) DPG 6 a b) PG 6 L	P 1 — 17/81	ABC
	2. 6. 1982			
30	— dito —	„Favorit" DIN-Feuerlöscher a) DP 6 a b) P 6 L	P 1 — 19/81	BC
	2. 6. 1982			
31	— dito —	„Favorit" DIN-Feuerlöscher a) DP 12 a b) P 12 L	P 1 — 20/81	BC
	2. 6. 1982			
32	Minimax GmbH Industriestr. 10—12 2060 Bad Oldesloe	„MINIMAX" DIN-Feurlöscher a) DU 6 a b) PG 6 L	P 1 — 13/81	ABC

Lfd. Nr.	Hersteller	Feuerlöschgeräte Feuerlöschmittel a) Herst.-Typbezeichnung b) Bauart-Kurzzeichen	Zulassungs-Kenn-Nummer	Zugelassen für Brandklasse
	2. 6. 1982			
33	— dito —	„MINIMAX" DIN-Feuerlöscher a) DF 6 a b) P 6 L	P 1 — 15/81	BC
	2. 6. 1982			
34	— dito —	„MINIMAX" DIN-Feuerlöscher a) DF 12 a b) P 12 L	P 1 — 16/81	BC

924

Auswirkungen der Umsatzsteuererhöhung auf Ingenieur- und Architektenverträge;

hier: Nachtrag zur Behandlung von Teilleistungen

Bezug: Meine Erlasse vom 23. März 1982 (StAnz. S. 720, ber. S. 890) und 18. Mai 1982 (StAnz. S. 1056)

1. Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat mit seinem an die Finanzbauverwaltungen gerichteten Runderlaß vom 26. Juli 1982 unter Bezugnahme auf das auszugsweise in meinem Erlaß vom 18. Mai 1982 wiedergegebene Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen vom 12. Mai 1982 noch einmal zu einigen Teilfragen der Umsatzsteuererhöhung Stellung genommen. Diese Stellungnahme ist teilweise auch für die Kommunalverwaltung wissenswert und für Entscheidungen im Zuge der Abwicklung von Architekten- und Ingenieurverträgen aus der Zeit vor dem 1. Januar 1982 heranziehbar. Insoweit ist die Stellungnahme auszugsweise nachstehend abgedruckt.
2. Zu Nr. 5 meines Erlasses vom 23. März 1982 betr. die Leistungen im Bereich der statischen Prüfung ist nachzutragen, daß durch Verordnung vom 2. Juli 1982 (GVBl. I S. 187) die Verordnung zur Änderung der Bautechnischen Prüfungsverordnung vom 18. Februar 1982 (GVBl. I S. 60) noch eine Änderung erfahren hat. Dem Prüfingenieur für Baustatik werden danach auch für Leistungen, die in der Zeit vom 1. Januar 1982 bis zum 8. März 1982 abgeschlossen wurden und die dem Umsatzsteuersatz von 13 vom Hundert unterliegen, die neuen Gebührensätze zugestanden, wie sie sich aus der neuen Tabelle in der Verordnung vom 18. Februar 1982 und der neuen Fassung des § 15 Abs. 6 Satz 3 ergeben.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen.

Wiesbaden, 16. August 1982

Der Hessische Minister des Innern
V A 5 — 61 c 08/05 — 100/82
— Gült.-Verz. 3618 —

StAnz. 36/1982 S. 1617

Anlage

Auszug aus dem Runderlaß des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vom 26. Juli 1982

Der Bundesminister der Finanzen hat in seinem o. a. Rundschreiben vom 12. Mai 1982 (vgl. Teilziffern 34—36) die Regelung vorgesehen, daß Teilleistungen unter gewissen Voraussetzungen umsatzsteuerlich getrennt behandelt werden können. Diese Voraussetzungen sind bei den nach RBBau abgeschlossenen Verträgen gegeben. Die in den Vertragsmustern ausgewiesenen Teilleistungen mit Angabe der v. H.-Sätze werden ausnahmsweise als Teilleistungen umsatzsteuerlich anerkannt. Voraussetzung hierzu ist, daß

1. der entsprechende Teil der Leistung vor dem 1. Januar 1982 vollendet worden ist und
2. das Teilentgelt gesondert abgerechnet wird.

Eine zeitlich begrenzte Berechnung von Teilentgelten ist nicht vorgesehen.

Darüber hinaus hat der BMF seine Zustimmung dazu gegeben, daß ein Honorar für Objekt- (Bau-) überwachung zeitanteilig aufgeteilt werden kann. Das bedeutet, daß bei allen Verträgen, bei denen die Bauleitung über den 1. Januar 1982 hinausgegangen ist, eine Aufteilung mit Stichdatum 31. Dezember 1981 vorzunehmen ist. Die Aufteilung sollte nach Zeitaufwand und Leistungsumfang festgelegt werden.

In Ergänzung zu Nr. 2.3 meines Rundschreibens vom 30. Dezember 1981*) weise ich darauf hin, daß bei Verträgen, die zwischen dem 1. September und 31. Dezember 1981 abgeschlossen worden sind, sich der nicht zu gewährende Ausgleich für steuerliche Mehrbelastung nur auf die erste Teilleistung bezieht, die nach dem 1. Januar 1982 fertiggestellt worden ist.

925

Festsetzung des allgemeinen Zeichens für den Zivilschutz

Nachstehend gebe ich die Bekanntmachung des Bundesministers des Innern vom 26. Mai 1982 (GMBl. S. 306) über die Festsetzung des allgemeinen Kennzeichens für den Zivilschutz zur Kenntnis.

Wiesbaden, 24. August 1982

Der Hessische Minister des Innern
VI 11 — 24 a 02 — 03

StAnz. 36/1982 S. 1617

Anlage

Festsetzung des allgemeinen Kennzeichens für den Zivilschutz

1. Auf Grund des § 5 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über den Zivilschutz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 1976 (BGBl. I S. 2109) lege ich, in Anlehnung an Art. 66 Abs. 7 in Verbindung mit Art. 66 Abs. 4 des Zusatzprotokolls I zu dem Genfer Abkommen vom 12. August 1949, als allgemeines Kennzeichen der Einheiten, Einrichtungen und Anlagen des Zivilschutzes das folgende Zivilschutzzeichen fest:

   Gleichseitiges blaues Dreieck, dessen eine Spitze senkrecht nach oben zeigt, auf orangefarbenem Grund. Die Spitzen des Dreiecks dürfen den Rand des orangefarbenen Grundes nicht berühren.

   Wird an einem nicht orangefarbenen Gegenstand das Zivilschutz-Zeichen angebracht, so soll der orangefarbene Grund kreisförmig sein. Die Spitzen des Dreiecks haben zum Rand des Kreises den gleichen Abstand. Der Radius (Halbmesser) des Kreises verhält sich zur Höhe des Dreiecks wie 80 : 100. Das Zivilschutz-Zeichen hat keinen Außenring und keine Beschriftung.

   Die Größe des Zeichens soll in einem angemessenen Verhältnis zu dem zu kennzeichnenden Gegenstand stehen. Es soll möglichst nach allen Seiten und weithin sichtbar angebracht werden.

   Wenn sich das blaue Dreieck auf einer Fahne, einer Armbinde oder einer gesonderten Brust- bzw. Rückenmarkierung befindet, sollen diese den orangefarbenen Grund bilden.

   Bei Fahrzeug-, Gerät- und Gebäudeanstrich soll die Farbe Orange der RAL 2004, die Farbe Blau der RAL 5015 entsprechen. Auf anderen Farbträgern (z. B. Druckerzeugnissen, Textilien) sollen Farben in Anlehnung an die vorstehenden Normen verwendet werden.
2. Das neue Zivilschutz-Zeichen ist ab sofort für die Zwecke des Zivilschutzes zu verwenden.

   Bestimmungen zur Kennzeichnung von Kulturgut auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 14. Mai 1954 bleiben unberührt. Aus Haushaltsgründen wird übergangsweise zugelassen, daß das bisherige Zivilschutz-Zeichen, soweit Gerät und Material bereits gekennzeichnet sind, weiter benutzt wird.
3. Meine Bekanntmachung vom 25. Januar 1966 (GMBl. S. 101) wird hiermit aufgehoben.

926

a) 49. Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages,

b) Änderungstarifvertrag Nr. 37 zum MTL II, beide vom 17. Mai 1982

Bezug: Rundschreiben des MdI vom 28. Mai 1982 (StAnz. S. 1137, ber. S. 1226 und 1450)

In der Veröffentlichung (StAnz. 1982 S. 1450) muß es im Bezug statt „28. Mai 1983" richtig „28. Mai 1982" heißen.

Die Redaktion

*) zum MdI-Erlaß vom 23. März 1982 (StAnz. S. 720) abgedruckt

DER HESSISCHE KULTUSMINISTER

927

Entgelt für die Nutzung von Wohnheimplätzen des Studentenwerks Darmstadt

Auf Grund des § 4 Abs. 4 des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen vom 21. März 1962 (GVBl. S. 165, 427), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1974 (GVBl. I S. 326), setze ich nach Anhörung des Vorstandes und des Geschäftsführers des Studentenwerks Darmstadt die Nutzungsentgelte für Wohnheimplätze im Studentenwohnheim II Riedeselstr. 64 des Studentenwerks Darmstadt wie folgt fest:

1. 12 Einzelappartements mit je 18 qm auf monatlich je 200,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten in Höhe von monatlich je 40,— Deutsche Mark,
2. 34 Einzelzimmer mit je 17,5 qm im Doppelappartement auf monatlich je 195,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten in Höhe von monatlich je 40,— DM,
3. 14 Einzelzimmer mit je 15,5 qm im Doppelappartement auf monatlich je 170,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten in Höhe von monatlich je 40,— DM und
4. 21 Einzelzimmer mit je 15,4 qm im Dreierappartement auf monatlich je 170,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten in Höhe von monatlich je 40,— DM.

Über die Vorauszahlungen hat der Geschäftsführer des Studentenwerks Darmstadt jeweils zum 30. Juni und zum 31. Dezember eines Kalenderjahres abzurechnen.

Wiesbaden, 17. August 1982

Der Hessische Kultusminister
V B 4.3 — 436/21 (5) — 61
StAnz. 36/1982 S. 1618

928

Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an die Jüdische Gemeinde Kassel

Die nachstehende Urkunde gebe ich hiermit bekannt:

Der Jüdischen Gemeinde Kassel mit Sitz in Kassel werden die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen. Für sie gilt die Verfassung vom 16. Januar 1982.

Die Staatsaufsicht wird von dem Hessischen Kultusminister ausgeübt. Er ist ermächtigt, diese Aufsicht auf den zuständigen Regierungspräsidenten zu übertragen.

Beschlüsse der Jüdischen Gemeinde Kassel, durch die die Verfassung geändert werden soll, bedürfen der staatsaufsichtlichen Genehmigung.

Wiesbaden, 11. August 1982

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident — Der Kultusminister
gez. Börner — gez. Krollmann

Wiesbaden, 24. August 1982

Der Hessische Kultusminister
I B 6 — 886 (3) — 10
StAnz. 36/1982 S. 1618

929

Genehmigung des Kultussteuerbeschlusses der Jüdischen Gemeinde Kassel für das Rechnungsjahr 1983

Gemäß § 7 des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz) i. d. F. vom 25. September 1968 (GVBl. I S. 268) genehmige ich den von der Mitgliederversammlung der Jüdischen Gemeinde Kassel am 15. Juli 1982 gefaßten Steuerbeschluß, für das Rechnungsjahr 1983 einen Hebesatz von 9% zu erheben. Die festgesetzte Kultussteuer wird auch über den 31. Dezember hinaus erhoben, falls zu dem genannten Termin ein neuer Kultussteuerhebesatz nicht beschlossen und staatlich anerkannt ist.

Wiesbaden, 20. August 1982

Der Hessische Kultusminister
I B 6 — 873/6/4 — 13
StAnz. 36/1982 S. 1618

930

Genehmigung der Kultussteuerverordnung der Jüdischen Gemeinde Kassel

Gemäß § 7 des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz) i. d. F. vom 25. September 1968 (GVBl. I S. 268) genehmige ich die von der Mitgliederversammlung der Jüdischen Gemeinde Kassel am 12. März 1982 beschlossene Kultussteuerordnung.

Wiesbaden, 20. August 1982

Der Hessische Kultusminister
I.B 6 — 873/6/4 — 13
StAnz. 36/1982 S. 1618

Kultussteuerordnung
der Jüdischen Gemeinde Kassel
— Körperschaft des öffentlichen Rechts —

§ 1

Die Jüdische Gemeinde Kassel, Körperschaft des öffentlichen Rechts, erhebt eine Kultussteuer nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen.

§ 2

Kultussteuerpflichtig sind alle Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Kassel.

§ 3

Die Jüdische Gemeinde Kassel hat ihre Mitgliederlisten den staatlichen und kommunalen Steuerbehörden (Finanzämtern und Gemeinden) vorzulegen.

§ 4

(1) Die Kultussteuerpflicht beginnt mit dem Beginn der Mitgliedschaft nach § 3 der Satzung der Jüdischen Gemeinde Kassel.

(2) Die Kultussteuerpflicht endet

1. bei Tod mit dem Ablauf des Sterbemonats,
2. bei Austritt mit dem Ablauf des Kalendermonats, der auf die Erklärung des Austritts aus der Gemeinde folgt,
3. bei Wegzug aus dem Gemeindebezirk mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Wegzug erfolgt.

§ 5

(1) Die Kultussteuer besteht in

1. einem Zuschlag zur Einkommensteuer (Lohnsteuer),
2. einem Synagogengeld in glaubensverschiedener Ehe.

(2) Durch Einzelbeschluß der Gemeindeversammlung der Jüdischen Gemeinde Kassel wird die Höhe des Zuschlages festgesetzt. Das Synagogengeld in glaubensverschiedener Ehe wird nach Maßnahme der Tabelle erhoben, die eine Anlage dieser Kultussteuerordnung bildet.

(3) Der Gemeindevorstand kann von den Gemeindemitgliedern, die nicht nach Abs. 1 und 2 kultussteuerpflichtig sind, einen Gemeindebeitrag erheben. Das Nähere ist durch Einzelbeschluß der Gemeindeversammlung zu regeln; der Beschluß bedarf der Genehmigung durch den Kultusminister, sofern der Beitrag 30,— DM jährlich übersteigt.

§ 6

Die Verwaltung der Kultussteuer, die in Zuschlägen zur Einkommensteuer (Lohnsteuer) und Synagogengeldern in glaubensverschiedener Ehe bestehen, erfolgt durch die Finanzämter nach den Vorschriften des Kirchensteuergesetzes im Lande Hessen in der Fassung vom 25. September 1958 (GVBl. I. S. 268), zuletzt geändert durch das AO-Anpassungsgesetz vom 21. Dezember 1976 (GVBl. I S. 532).

Die an die im Lande Hessen gelegenen Finanzämter abgeführten Kultussteuerbeträge werden an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen weitergeleitet, der die Verteilung vornimmt.

§ 7

Die mit der Bearbeitung der Kultussteuern beteiligten Personen sind zur Wahrung des Steuergeheimnisses verpflichtet.

§ 8

(1) Die Kultussteuerordnung richtet sich nach den bestehenden Gesetzen und bedarf der staatlichen Genehmigung.

(2) Sie tritt am 1. Januar 1983 in Kraft.

gez. Max Grossbach
gez. Hanna Tal
gez. Bernhard Fraenkel

Stufe	Bemessungsgrundlage (gemeinsames Einkommen nach § 32 EStG) DM	Jährliches Synagogengeld DM
1	48 000,— bis 59 999,—	240,—
2	60 000,— bis 79 999,—	480,—
3	80 000,— bis 99 999,—	720,—
4	100 000,— bis 149 999,—	996,—
5	150 000,— bis 199 999,—	1 500,—
6	200 000,— bis 249 999,—	1 980,—
7	250 000,— bis 299 999,—	2 520,—
8	300 000,— bis 399 999,—	3 600,—
9	ab 400 000,—	4 800,—

931 DER HESSISCHE MINISTER FÜR LANDESENTWICKLUNG, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

An den
Hessischen Minister
für Wirtschaft und Technik
An die Preußische Elektrizitäts-AG
An alle
am Raumordnungsverfahren
Beteiligten

Geplante Wiederaufnahme des Braunkohleabbaus am Hohen Meißner, Gemarkung Meißner, Werra-Meißner-Kreis, durch die Preußische Elektrizitäts-AG, Abteilung Borken (PREAG);

hier: Raumordnungsverfahren nach § 11 Hess. Landesplanungsgesetz (HLPG) i. d. F. v. 1. Juni 1970 (GVBl. I S. 360), zuletzt geändert am 15. Oktober 1980 (GVBl. I S. 377)

Bezug: 1. Rahmenplan der PREAG für das geplante Bergwerk Meißner vom 8. Dezember 1980
2. Mein Erlaß vom 5. Februar 1981 (StAnz. 1981 S. 663)
3. Schreiben des RP in Kassel vom 11. Mai 1981 — IV/1 — 93 c 14-03 — an die Träger öffentlicher Belange: Einleitung des Raumordnungsverfahrens
4. Schreiben des RP Kassel vom 9. Oktober 1981 — IV/1 — 93 c 14-03 — an die Träger öffentlicher Belange: Einladung zum Erörterungstermin am 13. November 1981 im Rahmen des Raumordnungsverfahrens
5. Schreiben des RP Kassel vom 16. Dezember 1981 — IV/1 — 93 c 14-06 — an die Träger öffentlicher Belange: Übersendung der Ergebnisniederschrift über den Erörterungstermin am 13. November 1981

Unter Bezugnahme auf die Planungsunterlagen und auf der Grundlage des Raumordnungsverfahrens gebe ich im Rahmen des bergrechtlichen Betriebszulassungsverfahrens zu dem o. a. PREAG-Projekt aus landesentwicklungsplanerischer Sicht die nachfolgende Stellungnahme ab. Mit dieser Stellungnahme ist gleichzeitig das Raumordnungsverfahren für die geplante Wiederaufnahme des Braunkohleabbaus am Hohen Meißner abgeschlossen.

I. Landesplanerische Stellungnahme

im Rahmen des Betriebszulassungsverfahrens gem. § 67 Abs. 2 i. V. m. § 196 Abs. 2 Allgemeines Berggesetz für das Land Hessen (ABG) vom 1. April 1953 (GVBl. I S. 61) i. d. F. v. 10. November 1969 (GVBl. I S. 223).

Das o. a. Vorhaben der PREAG ist

1. nicht mit allen Trägern sonstiger Maßnahmen am Hohen Meißner und in dessen Einzugsbereich abzustimmen gewesen.
2. nicht mit den Belangen der Landesplanung vereinbar. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die fachlichen Raumordnungsgrundsätze des Hessischen Landesraumordnungsprogramms und die Ziele der Regionalplanung, die der Erhaltung von Natur und Landschaft dienen.

II. Grundlagen und Ablauf des Raumordnungsverfahrens

1. Mit landesplanerischen Stellungnahmen des Hess. Ministerpräsidenten — Staatskanzlei — vom 28. Februar 1978 — III B 3 — 93 c 06/03 — 215/78 — (n. v.) und des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten vom 3. Juli 1979 — VI B 3 — 93 c 06/03 — 844/79 — (n. v.) wurde zu den Tiefbau-Untersuchungsstrecken in den Lagerstättenbereichen „Lettenberg“ und zu einem im Tagebau vorzunehmenden Schurf zu Probezwecken am „Weiberhemd“ Stellung genommen.

   Die beiden Maßnahmen wurden unter dort näher bezeichneten Voraussetzungen als mit den Belangen der Landesplanung vereinbar bezeichnet; gleichzeitig wurde jedoch auch festgestellt, daß damit keine präjudizierende Wirkung für eine landesplanerische Stellungnahme zugunsten eines evtl. später zu beantragenden Abbaus der Braunkohlelagerstätte gegeben sei.

2. Mit Schreiben vom 8. Dezember 1980 an das Bergamt Kassel hat die PREAG die Zulassung eines Rahmenbetriebsplanes für ein geplantes Bergwerk Meißner gemäß § 67 ABG beantragt.

   Die Planungen der PREAG sehen den Aufschluß von zwei Tagebauen („Weiberhemd“, „Lettenberg“) vor, aus denen insgesamt im Zeitraum von 1983 bis 1995 4,5 Mio. t Braunkohle (jährlich 0,35 Mio. Tonnen) gefördert werden sollen. Die Betriebszeit bis zum Abschluß der Rekultivierungsarbeiten wird von 1982 (Aufschluß) bis 1997 angesetzt, wobei zuerst der Tagebau Weiberhemd und dann der Tagebau Lettenberg in Angriff genommen werden soll. Der Tagebau Weiberhemd soll mitlaufend völlig verfüllt und forstwirtschaftlich rekultiviert werden; vom Tagebau Lettenberg soll ein Restloch verbleiben, das gegenüber dem heutigen Zustand um rd. 300 m nach Südwesten verschoben und von rd. 2,8 auf rd. 5,2 ha Wasserfläche erweitert würde. Der verkippte Teil des Tagebaues Lettenberg soll für eine forstwirtschaftliche Nutzung rekultiviert werden; für die verbleibenden Böschungen ist eine standortgerechte Begrünung vorgesehen. Die Kohle soll per Lkw zum Kraftwerk Borken transportiert werden, wobei von einer werktäglichen Abfuhrmenge von 1 600 t, d. h. von stündlich (16 Arbeitsstunden) 100 t auszugehen ist. Dies bedeutet 4 Fahrtenspiele pro Stunde. Das Abbauvorhaben wird von der PREAG mit energiewirtschaftlichen, energiepolitischen und arbeitsmarktpolitischen Argumenten begründet.

   Mit meinem Erlaß vom 5. Februar 1981 an den RP in Kassel wurde daraufhin von Amts wegen das Raumordnungsverfahren gemäß § 11 HLPG zum Zwecke der Abstimmung des vorgenannten PREAG-Projektes mit raumbedeutsamen Planungen und sonstigen Maßnahmen der in § 8 Abs. 2 HLPG genannten Stellen und anderer Planungsträger aufeinander und untereinander sowie zur Vereinbarkeit dieser Maßnahme mit den Belangen der Landesplanung eröffnet. In diesem Verfahren sollten insbesondere auch die von dem geplanten Vorhaben betroffenen Erfordernisse des Landschafts- und Naturschutzes, der Wasserwirtschaft sowie der Forst- und Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs geprüft und gegen energie-, arbeitsmarkt- und regionalpolitische Gesichtspunkte sorgfältig abgewogen werden. Der RP Kassel wurde beauftragt, das Verfahren bis zur Abschlußreife durchzuführen.

3. Mit Schreiben vom 11. Mai 1981 an die Träger öffentlicher Belange hat der RP in Kassel das Raumordnungsverfahren eingeleitet, nachdem die erforderlichen Unterlagen am 29. April 1981 von der PREAG vorgelegt worden waren. Die Träger öffentlicher Belange wurden um Stellungnahme bis zum 15. September 1981 gebeten.

4. Nachdem Ende September 1981 die erbetenen Stellungnahmen bis auf wenige Ausnahmen vorlagen, wurden die

Träger öffentlicher Belange am 9. Oktober 1981 vom RP in Kassel zur Erörterung der geplanten Maßnahme in einem gemeinsamen Termin am 13. November 1981 in Meißner-Vockerode eingeladen. Über den Ablauf des Termins wurde eine Ergebnisniederschrift angefertigt, die sämtlichen Verfahrensbeteiligten am 16. Dezember 1981 vom RP in Kassel übersandt wurde. Gleichzeitig wurde gebeten, die im Verfahren abgegebenen Stellungnahmen unter Berücksichtigung der im Erörterungstermin gewonnenen neuen Erkenntnisse zu überdenken und ggf. zu ergänzen oder, soweit erforderlich, zu korrigieren. Außerdem wurde um Angabe gebeten, ob und ggf. zu welchen weiteren Punkten oder Einzelfragen Stellungnahmen oder Gutachten für erforderlich gehalten werden.

Die Behörden und sonstigen am Verfahren beteiligten Institutionen, die in Arbeitsgruppen oder Arbeitskreisen beim Bergamt Kassel im Rahmen des Betriebsplanverfahrens zur Klärung von Einzelfragen am Hohen Meißner tätig sind, wurden vom RP gebeten, ihn über den Stand der Arbeiten zu unterrichten und Protokolle, gutachterliche Stellungnahmen und ggf. Abschlußberichte zur Auswertung im Raumordnungsverfahren vorzulegen.

Als Termin für die Vorlage der erbetenen ergänzenden Stellungnahmen usw. wurde Mitte Januar 1982 angegeben.

5. Die Regionale Planungsversammlung für die Planungsregion Nordhessen beim RP in Kassel wurde nach Vorliegen der Stellungnahmen und entsprechender Aufarbeitung des Materials in einer Sitzung am 21. Januar 1982 über den Stand des Raumordnungsverfahrens unterrichtet. Sie beauftragte ihren Zentralausschuß, die Sache zu beraten und der Planungsversammlung eine Beschlußempfehlung zur abschließenden Stellungnahme gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 1 HLPG vorzulegen.

Nach Beratungen im Zentralausschuß am 11. Februar 1982, 25. März 1982 und 6. Mai 1982 erfolgte am 4. Juni 1982 die Beschlußfassung durch die regionale Planungsversammlung.

6. Zu den im Verfahren vorgelegten Stellungnahmen und ergänzenden Stellungnahmen nach dem Erörterungstermin wurden u. a. vom Werra-Meißner-Kreis, der Gemeinde Meißner, der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, dem Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Eschwege, der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz, dem Zweckverband Naturpark Meißner-Kaufunger Wald, der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, der Hessischen Gesellschaft für Ornithologie e. V., dem Deutschen Bund für Vogelschutz und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Einzelgutachten gefordert, die als Grundlage eines ebenfalls geforderten gesamtökologischen Gutachtens dienen sollten.

Die vorgenannten Stellen gingen auf Grund eigener Auswertungen vorliegenden Materials mit teilweise eigenen Untersuchungen davon aus, daß ein Abbau sowohl während der Abbauzeit als auch danach zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen des Landschafts- und Wasserhaushalts führen würden, wobei im wesentlichen folgende Beeinträchtigungen befürchtet wurden:

a) Beeinträchtigungen des Naturdenkmals „Weiberhemdmoor"
b) Beeinträchtigungen des Naturschutzgebietes Meißner
c) Beeinträchtigungen des Landschaftsschutzgebietes des Hochplateaus
d) Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts
e) Beeinträchtigungen des Fremdenverkehrs und der Freiraumerholung.

Das Raumordnungsverfahren trägt auch dem Erfordernis der Prioritätensetzung bei Überlagerung von Vorranggebieten Rechnung. Im Regionalen Raumordnungsplan für die Planungsregion Nordhessen (Ziff. 3.5) ist dazu folgendes festgestellt:

„Die im Kartenteil ausgewiesenen Vorranggebiete haben die im Textteil des regionalen Raumordnungsplans näher dargelegten Wirkungen hinsichtlich der Raumbeanspruchung und Nutzung des Bodens. Bei Überlagerungen von Vorranggebieten wird über die Priorität der Nutzung im Einzelfall entschieden. Dieser Entscheidung dient — soweit erforderlich — ein Raumordnungsverfahren gemäß § 11 HLPG."

III. Landesplanerische Beurteilung

1. Abstimmung des PREAG-Projektes mit anderen Planungen und sonstigen Maßnahmen im Standortbereich

Eine vollständige Abstimmung mit Planungen und sonstigen Maßnahmen anderer Planungsträger im Sinne von § 11 HLPG im Standortbereich des Hohen Meißners konnte nicht erzielt werden.

2. Feststellung der Vereinbarkeit des PREAG-Projektes mit den Belangen der Landesplanung

2.1 Vorbemerkung

Zur Feststellung der Vereinbarkeit der geplanten Maßnahme (Abbau von Braunkohle am Hohen Meißner) mit den Belangen der Landesplanung war entsprechend des Umfangs und der Auswirkungen der geplanten Maßnahmen nicht nur auf dem Hohen Meißner, sondern auch im Raum Borken eine Abwägung aller raumrelevanten Bedingungen mit den Erfordernissen des Landschafts- und Naturschutzes, der Wasserwirtschaft sowie der Forst- und Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs einerseits mit energie-, arbeitsmarkt- und regionalpolitischen und -wirtschaftlichen Gesichtspunkten andererseits vorzunehmen.

Zunächst war zu prüfen, ob und in welchem Umfang die geplanten Abbaumaßnahmen unmittelbar oder mittelbar die Ziele der Landesplanung und Raumordnung objektiv tangieren, ob und ggf. mit welchen Mitteln, Auflagen etc., Beeinträchtigungen vermieden oder vermindert werden können. Diese Prüfung war vorzunehmen sowohl hinsichtlich möglicher Folgen während der Abbauzeit als auch der Zeit nach Abschluß der bergmännischen Tätigkeiten und der anschließenden Rekultivierung.

Die Ergebnisse der Einzelprüfungen und ihrer Abwägung waren sodann im Gesamtzusammenhang dahingehend zu überprüfen, ob die Durchführung der geplanten Maßnahmen oder ihre Ablehnung insgesamt den zuvor dargelegten Zielen der Landesplanung und Raumordnung am ehesten entspricht.

2.2 Auswirkungen der geplanten Maßnahme am Hohen Meißner

Der Hohe Meißner ist sowohl regional als auch überregional eine eigenständige und bedeutende Landschaft und hat über Hessen hinaus als solche einen hohen Bekanntheitsgrad.

Auf Grund ihrer vielfältigen natürlichen Eigenschaften, ihrer Ausdehnung, ihrer Höhe, ihrer landschaftlichen Reize, ihrer Vegetation und Fauna ist die Fläche des Hochplateaus großflächig unter Natur- und Landschaftsschutz gestellt worden und erfüllt eine bedeutende Erholungsfunktion.

Die vom geplanten Bergbau betroffene Fläche befindet sich im Landschaftsschutzgebiet „Meißner-Kaufungerwald" und grenzt unmittelbar an das Naturdenkmal „Weiberhemdmoor mit Arnikawiesen" und an das Naturschutzgebiet „Meißner".

Die Größe der Flächen des geplanten Eingriffs und der erwartungsgemäß vom Abbau mittelbar in Mitleidenschaft gezogenen Bereiche bedingt, daß die für Natur und Landschaft sowie für die Erholung zur Verfügung stehenden Flächen entsprechend reduziert werden.

Über das Gebiet des geplanten Abbaues laufen außerdem wichtige Wanderwegeverbindungen und ein Teil der Ski-Loipe, die bei Durchführung des Bergbauvorhabens verlegt werden müßten, wobei eine Beeinträchtigung der Erholungssuchenden durch Lärm, Staub u. ä. nicht ausgeschlossen werden kann.

Insgesamt kann dies alles dazu führen, daß die Verlagerung von Freizeit- und Erholungsnutzungen auf vom Bergbau nicht oder nur wenig berührte und damit kleinere Flächen eine größere Konzentration von Erholungsnutzungen zur Folge hat. Damit kann ein Konflikt dieser Funktionen mit denen des Natur- und Landschaftsschutzes entstehen zum Schaden aller betroffenen existierenden Nutzungsarten.

Zu bedenken ist außerdem, daß diese Auswirkungen, obwohl scheinbar temporär, nämlich für die Dauer der Abbauzeit, in Wirklichkeit sich auf einen wesentlichen längeren Zeitraum erstrecken werden, da auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen und der besonderen klimatischen Verhältnisse mit sehr langen Rekultivierungs- und Aufwuchszeiten zu rechnen ist.

Während der Abbauzeit sind neben der Inanspruchnahme von Flächen auch Immissionsbelastungen (Lärm, Staub, Abgase) und Beeinträchtigungen der Landschaft sowohl durch den Betrieb als auch durch den Schwerlasttransport zu erwarten. Auch muß damit gerechnet werden, daß Transportwege ausgebaut werden müssen. Insgesamt wird daher eine Störung des Landschaftshaushaltes und des Landschaftsbildes eintreten, die insoweit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung, in bezug auf eine

Nutzung und Benutzung der belebten und unbelebten Landschaftselemente ohne wesentliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und des Landschaftshaushaltes widerspricht.

Durch den Bergbaubetrieb werden rd. 50 ha Wald in Anspruch genommen, die nach erfolgtem Abbau zum weit überwiegenden Anteil wieder aufgeforstet werden sollen. Grundsätzlich widerspricht eine solche Waldnutzung nicht den Zielen der Raumordnung und Landesplanung; von den forstlichen Fachbehörden wird im konkreten Fall aber eine in ökologischer und forstwirtschaftlicher Wertigkeit gleiche Wiederaufforstung für nicht bzw. nur schwer möglich gehalten.

Der Meißner ist wegen seiner zuvor geschilderten und ökologischen Eigenart außerdem wichtiger Teil eines großräumigen Erholungsgebietes und besitzt sowohl für die Kurzzeiterholung als auch für den Fremdenverkehr Bedeutung. Im Umkreis von 5 km um den Meißner weist die Fremdenverkehrsstatistik über 30 000 Übernachtungen aus, mit in den letzten Jahren steigender Tendenz. Ein Mehrfaches — nach Zählungen im Jahr 1977 jährlich rd. 340 000 — an Erholungssuchenden sucht den Meißner auf. Der Raumordnungsplan fordert, solche Gebiete so weit wie möglich vor erholungswertschädigenden Eingriffen zu schützen.

Es ist damit zu rechnen, daß durch Emissionen des Abbaus und durch den Flächenentzug der Erholungswert des Meißners gemindert wird.

Belege hierfür sind allerdings kaum zu erbringen. Im allgemeinen haben Großbaustellen, insbesondere wenn sie mehrere Jahre bestehen, negative Auswirkungen auf Erholung und Fremdenverkehr. Das gleiche kann im wesentlichen für Tagebauvorhaben von Steinbruchbetrieben gelten. Es ist allerdings auch möglich, daß Einblicke „in die Erde" auch als Attraktion empfunden werden.

Für die Abbauzeit im Bereich Lettenberg wird die für den Wasserverband Meißner wichtigste Wassergewinnungsanlage, der Keudell-Brunnen, stark in Mitleidenschaft gezogen, wahrscheinlich sogar ganz ausfallen. Als Bergschadenverursacher wäre die PREAG verpflichtet, hierfür Ersatz zu schaffen, was sie durch Aufbereitung des erschrotenen Grubenwassers sicherzustellen beabsichtigt.

Nach Ansicht der beteiligten Fachbehörden ist ein solches Konzept realisierbar. Ebenso bezeichnen es die Fachbehörden als sicher, daß, nach der Beendigung des vorgesehenen Bergbaues, der Keudell-Brunnen wieder seine vorherige Schüttmenge erreicht.

Die von anderen Trägern öffentlicher Belange geäußerten Bedenken in wasserwirtschaftlicher Sicht können somit als im wesentlichen unbegründet angesehen werden. Die Sicherheit der Wasserversorgung kann durch entsprechende Auflagen im Betriebsplan gewährleistet werden.

Die Frage, ob und ggf. in welchem Umfang eine Veränderung des Wasserhaushalts Auswirkungen auf Ökologie und Landschaft haben wird, ist bis zum Schluß streitig geblieben. Mit Sicherheit werden die Auswirkungen nicht so groß sein, wie befürchtet. Der geologische Aufbau des Meißners läßt auf dem Gebiet der Hydrogeologie Schlüsse zu, die im wesentlichen abschätzbar sind. Im Falle des Abbaues müßte durch entsprechende Auflagen zur Beobachtung des Wasserhaushalts und der durch Erschrotung zusätzlich gewonnenen Wassermengen eine Absicherung insoweit erfolgen, daß die zusätzlich geförderte Wassermenge ggf. durch Verrieselung am Rande des Absenkungstrichters dem Wasserhaushalt wieder zugeführt werden muß. Gegebenenfalls besteht die Möglichkeit, durch ein oder zwei Brunnen bzw. eine Brunnengalerie, im Bereich des Absenkungstrichters ein Austreten des Wassers in den Tagebau zu verhindern, wodurch die Möglichkeit einer chemischen Veränderung des Wassers ausgeschlossen würde.

Im Raumordnungsverfahren genügt diese Feststellung, denn es ersetzt weder gesetzlich vorgeschriebene Prüfungs- noch Genehmigungsverfahren.

Die Frage der Schädigung der ökologischen Verhältnisse durch Absenkung des Grundwasserspiegels ist ebenfalls von den Fachbehörden geprüft und in dem Sinne beantwortet worden, daß bis auf zwei relativ geringe Bereiche keine Beeinträchtigungen zu befürchten sind. Diese Aussage stützt sich auf die Untersuchungsergebnisse der Hessischen Forsteinrichtungsanstalt in Gießen, die in den Arbeitsgruppen „Natur- und Landschaftsschutz" und „Wasser" beim Bergamt Kassel vorgetragen wurden. Danach handelt es sich, bis auf den noch nicht endgültig untersuchten Süd-Ost-Rand des am Lettenberg vorgesehenen Tagebaues im Bereich der sogenannten Kaiserstraße, um grundwasserferne Pflanzenstandorte, so daß die Pflanzenwelt keine unmittelbare Berührung mit dem Grundwasser hat. Zur Kaiserstraße hin müßte ggf. im bergrechtlichen Verfahren eine Absicherung durch Verschiebung der Abbaugrenze erfolgen.

Fachbehörden und Gutachter sowie die Vertreter der Verbände nach § 29 BNatG waren bisher nicht in der Lage, exakte Aussagen zum Weiberhemdmoor, seiner Gestalt, Entwicklung, Versorgung usw. zu machen. Da der sogenannte „Probeschurf" nach den Beobachtungen die Verhältnisse in dem südlich davon gelegenen flächenhaften Naturdenkmal Weiberhemdmoor mit Arnikawiese nicht verändert hat, dürften in dieser Hinsicht keine Bedenken gegen einen Abbau im vorgesehenen Tagebau „Weiberhemd" bestehen, wenn die Grenze dieses Tagebaues im Süden zunächst bis zu weiteren Nachweisen der Unschädlichkeit, etwa in Höhe des „Probeschurfs", in Ost-West-Richtung festgelegt würde. In der Zeit des Abbaues im Norden dieses geplanten Tagebaues könnte bzw. müßte die Grenze im Süden auf Grund dann mehrjähriger Beobachtungen endgültig festgelegt werden.

2.3 Auswirkung der geplanten Maßnahme im weiteren Standortbereich

Das Vorhaben soll nach den Unterlagen der PREAG dazu führen, daß im Jahre 1995 nur rd. 550 Arbeitskräfte im Bereich des Bergbaues und des Kraftwerkes freigesetzt werden müssen und nicht — wie im anderen Fall — rd. 1 000 Arbeitskräfte schon 1989.

Für die Jahre 1989—1995 bedeutet dies also jahresdurchschnittlich eine Sicherung von rd. 775 Arbeitsplätzen. Hinzu kommt für die Betriebszeit die Sicherung von Arbeitsplätzen im Transportgewerbe (rd. 25) und bei der Zeche Hirschberg, wo gegenwärtig rd. 80 Beschäftigte tätig sind. Hierbei fällt jedoch auf, daß eine kontinuierliche Reduzierung der Kohle-Abnahmemenge vom Hirschberg beabsichtigt ist.

Andererseits sind der Strukturicherung im Raum Borken auch jene Arbeitsplätze zuzurechnen, die von den Bezügen des Kraftwerkes (Fremdenleistungen u. ä.), seinem Steueraufkommen und der Einkommensverwendung seiner Beschäftigten abhängen. Zahlenmäßig ist dies für den Raum Borken jedoch kaum präzise darzulegen. Für den Betrieb des Bergwerkes Meißner rechnet die PREAG mit einem Personalbedarf von 75 Mann, von denen nach ihren Angaben 50 Mann neu eingestellt werden müßten, so daß insofern auch mit einem Arbeitsplatzeffekt im Bereich des Meißners gerechnet werden kann.

Dem stehen u. U. Gefahren einer nachteiligen Arbeitsplatzentwicklung im Fremdenverkehr gegenüber, die von einer Beeinträchtigung der Erholungslandschaft am Meißner ausgehen können. Dies würde zu Lasten eines Gebietes gehen, das als Zonengrenzraum besondere Schwierigkeiten mit der Sicherung und Entwicklung seines Arbeitsplatzbestandes hat.

Das Vorhaben dient im Zusammenhang mit der Sicherung der Arbeitsplätze im Raum Borken lediglich der temporären Strukturverfestigung in diesem Gebiet. Dies ist unter Berücksichtigung der gerade in diesem Jahrzehnt schwierigen Arbeitsmarktlage ein nicht zu vernachlässigender Gesichtspunkt. Angesichts der begrenzten zeitlichen Wirkung des Vorhabens bleibt aber die Frage, ob dies als Beitrag zu einer Strukturverbesserung gewertet werden kann, die auf längerfristig produktive und einkommenssichere Arbeitsplätze ausgerichtet ist.

2.4 Stellungnahme der regionalen Planungsversammlung beim RP Kassel gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 1 HLPG

Die regionale Planungsversammlung hat am 4. Juni 1982 mit dem folgenden Beschluß zu dem Vorhaben abschließend Stellung genommen:

> „Unter Abwägung aller im Zusammenhang wichtigen Umstände gelangt die regionale Planungsversammlung zu der Auffassung, daß der von der Preußischen Elektrizitäts-AG beantragte Abbau von Braunkohle am Hohen Meißner, wie er in dem hierfür eingeleiteten Raumordnungsverfahren gemäß § 11 HLPG zu prüfen ist, mit den im Hessischen Landesraumordnungsprogramm i. d. F. des Hessischen Feststellungsgesetzes vom 18. März 1970 (GVBl. I S. 265) und im Regionalen Raumordnungsplan — Sachlicher Teilplan — für die Planungsregion Nordhessen (StAnz. 1979 S. 734) niedergelegten Zielen der Raumordnung und Landesplanung nicht übereinstimmt".

3. Tangierte Ziele der Landes- und Regionalplanung

3.1 Vorbemerkung

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Auswirkungen und Bewertungen ist zu beurteilen, welche Ziele bzw. Grundsätze der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung von dem PREAG-Vorhaben konkret tangiert werden und ob eine Vereinbarkeit mit diesen Zielen festgestellt werden kann oder nicht.

Diese Ziele sind im HLROP Teil A und in dem als sachlichen Teilplan für die Planungsregion Nordhessen von der Hessischen Landesregierung am 28. November 1978 (StAnz. 1979 S. 734) verbindlich festgestellten Regionalen Raumordnungsplan enthalten. Dabei konnten nicht für jede Fläche eindeutige und ausschließende Nutzungszuweisungen vorgenommen werden, so daß ggf. die Übereinstimmung bestimmter Vorhaben mit den Belangen der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung anhand genereller und spezieller Zielaussagen geprüft werden muß. Für das Vorhaben am Hohen Meißner sind im Anschluß an die Ziele des HLROP die nachfolgenden Aussagen und Ausweisungen des Regionalen Raumordnungsplans für die Planungsregion Nordhessen relevant (die angegebenen Ziffern beziehen sich auf die Abschnittsbezeichnungen des Raumordnungsplans).

3.2 Ziele und Grundsätze des HLROP

Von dem PREAG-Vorhaben werden folgende landesplanerischen Ziele und Raumordnungsgrundsätze im Teil A des HLROP berührt:

Nr. 1: Entwicklung der Raumstruktur

Nr. 2: Ausgleich des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gefälles

Nr. 3: Entwicklung einzelner Landesteile; Verbesserung der Wirtschaftsstruktur

Nr. 4: Raumpolitische Grundsätze; Erhaltung gesunder Lebensbedingungen

Nr. 5: Landschaft; Erhaltung der Natur und Vermeidung von Landschaftsschäden

Nr. 6: Wasser; Sicherung der Wasserversorgung und der Wassergewinnungsflächen sowie Erhaltung des Grundwasserbestandes

Nr. 7: Bodenschätze; Sicherstellung der Rekultivierung von Abbauflächen

Nr. 8: Gewerbliche Wirtschaft; Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

Nr. 10: Forstwirtschaft; Sicherung der Schutzfunktionen des Waldes für Landschaft, Klima, Boden, Luft, Wasserhaushalt und Erholung

Nr. 12: Energie; Sicherung der Energieversorgung für Bevölkerung und Wirtschaft.

Besonders hervorzuheben ist, daß das HLROP das öffentliche Interesse eindeutig vor privatem Abbauinteresse einstuft, wobei jedoch — insbesondere bei dem in Rede stehenden Umfang an Arbeitsplätzen — das private Abbauinteresse der PREAG Züge öffentlichen Interesses gewinnt.

3.3 Ziele der Regionalplanung

Im Regionalen Raumordnungsplan für die Planungsregion Nordhessen sind die nachfolgenden Ziele und Ausweisungen in Text und Karten enthalten; sie werden tangiert:

Vorranggebiet für oberflächennahe Lagerstätten

(Karte „Siedlung und Landschaft" — SL-Karte):

— Gewährleistung der Rohstoffversorgung (Abschn. 4.2.6)

— Einschränkung oder Ausschluß des Lagerstättenabbaues bei Zielkonflikten (Abschn. 4.2.6.2)

— Berücksichtigung der Braunkohlelagerstätten in der Region (Abschn. 4.2.5.1 und 4.2.5.2)

Vorranggebiet für den Fremdenverkehr (SL-Karte):

— Sicherung und Weiterentwicklung der Voraussetzungen für den Fremdenverkehr (Abschn. 4.2.2.1)

Vorranggebiet für die Erholung (SL-Karte):

— Schutz der für Freizeit und Erholung besonders geeigneten Landschaftsteile vor erholungswertmindernden Nutzungsformen und beeinträchtigenden Immissionen (Abschn. 4.5)

— Berücksichtigung bei Planungen und Maßnahmen (Abschn. 4.5.3.1 und 4.5.3.2)

Regionales Freizeit- und Erholungszentrum (SL-Karte):

— Sicherung und Entwicklung der Funktionsfähigkeit des am Hohen Meißner vorgesehenen Standortes für ein überregionales Freizeit- und Erholungszentrum (Abschn. 4.5.3.1. und 4.5.3.2)

Vorranggebiet für Wasserwirtschaft und Grundwasserschutz

(Karte „Verkehr und Versorgung" — VV-Karte):

— Sicherung einer ausgeglichenen Grundwassernutzung und -neubildung; Erhaltung des Grundwasserbestandes (Abschn. 4.4.2.1)

— Sicherung der Grundwasservorräte in der Region; Vermeidung einer Beeinträchtigung von Trinkwasserschutzgebieten der Zone II und III durch Abgrabungen (Abschn. 4.4.2.2)

Wald (SL-Karte):

— Erhaltung des Waldes als Rohstoffquelle. Erholungs- und ökologischer Schutz-, Ausgleichs- und Regenerationsraum (Abschn. 4.2.3.1)

Landschaftsschäden (SL-Karte):

— Ausgleich von Landschaftsschäden durch Rekultivierungsmaßnahmen; Rekultivierung von noch vorhandenen Restlöchern und Kippen im Braunkohletagebaugebiet des Hohen Meißners (Abschn. 4.5.1.1, 4.5.1.2 und 4.5.3.2)

Gebiete, in denen Wald-Feld-Grenzen festzulegen sind („Weißflächen", SL-Karte):

— Neufestlegung dieser sog. „Weißflächen" (Abschn. 4.5.2.1)

Arbeitsplätze, Sicherung und Verbesserung der Wirtschaftsstruktur:

— Änderung der Arbeitsplatzstruktur zur Beschleunigung und Verstetigung der Einkommensentwicklung (Abschn. 1.1)

— Beseitigung von Arbeitsplatzmängeln und -engpässen (Abschn. 3. .2)

— Herstellung einer heterogenen Wirtschaftsstruktur unter Berücksichtigung des Umweltschutzes (Abschn. 4.2)

— Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaftsstruktur (Abschn. 4.2.1.1)

Energie, Elektrizität:

— Abbau von Standortnachteilen durch Verbesserung der Energieversorgung (Abschn. 4.2.5.1)

— Neuinstallation von Kraftwerkskapazitäten und Ausbau des Elektrizitätsverbundnetzes zur Deckung steigender Nachfrage an Elektrizität unter Berücksichtigung der Umweltschutzerfordernisse (Abschn. 4.2.5.1)

Immissionsschutz:

— Aufrechterhaltung der hohen Umweltqualität der Region durch Vermeidung von Planungen umweltbelastender Anlagen an ungeeigneten Standorten (Abschn. 4.4.5.1)

Landschaftspflege und Naturschutz:

— Erhaltung der Landschaft, des Landschaftsbildes und Landschaftshaushaltes als Lebensraum und insbesondere in Erholungsfunktion (Abschn. 4.5)

— Naturschutzgebiete sind vom Abbau oberflächennaher Lagerstätten ausgeschlossen (Abschn. 4.5.3.1)

4. Zusammenfassung

Berücksichtigt man sämtliche in dieser landesplanerischen Stellungnahme genannten und für die Entscheidung relevanten Ziele, so konnte das Ergebnis nur durch Abwägung aller dort genannten Voraussetzungen, Einschränkungen oder Ausschlüsse sowie der wichtigen Umstände und der Planaussagen der PREAG gefunden werden. Diese Abwägung hat die Regionale Planungsversammlung Nordhessen beim RP Kassel ebenfalls vorgenommen mit dem Schluß, daß die geplante Maßnahme nicht mit den Zielen der Landes- und Regionalplanung vereinbar ist.

Nach Ansicht der regionalen Planungsversammlung entspricht die von der PREAG beabsichtigte Maßnahme den Zielen der Raumordnung und Landesplanung ebenfalls nur insoweit, als im Raum Borken für einen nur relativ kurzen Zeitraum Arbeitsplätze gesichert werden, während die Eingriffe in das Landschaftsbild auf den Naturhaushalt am Hohen Meißner, nicht zuletzt auch wegen ökonomischer Folgen und nicht auszuschließender dauerhafter Schädigungen, erheblich den landes- und regionalplanerischen Zielsetzungen widersprechen. Trotz der großen Bedeutung, die die Planungsversammlung der Arbeitsplatzsicherung in einem strukturschwachen Gebiet zumißt,

besitzen nach ihrer Ansicht die Beeinträchtigungen und Gefährdungen des Naturhaushaltes auf dem Meißner, die auch Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen insbesondere der Bevölkerung im umliegenden Gebiet haben, im Entscheidungsfall das größere Gewicht. Abgesehen davon, ist von dem PREAG-Projekt längerfristig kein positiver Wandlungseffekt für die Wirtschaftsstruktur in Nordhessen zu erwarten, wie er von Fach-, Regional- und Landesplanung angestrebt wird.

Obwohl hiermit in einzelnen Punkten eine etwas differenzierte Beurteilung erfolgt, als sie die regionale Planungsversammlung vorgenommen hat, kann ihrer Entscheidung und Begründung im wesentlichen zugestimmt werden. Neben dem Umstand, daß nicht oder doch nur schwer wiedergutzumachende ökologische Schäden während, aber besonders auch nach der Abbauphase auftreten können, war auch für diese Entscheidung insbesondere maßgebend, daß die Sicherung der Arbeitsplätze in Borken durch den geplanten Braunkohleabbau auf dem Meißner nur für einen relativ kurzen Zeitraum erfolgen würde.

Unter Berücksichtigung aller in dieser landesplanerischen Stellungnahme genannten relevanten Erfordernisse und unter Abwägung aller im Gesamtzusammenhang wichtigen Umstände ist deshalb der von der PREAG beantragte Abbau von Braunkohle am Hohen Meißner, wie er in dem Raumordnungsverfahren gemäß § 11 HLPG zu prüfen war, mit den im HLROP und im Regionalen Raumordnungsplan — Sachlicher Teilplan — für die Planungsregion Nordhessen niedergelegten Zielen der Raumordnung und Landesplanung nicht vereinbar.

Da die im Rahmen des Raumordnungsverfahrens abgegebenen Stellungnahmen und das dazu vorgelegte und hinzugezogene Material für diese landesplanerischen Stellungnahmen ausreichten, war die Einholung noch zusätzlich geforderter Gutachten nicht mehr erforderlich.

Ob und ggf. in welchem Umfang sonst bestehende Anlagen von der Abbaumaßnahme betroffen werden, war in der landesplanerischen Stellungnahme nicht zu prüfen. Der Bestand solcher Anlagen, u. a. des Bundes und des Hessischen Rundfunks, ist in den notwendigen Genehmigungsverfahren zu sichern. Daß diese Anlagen von vornherein einen Abbau nicht zugelassen hätten, war im übrigen nicht erkennbar, ist auch von Bundesdienststellen nicht behauptet worden. Auf Grund der Untersuchung im „Probeschurfverfahren" könnte eine Beeinträchtigung der Anlagen des Hessischen Rundfunks außerdem ausgeschlossen werden.

IV. Rechtsbelehrung und Kosten

1. Rechtsbelehrung

Durch diese landesplanerische Stellungnahme zur geplanten Wiederaufnahme des Braunkohleabbaues am Hohen Meißner durch die PREAG bleiben nach § 11 Abs. 2 HLPG sonstige Rechtsvorschriften über das Verfahren bei der Abstimmung von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen unberührt.

Die nach sonstigen Vorschriften erforderlichen Erlaubnisse, Genehmigungen, Bewilligungen und sonstigen Entscheidungen werden durch das Raumordnungsverfahren nicht ersetzt.

2. Kosten

Gebühren werden für diese landesplanerische Feststellung nicht erhoben.

Wiesbaden, 30. Juli 1982

Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten
VI B 3 — 930-06/03 — 1052/82
StAnz. 36/1982 S. 1619

932

Stellen nach § 26 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)

Bezug: Erlaß vom 16. Juni 1976 (StAnz. S. 1367), zuletzt ergänzt durch Erlaß vom 22. Juli 1982 (StAnz. S. 1542)

Der o. a. Erlaß wird im Einvernehmen mit dem Sozialminister wie folgt ergänzt:

2. Für die Ermittlung der Emissionen und Immissionen von Geräuschen

2.20 das Institut für Schalltechnik, Raumakustik, Wärmeschutz, Dr.-Ing. Rolf Klapdor, Beratender Ingenieur VBI, Kalkumer Str. 173, 4000 Düsseldorf 30.

Wiesbaden, 19. August 1982

Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt
Landwirtschaft und Forsten
VC4 — 790 08.27.1 — 2123/82
StAnz. 36/1982 S. 1623

933

DER LANDESWAHLLEITER FÜR HESSEN

Zulassung der Landeslisten für die Landtagswahl am 26. September 1982

Der Landeswahlausschuß hat in seiner öffentlichen Sitzung am 27. August 1982 gemäß § 28 des Landtagswahlgesetzes (LWG) in der Fassung vom 10. Januar 1974 (GVBl. I S. 42), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Oktober 1980 (GVBl. I S. 376), die Landeslisten folgender Parteien zugelassen:

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
3. Freie Demokratische Partei (F.D.P.)
4. Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
5. Europäische Arbeiterpartei (EAP)
6. DIE GRÜNEN (GRÜNE)

Nachstehend gebe ich die zugelassenen Landeslisten gemäß § 29 Abs. 1 des Landtagswahlgesetzes (LWG), § 36 der Landeswahlordnung (LWO) bekannt. Die Reihenfolge der Parteien ergibt sich aus § 29 Abs. 2 LWG.

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

1 Dr. Dregger, Alfred, Vorstandsmitglied
geb. 10. 12. 1920 in Münster/Westf.
Elisabethenstr. 1, 6400 Fulda

2 Milde, Gottfried, Rechtsanwalt
geb. 14. 4. 1934 in Breslau
Beethovenstr. 34, 6103 Griesheim

3 Kanther, Manfred, Geschäftsführer
geb. 26. 5. 1939 in Schweidnitz
Jagdweg 5, 6200 Wiesbaden-Heßloch

4 Koch, Karl-Heinz, Rechtsanwalt
geb. 14. 10. 1924 in Kassel
Königsteiner Str. 11, 6236 Eschborn

5 Seitz, Ingeborg, Oberstudienrätin a. D.
geb. 18. 5. 1924 in Magdeburg
Stadtring 94, 6120 Michelstadt

6 Badeck, Georg, Betriebsschlosser
geb. 28. 10. 1938 in Frankfurt am Main-Höchst
Friedrich-Jähne-Str. 12, 6093 Flörsheim am Main-Wicker

7 Lengemann, Jochen, Richter
geb. 10. 1. 1938 in Kassel
Fuldablick 39, 3500 Kassel

8 Roth, Adolf, Dipl.-Volkswirt
geb. 15. 9. 1937 in Gießen
Altenfeldsweg 13, 6300 Gießen

9 Dr. Bartelt, Christian, Rechtsanwalt
geb. 5. 6. 1931 in Wulfflatzke (Pommern)
Beethovenstr. 7, 6200 Wiesbaden

10 Lauterbach, Heinrich, Oberstudiendirektor a. D.
geb. 24. 9. 1925 in Neunkirchen/Siegen
Klappacher Str. 20, 6100 Darmstadt

11 Weimar, Karlheinz, Rechtsanwalt
geb. 30. 1. 1950 in Kirberg
Im Strüthchen 6, 6290 Weilburg-Odersbach

12 Ibel, Wolfgang, Justizamtmann a. D.
geb. 11. 6. 1934 in Limburg a. d. Lahn
Frankfurter Str. 44, 6250 Limburg a. d. Lahn

13 Sturmowski, Georg, Kaufmann
geb. 23. 5. 1923 in Danzig
Elisabethenstr. 60, 6080 Groß-Gerau

14 Nassauer, Hartmut, Rechtsanwalt
geb. 17. 10. 1942 in Marburg
Akazienweg 6, 3549 Wolfhagen

15 Lenz, Helmut, Rechtsanwalt
geb. 31. 1. 1930 in Montabaur
Im Waldfeld 17, 6000 Frankfurt am Main 90

16 Nolte, Hans, Textilingenieur
geb. 16. 8. 1929 in Breitenbach
Rönshausener Str. 40, 6405 Eichenzell

17 Weiß, Gerald, Dozent
geb. 12. 7. 1945 in Rüsselsheim
Am Sommerdamm 7, 6090 Rüsselsheim

18 Geschka, Otti, Kinderkrankenschwester
geb. 27. 12. 1939 in Selters-Haintchen
Stifterstr. 2, 6100 Darmstadt-Arheilgen

19 Troeltsch, Walter, Rechtsanwalt
geb. 29. 7. 1928 in Kiel
Schenkendorfweg 16, 3550 Marburg

20 Prusko, Georg, Angestellter
geb. 27. 12. 1924 in Gleiwitz
Weingartenstr. 50, 6350 Bad Nauheim

21 Stanitzek, Reinhold, Richter
geb. 1. 8. 1939 in Guttentag OS
Finkenweg 75, 6430 Bad Hersfeld

22 Degen, Heide, Hausfrau
geb. 13. 10. 1937 in Düsseldorf
Frauenlobstr. 38, 6000 Frankfurt am Main

23 Greiff, Christoph, Berufschullehrer a. D.
geb. 4. 7. 1947 in Eickelborn
Zeißstr. 27, 6840 Lampertheim

24 Demke, Claus, Rechtsanwalt
geb. 18. 6. 1939 in Frankfurt am Main
Ahornweg 16, 6072 Dreieich

25 Korn, Walter, Realschullehrer a. D.
geb. 7. 12. 1937 in Oberndorf
Niddastr. 12, 6457 Maintal 1

26 Meister, Dietrich, Zollbeamter
geb. 18. 7. 1927 in Reinfeld
Leuchtbergstr. 26, 3440 Eschwege

27 Schoppe, Hermann, Dipl.-Handelslehrer
geb. 4. 4. 1937 in Offenbach am Main
Von-Brentano-Str. 25, 6050 Offenbach am Main-Bieber

28 Spruck, Arnold, Malermeister
geb. 9. 9. 1934 in Gießen
Radhausstr. 1, 6478 Nidda-Kohden

29 Friedrich, Rudolf, Bundesbahnbeamter
geb. 2. 6. 1936 in Neudek
Wartburgstr. 78, 6230 Frankfurt am Main 80

30 Weber, Josef, Polizeibeamter
geb. 5. 8. 1935 in Burghaun
Augezderstr. 2, 6419 Burghaun

31 Möller, Klaus Peter, Rechtsanwalt
geb. 8. 8. 1937 in Darmstadt
Goethestr. 29, 6300 Gießen

32 Windfuhr, Wolfgang, Studiendirektor a. D.
geb. 28. 6. 1936 in Lüdenscheid
Kaupertweg 3, 3500 Kassel

33 von Heusinger, Wolfgang, Landwirt
geb. 16. 9. 1928 in Berlin
Tannenhof 1, 3503 Lohfelden

34 Rippert, Winfried, Kaufmann
geb. 3. 9. 1935 in Fulda
Goerdelerstr. 10, 6400 Fulda

35 Beckmann, Ruth, Hausfrau
geb. 5. 2. 1925 in Essen
Carl-Barthel-Weg 5, 6000 Frankfurt am Main 70

36 Keil, Gerhard, Realschullehrer a. D.
geb. 28. 4. 1945 in Beuern
Grünberger Str. 20, 6302 Lich 3

37 Wenderoth, Gerhard, Rechtsanwalt
geb. 6. 11. 1930 in Kassel
Hammarskjöldring 166, 6000 Frankfurt am Main 50

38 Bouffier, Volker, Rechtsanwalt
geb. 18. 12. 1951 in Gießen
Heide 23, 6300 Gießen-Klein-Linden

39 Müller, Rolf, Philologe
geb. 1. 12. 1947 in Gelnhausen
Ulmenstr. 9, 6460 Gelnhausen

40 Fischer, Dieter, Berufssoldat a. D.
geb. 25. 6. 1942 in Biskirchen
Am Berge 1, 3548 Arolsen-Mengeringhausen

41 Rösler, Roland, Berufssoldat a. D.
geb. 23. 8. 1943 in Schönau
Brunnenweg 3, 6209 Heidenrod 1

42 Frank, Helmut, Elektromeister
geb. 22. 7. 1933 in Frankfurt am Main
Dunantring 111, 6230 Frankfurt am Main 80

43 Brockmann, Leonhard, Angestellter
geb. 24. 6. 1935 in Dülmen
Odenwaldring 75, 6116 Eppertshausen

44 Schulze, Hans-Joachim, Dipl.-Kaufmann
geb. 6. 10. 1936 in Danzig
Kleiberweg 7, 3558 Frankenberg (Eder) 1

45 Möller, Dietrich, Landwirtschaftsmeister
geb. 3. 11. 1937 in Dortmund
Germershäuser Str. 28, 3556 Weimar

46 Seiboldt, Ludwig, Agrar-Ingenieur
geb. 14. 11. 1941 in Nieder-Eschbach
Karl-Bieber-Höhe 3, 6000 Frankfurt am Main 56

47 Gerhold, Erich, Jurist
geb. 18. 12. 1944 in Bad Wildungen
An der Jugendherberge 5, 3580 Fritzlar

48 Lenz, Aloys, Studiendirektor a. D.
geb. 5. 9. 1943 in Hanau
Von-Behring-Str. 16, 6451 Großkrotzenburg

49 Mihm, Karl, Kaufmann
geb. 29. 7. 1934 in Melsungen
Guthardtstr. 6, 3509 Malsfeld

50 Küchler, Wilhelm, Dipl.-Kaufmann
geb. 21. 7. 1936 in Frankfurt am Main
Burgerstr. 8a, 6242 Kronberg im Taunus

51 Reif, Clemens, Speditions-Kaufmann
geb. 21. 1. 1949 in Gießen
Johannisbergstraße 32, 6348 Herborn

52 von Pawelsz-Wolf, Maria, Studienrätin
geb. 15. 2. 1939 in Potsdam
Heinrich-Zille-Str. 10, 6200 Wiesbaden

53 Feick, Volker, Sonderschulrektor
geb. 31. 3. 1939 in Mannheim
Auf der Mauer 1, 6140 Bensheim 6

54 Dr. Beyer, Sigurd, Bürgermeister
geb. 17. 1. 1948 in Laubach
An der Johanneskirche 2, 6300 Gießen

55 Lortz, Frank, Dipl.-Betriebswirt
geb. 5. 6. 1953 in Seligenstadt
Max-Planck-Str. 4, 6453 Seligenstadt-Froschhausen

56 Kartmann, Norbert, Lehrer
geb. 16. 1. 1949 in Butzbach-Nieder-Weisel
Bahnhofstr. 33, 6308 Butzbach-Nieder-Weisel

57 Dr. Burggraf, Hans, Arzt
geb. 22. 8. 1927 in Frankfurt am Main
Klaus-Groth-Str. 36, 6000 Frankfurt am Main 1

58 Schmidt, Karin, Hausfrau
geb. 17. 11. 1939 in Essen
Auf der Windmühle 18, 3578 Schwalmstadt-Treysa

59 Philippi, Liselotte, Hausfrau
geb. 17. 9. 1918 in Innsbruck
Im Hain 5a, 6312 Laubach 1

60 Borsche, Arnulf, Kfm. Angestellter
geb. 15. 3. 1928 in Frankfurt am Main
Grenzstr. 4, 6370 Oberursel (Taunus) 4

61 Braun-Moser, Ursula, Dipl.-Volkswirt
geb. 25. 5. 1937 in Frankfurt am Main
Erzweg 55, 6368 Bad Vilbel

62 Augustin, Anneliese, Apothekerin
geb. 24. 4. 1930 in Kassel
Hainbuchenstr. 27, 3500 Kassel

63 Möller, Richard, Architekt
geb. 23. 11. 1927 in Neuhof
Erfurter Str. 3, 6404 Neuhof

64 Trageser, Martin, Dipl.-Ingenieur
geb. 30. 9. 1943 in Somborn
Herderstr. 5, 6463 Freigericht

65 Throll, Wolfgang, Oberstudienrat a. D.
geb. 18. 4. 1930 in Offenbach am Main
Brüder-Grimm-Str. 23, 6370 Oberursel (Taunus)

66 Niedenthal, Erhard, Polizeibeamter
geb. 1. 9. 1932 in Wiesbaden
Helmholtzstr. 44, 6200 Wiesbaden

67 Dr. Jung, Franz Josef, Rechtsanwalt
geb. 5. 3. 1949 in Erbach
Im Klemenacker 27, 6228 Eltville am Rhein 2

68 Velte, Inge, Geschäftsführerin
geb. 7. 11. 1936 in Mörfelden
Moritz-von-Schwind-Str. 13, 6090 Rüsselsheim

69 Mönch, Dieter, Organisator
geb. 17. 6. 1938 in Ravensburg
Riedstr. 89, 6000 Frankfurt am Main 60

70 Zachertz, Brigitte, Innenarchitektin
geb. 7. 2. 1945 in Mühlacker
Platanenweg 9, 6103 Griesheim

71 Eisenbach, Rudolf, Realschullehrer
geb. 8. 4. 1939 in Limburg a. d. Lahn
Limburger Str. 96, 6250 Limburg a. d. Lahn-Eschhofen

72 Röthig, Günter, Arbeitsdirektor
geb. 17. 9. 1935 in Magdeburg
Heinrich-Engel-Str. 27, 6087 Büttelborn 2

73 Pfreundschuh, Oskar, Techn. Angestellter
geb. 31. 1. 1941 in Frankfurt am Main
Adolf-Leweke-Str. 9, 6000 Frankfurt am Main 50

74 Dr. Michel, Franz Werner, Dipl.-Kaufmann
geb. 23. 9. 1932 in Berlin-Dahlem
Rathausstr. 30, 6203 Hochheim am Main

75 Hofsommer, Heiner, Haupt- u. Realschullehrer
geb. 20. 9. 1945 in Friedlos
Am Giegenberg 7, 6438 Ludwigsau-Friedlos

76 Morhardt, Heinrich, Landwirtschaftsmeister
geb. 7. 12. 1919 in Sulzbach (Taunus)
Eschborner Str. 21, 6231 Sulzbach (Taunus)

77 Frenz, Günter, Fachlehrer
geb. 11. 3. 1951 in Schlüchtern
Sanddornweg 15, 6492 Sinntal 9

78 Pitzer, Erich, Postbeamter
geb. 20. 4. 1925 in Bottenhorn
Am Hainpark 1, 3554 Gladenbach

79 Jacobi, Joachim, Studienrat
geb. 4. 11. 1950 in Naumburg
Bahnhofstr. 52, 3501 Naumburg

80 Beeres, Werner, Studiendirektor
geb. 20. 3. 1949 in Darmstadt
Walther-Rathenau-Str. 81, 6086 Riedstadt 3

81 Klein, Armin, Beamter
geb. 27. 8. 1939 in Seeburg
Von-Bergmann-Str. 43, 6200 Wiesbaden

82 Heuser, Helmut, Angestellter
geb. 10. 11. 1947 in Frankfurt am Main
Blankenheimer Str. 42a, 6000 Frankfurt am Main

83 Frei, Ulrich, Studiendirektor
geb. 24. 1. 1936 in Fulda
Liegnitzer Str. 2, 6415 Petersberg 1

84 Waldhüter, Werner, Ingenieur
geb. 1. 10. 1928 in Hannover
Memelstr. 4, 3570 Stadtallendorf

85 Borowski, Gerhard, Dipl.-Volkswirt
geb. 19. 5. 1941 in Hügelwalde
Osterbergstr. 64, 3502 Vellmar

86 Büdinger, Bernhard, Oberstudienrat
geb. 22. 7. 1940 in Darmstadt
Lucasweg 23, 6100 Darmstadt

87 Thurn, Hans-Peter, Rektor
geb. 4. 9. 1942 in Dernbach
Fichtestr. 15, 6200 Wiesbaden

88 Becker, Robert, Maschinenbautechniker
geb. 4. 6. 1938 in Kransberg
Sodener Str. 7a, 6242 Kronberg im Taunus

89 Ortmann, Siegbert, Rechtsanwalt u. Notar
geb. 26. 8. 1940 in Wiesengrund
Goethestr. 27, 6420 Lauterbach (Hessen)

90 Theis, Willi, Bürgermeister
geb. 1. 5. 1934 in Offenbach/Dillkreis
Bahnhofstr. 2, 6349 Mittenaar 3

91 Stockhausen, Karl, Landwirtschaftsmeister
geb. 4. 1. 1928 in Berndorf
Schulstr. 2, 3549 Twistetal 2

92 Dr. Moog, Rüdiger, Rechtsanwalt
geb. 17. 12. 1953 in Darmstadt-Eberstadt
Heinrich-Delp-Str. 101, 6100 Darmstadt-Eberstadt

93 Müller, Hartmut, Versicherungskaufmann
geb. 4. 5. 1938 in Prümm
Heinrich-Ziegler-Str. 10, 6333 Braunfels

94 Dr. Steiger, Gerhard, Dipl.-Volkswirt
geb. 30. 7. 1929 in Frankfurt am Main-Höchst
Hostatostr. 3a, 6230 Frankfurt am Main-Höchst

95 Corell, Walter, Oberforstrat
geb. 6. 9. 1938 in Schwarzenfels
Stettiner Str. 22, 6310 Grünberg 1

96 Fughe, Manfred, Bürgermeister
geb. 1. 3. 1944 in Rössel/Ostpreußen
Eschenweg 7, 6332 Ehringshausen

97 Zumbrägel, Aloys, Sozialsekretär
geb. 5. 8. 1938 in Vechta
Fuhrmannsbreite 30, 3500 Kassel

98 Prof. Dr. Neunhoeffer, Hans, Hochschullehrer
geb. 7. 5. 1936 in Breslau
Auf dem Sand 1, 6109 Mühltal

99 Sauerborn, Herbert, Chemielaborant
geb. 24. 2. 1936 in Frankfurt am Main-Höchst
Kirchgasse 29, 6239 Eppstein

100 Weider, Helmut, Landwirt
geb. 1. 8. 1930 in Windecken
Limesstr. 12, 6369 Nidderau 5

101 Dr. Ringel, Klaus, Rechtsanwalt
geb. 24. 6. 1937 in Gießen
Westanlage 36, 6300 Gießen

102 Losemann, Jörg, Agrar-Ingenieur grad.
geb. 11. 5. 1944 in Korbach
Rosenweg 31, 3430 Witzenhausen 1

103 Graf zu Solms-Laubach, Alexander, Handelsvertreter
geb. 6. 3. 1934 in Dessau
Breubergstr. 14, 6074 Rödermark

104 Dr. Heimer, Carola, Dipl.-Kaufmann
geb. 13. 11. 1930 in Köln
Lerchesbergring 37, 6000 Frankfurt am Main 70

105 Franz, Manfred W., Verw.-Angestellter
geb. 29. 7. 1946 in Bernbach
Friedhofstr. 5a, 6463 Freigericht-Bernbach

106 Zwermann, Karl, Gärtnermeister
geb. 30. 1. 1940 in Wernborn
Eichkopfweg 6, 6390 Usingen-Wernborn

107 Langner, Otto, Studiendirektor
geb. 16. 10. 1937 in Anseith
Schillerstr. 14, 6443 Sontra

108 Weyrich, Johann, Soldat
geb. 13. 12. 1941 in Vielbrunn
Faltersweg 19, 6120 Michelstadt

109 Dr. Bodenstedt, Wolfgang, Chemiker
geb. 19. 10. 1933 in Preßburg
Diaminstr. 8, 6000 Frankfurt am Main

110 Pillmann, Ingrid, Sozialpädagogin
geb. 17. 3. 1941 in Hanau
Kastanienallee 59, 6450 Hanau

111 Wieland, Bernfried Hermann, Studiendirektor
geb. 12. 1. 1935 in Neisse
Am Dohlberg, 6470 Büdingen

112 Werner, Willi, Landwirtschaftsmeister
geb. 16. 3. 1945 in Besse
Fritzlarer Str. 18, 3501 Edermünde

113 Reinhard, Randoald, Fachlehrer grad.
geb. 10. 10. 1941 in Viernheim
Kröckelbacher Str. 5, 6806 Viernheim

114 Schubert, Christof, Techniker
geb. 28. 5. 1936 in Straupitz
Butzbacher Str. 50, 6000 Frankfurt am Main

115 Heckmann, Hans, Justitiar
geb. 9. 8. 1948 in Weinheim
Am Schloßpark 35, 6943 Birkenau

116 Müller, Hans-Günter, Industriekaufmann
geb. 12. 2. 1948 in Frankfurt am Main
Haeberlinstr. 61, 6000 Frankfurt am Main 50

117 Caspar, Ulrich, Student
geb. 31. 5. 1956 in Frankfurt am Main
Woogstr. 131, 6000 Frankfurt am Main 50

118 Koch, Günter, Kfm. Angestellter
geb. 1. 11. 1927 in Berwangen
Goethestr. 43, 6050 Offenbach am Main

119 Höf, Birgitta, Kfm. Angestellte
geb. 4. 6. 1943 in Frankfurt am Main
Laakirchener Str. 73, 6053 Obertshausen

120 Kilbert, Holm, Jurist
geb. 28. 1. 1952 in Hechingen
Walter-Rietig-Str. 27, 6070 Langen

121 Scholz, Angelika, Hausfrau
geb. 10. 8. 1945 in Rotenburg a. d. Fulda
George-Hollender-Str. 10, 6442 Rotenburg a. d. Fulda

122 Neuroth, Hans-Konrad, Rechtsanwalt
geb. 8. 7. 1952 in Schlüchtern
Wiesenweg 5, 6490 Schlüchtern

123 Meyer, Uwe, Finanzbeamter
geb. 1. 10. 1957 in Lauterbach (Hessen)
Vogelsbergstr. 112, 6420 Lauterbach (Hessen)

124 Plahl, Josef, Regierungsamtmann
geb. 25. 2. 1938 in Zeidlweid
Kirchweg 10, 6290 Weilburg

125 Tries, Jakob-Alois, Diözesansekretär
geb. 29. 11. 1936 in Hadamar
Im Weidenbornerfeld 4, 6253 Hadamar

126 Spalt, Michael, Verwaltungsbeamter
geb. 15. 1. 1951 in Anspach
Häuserweg 9, 6392 Neu-Anspach

127 Fischer, Helmut, Kaufmann
geb. 5. 6. 1941 in Olmütz
Am Höhberg 15, 6208 Bad Schwalbach 1

128 Overbeck, Kurt, Verw.-Angestellter
geb. 8. 7. 1928 in Neisse
Rüthstr. 8, 6200 Wiesbaden

129 Rahn, Hubert, Beamter
geb. 17. 2. 1944 in Blieskastel
Unter den Eichen 2, 6200 Wiesbaden

130 Landvogt, Christa, Hausfrau
geb. 8. 4. 1937 in Wiesbaden
Alte Brücke 22, 6200 Wiesbaden

131 Schömmel, Hans Georg, Kfm. Angestellter
geb. 29. 5. 1934 in Warendorf
Ostpreußenstr. 39, 6238 Hofheim am Taunus

132 Bachmeier, Ursula, Verw.-Angestellte
geb. 12. 1. 1944 in Wien
Falkensteiner Str. 11, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe

133 Bockelmann, Ralph, Student
geb. 6. 3. 1961 in Frankfurt am Main
Am Brückengarten 9a, 6000 Frankfurt am Main 50

134 Schmitt, Rudolf, Landwirt
geb. 14. 3. 1946 in Darmstadt
Fischerstr. 21, 6084 Gernsheim

135 Gattung, Hans-Werner, Chemotechniker
geb. 8. 4. 1935 in Berlin
Hans-Sachs-Str. 4a, 6096 Raunheim

136 John, Inge, Handelsvertreterin
geb. 21. 8. 1930 in Michelstadt
Leipziger Str. 11, 6120 Michelstadt

2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

1 Börner, Holger, Ministerpräsident
geb. 7. 2. 1931 in Kassel
Ebereschenweg 1, 3500 Kassel

2 Winterstein, Horst, Jurist
geb. 5. 10. 1934 in Novi-Sivac
Bergstr. 36, 6234 Hattersheim am Main 1

3 Dr. Rüdiger, Vera, Staatsminister
geb. 5. 4. 1936 in Vollmarshausen
Lauterbacher Str. 19, 6480 Wächtersbach

4 Lütgert, Gert, Gewerkschaftssekretär
geb. 27. 11. 1939 in Frankfurt am Main
Holzhäuser Str. 22, 6342 Haiger-Allendorf

5 Krollmann, Hans, Staatsminister
geb. 7. 11. 1929 in Werdau
Lindenstr. 5, 3500 Kassel

6 Reitz, Heribert, Staatsminister
geb. 1. 6. 1930 in Offheim
Jahnstr. 4, 6250 Limburg a. d. Lahn 4

7 Clauss, Armin, Staatsminister
geb. 16. 3. 1938 in Lauffen a. Neckar
Im Burgfeld 94, 6000 Frankfurt am Main

8 Dr. Günther, Herbert, Staatsminister
geb. 13. 3. 1929 in Bergshausen
Neue Straße 1, 3501 Fuldabrück-Bergshausen

9 Schneider, Karl, Staatsminister
geb. 21. 5. 1934 in Mainflingen
Sandstr. 56, 6101 Bickenbach

10 Görlach, Willi, Staatsminister a. D.
geb. 27. 12. 1940 in Butzbach
Oberpforte 2, 6308 Butzbach-Griedel

11 Stöckl, Radko, Oberstudiendirektor a. D.
geb. 6. 10. 1924 in Schemnitz
Franz-Gleim-Str. 63, 3508 Melsungen

12 Dr. Streletz, Haidi, Zahnärztin
geb. 24. 9. 1931 in Marburg
Kolpingstr. 3, 6056 Heusenstamm

13 Gebhardt, Alfred, Verw.-Angestellter
geb. 27. 2. 1928 in Bayreuth
Leuchte 94, 6000 Frankfurt am Main 60

14 Zabel, Günter, Rektor a. D.
geb. 11. 12. 1926 in Weißenfels/Saale
Breslauer Str. 5, 6120 Michelstadt

15 Wagner, Erika, Hausfrau
geb. 13. 8. 1933 in Wanfried
Westring 64, 3440 Eschwege

16 Dr. Lang, Erwin, Staatsminister a. D.
geb. 14. 3. 1924 in Bad Nauheim
Wilhelminenstr. 10, 6096 Raunheim

17 Welteke, Ernst, Angestellter
geb. 21. 8. 1942 in Korbach
Im Rosengärtchen 28, 6370 Oberursel (Taunus)

18 Ernst, Karl Heinz, Verwaltungsbeamter
geb. 18. 1. 1942 in Fritzlar
Zum Galberg 17, 3580 Fritzlar

19 Kronawitter, Karl Günther, Gewerkschaftssekretär
geb. 22. 12. 1934 in Vilshofen
Im Kreuzbruch 27, 6116 Eppertshausen

20 Holzapfel, Hartmut, Dipl.-Soziologe
geb. 5. 9. 1944 in Röhrda
Untermainkai 15, 6000 Frankfurt am Main 1

21 Beucker, Frank, Angestellter
geb. 10. 2. 1942 in Schwelm
Heiligenbornstr. 1, 6200 Wiesbaden

22 Dr. Schlitzberger, Udo, Studienrat a. D.
geb. 31. 10. 1946 in Kassel
Hinter den Gärten 11, 3527 Calden 5

23 Fraas, Heinz, Kaufmann
geb. 7. 3. 1941 in Heidelberg
Bahnhofstr. 14, 6942 Mörlenbach

24 Heimerl, Hans, Geschäftsführer
geb. 19. 4. 1930 in Eger
Schilfweg 4, 6450 Hanau 1

25 Leinbach, Karl, Postbetriebsinspektor a. D.
geb. 9. 11. 1919 in Gladenbach
Hainstr. 2, 3554 Gladenbach

26 Reichert, Wilhelm, Gewerkschaftssekretär
geb. 3. 7. 1928 in Stockheim
Glauberger Str. 74, 6475 Glauburg

27 Schlappner, Martin, Dipl.-Volkswirt
geb. 6. 10. 1931 in Groß-Gerau
Reinhard-Strecker-Str. 2 B, 6090 Rüsselsheim

28 Nitzling, Erich, Kaufmann
geb. 24. 12. 1934 in Espenschied
Falkensteiner Str. 5, 6000 Frankfurt am Main

29 Pfuhl, Albert, Landrat a. D.
geb. 2. 12. 1929 in Wiesbaden
Landgraf-Philipp-Str. 21, 3578 Schwalmstadt 2

30 Trautmann, Christel, Hausfrau
geb. 23. 10. 1936 in Weiterstadt
Schloßgartenstr. 55, 6100 Darmstadt

31 Hisserich, Karl, Amtsrat a. D.
geb. 30. 11. 1926 in Homberg (Ohm)
Marburger Str. 21, 6313 Homberg (Ohm) 1

32 Dr. Dr. Bökemeier, Horst, Jurist
geb. 6. 5. 1935 in Schwelentrup
Schwelmer Str. 4, 3540 Korbach

33 Schneider, Herbert, Lithograf
geb. 22. 6. 1942 in Wiesbaden
Auf der Eich 5, 6200 Wiesbaden

34 Hartherz, Peter, Regierungsoberrat a. D.
geb. 27. 7. 1940 in Darmstadt
Kurt-Schumacher-Str. 9 B, 6392 Neu-Anspach 1

35 Dann, Gerhard, Regierungsdirektor a. D.
geb. 26. 6. 1935 in Gießen
Ringstr. 33, 6292 Weilmünster-Lützendorf

36 Schnabel, Karl, Zentralheizungsbauer
geb. 14. 3. 1938 in Dortmund
Friedrich-Ebert-Str. 67, 3550 Marburg

37 Starzacher, Karl, Regierungsdirektor a. D.
geb. 3. 2. 1945 in St. Veit a. d. Glan
Licher Pforte 25, 6302 Lich-Langsdorf

38 Bökel, Gerhard, Rechtsanwalt
geb. 30. 6. 1946 in Sontra-Hornel
Asternweg 1, 6335 Lahnau-Atzbach

39 Hilfenhaus, Rudi, Bundesbahnbeamter
geb. 11. 6. 1937 in Welkers
Hauseller 9, 6405 Eichenzell-Welkers

40 Bruch, Gerhard, Rechtsanwalt
geb. 6. 3. 1936 in Kirberg
Untere Weinbergstr. 9, 6209 Aarbergen 1

41 Pawlik, Sieghard, Ingenieur grad.
geb. 23. 6. 1941 in Berlin
Gustavsallee 20, 6230 Frankfurt am Main 80

42 Mutz, Manfred, Lehrer
geb. 18. 1. 1945 in Werdorf
Am Alten Friedhof 10, 6300 Gießen

43 Hellwig, Karl, Konrektor a. D.
geb. 1. 2. 1924 in Steinau an der Straße
Spessartstr. 6, 6497 Steinau an der Straße

44 Kurth, Matthias, Rechtsanwalt
geb. 19. 2. 1952 in Heidelberg
Geißberg 23, 6072 Dreieich

45 Engel, Horst, Ltd. Geschäftsführer
geb. 7. 7. 1927 in Berlin
Siegfried-Guggenheim-Weg 17, 6050 Offenbach am Main

46 Dr. Simon, Günter, Erster Kreisbeigeordneter
geb. 6. 12. 1940 in Gießen
Lappenlied 68, 6430 Bad Hersfeld

47 Blumenstiel, Georg, Bautechniker
geb. 19. 2. 1928 in Lauterbach (Hessen)
Felsenweg 5, 6420 Lauterbach (Hessen)

48 Kiekheben-Schmidt, Veronika, Hausfrau
geb. 31. 1. 1939 in Wien
Schwarzdornweg 6, 6236 Eschborn

49 Klemm, Lothar, Rechtsanwalt
geb. 9. 9. 1949 in Hochstadt
In der Gartel 14 a, 6458 Rodenbach 1

50 Schäfer, Ingeburg, Sozialreferentin
geb. 6. 4. 1933 in Kassel
Auf der Lieth 16, 3501 Ahnatal

51 Dr. Bergmann, Lothar, Landrat a. D.
geb. 13. 7. 1931 in Arnstadt
Ernst-Ludwig-Str. 18, 6148 Heppenheim (Bergstraße)

52 Ritter, Karl Hermann, Kaufmann
geb. 24. 4. 1931 in Köln
Sachsenstr. 5, 6100 Darmstadt-Eberstadt

53 Stasche, Wolfgang, Sozialsekretär
geb. 7. 1. 1941 in Fellhammer
Teutonenstr. 19, 6200 Wiesbaden

54 Sturmfels, Klaus, Rechtsanwalt
geb. 29. 6. 1943 in Mannheim
Ziegelhüttenweg 1—3, 6000 Frankfurt am Main

55 Reidenbach, Friedrich, Kaufmann
geb. 6. 4. 1943 in Bremen
Sigmund-Freud-Str. 103/V, 6000 Frankfurt am Main 50

56 Gerhardt, Jürgen, Ministerialbeamter
geb. 4. 6. 1940 in Kassel
Am Hohlacker 43, 6000 Frankfurt am Main 50

57 Giani, Paul Leo, Rechtsanwalt
geb. 28. 4. 1942 in Remagen
Mainzer Str. 73, 6095 Ginsheim-Gustavsburg

58 Urff, Manfred, Finanzbeamter
geb. 6. 1. 1941 in Korbach
Iserlohner Str. 6, 3540 Korbach 1

59 Herbert, Wilhelm, Landwirt
geb. 5. 9. 1923 in Meerholz
Tal-Hof, 6460 Gelnhausen-Meerholz

60 Gernhardt, Werner, Rechtsanwalt
geb. 9. 2. 1948 in Calden-Ehrsten
Im Schild 5, 3527 Calden 6

61 Dr. Zwecker, Jochen, Landrat
geb. 9. 7. 1936 in Birkenwerder
Eichendorffstr. 11, 6320 Alsfeld

62 Pölt, Elisabeth, Angestellte
geb. 1. 8. 1931 in Frankfurt am Main
Hammarskjöldring 8, 6000 Frankfurt am Main 50

63 Borck, Georg, Rektor
geb. 16. 8. 1937 in Berlin
Rheingoldstr. 52, 6840 Lampertheim-Rosengarten

64 Moser, Reinhard, Maschinenschlosser
geb. 26. 5. 1943 in Merseburg
Breslauer Str. 4, 3500 Kassel

65 Engel, Detlev, Beamter
geb. 16. 5. 1942 in Frankfurt am Main
Hanauer Str. 15, 6367 Karben 1

66 Schmidt, Fritz, Schulamtsdirektor
geb. 25. 7. 1925 in Darmstadt
Taunusstr. 26, 6108 Weiterstadt

67 Fleischert, Wolfgang, Beamter
geb. 15. 9. 1943 in Melsungen
Waldstr. 58, 3508 Melsungen

68 Rauck, Ronald, Dipl.-Betriebswirt
geb. 20. 7. 1950 in Hering
Odenwaldstr. 39, 6111 Otzberg

69 Dahesch, Keyvan, Pressesprecher
geb. 26. 12. 1941 in Teheran
Homburger Landstr. 693, 6000 Frankfurt am Main 56

70 Schön, Edith, Hausfrau
geb. 16. 8. 1934 in Frankfurt am Main
Hainstr. 16, 6242 Kronberg im Taunus

71 Holzhauer, Alfred, Steuerbeamter
geb. 21. 12. 1934 in Weiterode
Steilstr. 9, 6440 Bebra-Weiterode

72 Schmidt, Wolfgang, Kfm. Angestellter
geb. 18. 4. 1934 in Niederselters
Brunnenstr. 34, 6251 Selters (Taunus)

73 Grünewaldt, Gerd, Fernmeldeamtsrat
geb. 15. 9. 1938 in Rügenwalde
Weiterstädter Str. 35, 6100 Darmstadt

74 Staubitz, Helga, Hausfrau
geb. 24. 1. 1949 in Marburg
Heynstr. 3, 3557 Ebsdorfergrund 9

75 Eyerkaufer, Karl, Oberstudiendirektor
geb. 3. 3. 1940 in Landshut
Vogelsbergstr. 17, 6457 Maintal 3

76 Becker, Gerhard, Elektromeister
geb. 23. 4. 1942 in Nidda
Am Ziegenloh 19, 6478 Nidda 1

77 Senne, Marlies, Hausfrau
geb. 1. 6. 1934 in Steinbach-Hallenberg
Panoramastr. 9, 6204 Taunusstein 2

78 Apel, Helmut, Bundesbahnbeamter
geb. 26. 4. 1930 in Velmeden
Nordstr. 10, 3445 Waldkappel

79 Dr. Weil, Alfred, Dipl.-Pädagoge
geb. 16. 2. 1951 in Mörfelden
Ernst-Ludwig-Str. 17, 6073 Egelsbach

80 Schnur, Horst, Rektor
geb. 1. 3. 1942 in Darmstadt
Alte Straße 33, 6124 Beerfelden-Olfen

81 Giseler, Helga, Hausfrau
geb. 28. 8. 1941 in Kassel
Bergweg 33, 3500 Kassel

82 Prof. Arold, Erich, Hochschullehrer
geb. 14. 7. 1936 in Saarbrücken
Vogelsbergstr. 14, 6000 Frankfurt am Main 1

83 Oehlenschläger, Hartmut, Oberstudiendirektor
geb. 14. 12. 1932 in Wetter
Am Schönblick 16, 6348 Herborn

84 Hofmann, Hartwig, Betriebsschlosser
geb. 27. 5. 1938 in Werdorf
Schieferseite 13 a, 6332 Ehringshausen

85 Mihm, Emil, Beamter
geb. 1. 12. 1932 in Fulda
Künzeller Str. 91, 6400 Fulda

86 Hartmann, Bernd, Geschäftsführer
geb. 26. 4. 1944 in Ober-Ramstadt
Odenwaldstr. 179, 6105 Ober-Ramstadt

87 Oerter, Robert, Werkmeister
geb. 8. 7. 1941 in Flörsheim am Main
Untermainstr. 4, 6093 Flörsheim am Main

88 Oppermann, Ernst, Baggerfahrer
geb. 5. 8. 1930 in Arolsen
Kasseler Str. 2, 3540 Korbach

89 Retzlaff, Günter, Verwaltungsjurist
geb. 23. 4 1932 in Berlin
Thorwaldsenanlage 42, 6200 Wiesbaden

90 Flechtner, Sieglinde, Hausfrau
geb. 23. 5. 1929 in Presidente Prudente Sao Paulo
Forstackerweg 3, 6320 Alsfeld-Lingelbach

91 Müller, Rudolf, Techn. Angestellter
geb. 23. 2. 1939 in Rüsselsheim
Waldstr. 11, 6096 Raunheim

92 Diehl, Heinrich, Vertreter
geb. 5. 6. 1935 in Elmshausen
Am Roßberg 4, 3563 Dautphetal

93 Bayerlein, Richard, Schreiner
geb. 10. 3. 1934 in Lich
Steinweg 6, 6302 Lich-Langsdorf

94 Schwarz, Walter, Elektriker
geb. 19. 5. 1924 in Essen
Am Brennofen 3, 6222 Geisenheim

95 Dr. Maraun, Georg, Rechtsanwalt u. Notar
geb. 14. 5. 1926 in Lötzen
Leckringhausen 50, 3549 Wolfhagen

96 Barthel, Jürgen, Dipl.-Volkswirt
geb. 22. 12. 1952 in Hamburg
Mittelbeune 47, 6453 Seligenstadt

97 Zubrod, Margarete, Verkäuferin
geb. 7. 12. 1934 in Frankfurt am Main
Frankfurter Str. 33, 6362 Wöllstadt

98 Gebauer, Joachim, Werkzeugmachermeister
geb. 30. 12. 1921 in Altenburg
Robert-Koch-Str. 9, 6095 Ginsheim-Gustavsburg

99 Heßler, Bernd, Betriebswirt grad.
geb. 14. 7. 1949 in Gombeth
Hersfelder Str. 2, 3587 Borken (Hessen)

100 Günther, Carl Edward, Inspektor
geb. 10. 5. 1954 in Hanau
Ramsaystr. 16, 6450 Hanau 1

101 Müller, Wolfgang, Redakteur
geb. 18. 1. 1936 in Weilburg
Frankenstr. 11, 6336 Solms

102 Schwarzenberg, Judith, Journalistin
geb. 28. 7. 1920 in Dresden
Mönchesweg 1, 6430 Bad Hersfeld

103 Quanz, Konrad, Bauführer
geb. 24. 8. 1919 in Schlotzau
Im Graben 3, 6419 Burghaun-Schlotzau

104 Polzer, Erhard, Geschäftsführer
geb. 6. 10. 1941 in Domstadtl
Gutleutstr. 319, 6000 Frankfurt am Main 1

105 Dr. Emrich, Dieter, Richter
geb. 13. 5. 1939 in Darmstadt
Ernst-Ludwig-Str. 20, 6140 Bensheim

106 Nolte, Otto, Verw.-Angestellter
geb. 19. 4. 1930 in Bottendorf
Teichweg 10, 3558 Frankenberg (Eder)

107 Kretschmer, Klaus-Dieter, Gewerkschaftssektretär
geb. 24. 12. 1937 in Sagau
Ernst-v.-Harnack-Str. 12, 6200 Wiesbaden

108 Boysen-Tilly, Heide, Lehrerin
geb. 4. 10. 1941 in Offenbach am Main
Poststr. 14, 6050 Offenbach am Main

109 Schmidt, Lothar, Verw.-Angestellter
geb. 10. 1. 1947 in Nentershausen
Am Ziegelfeld 11, 6446 Nentershausen

110 Wagner, Rudolf, Schriftsetzer
geb. 19. 5. 1935 in Frankfurt am Main
Ludwig-Landmann-Str. 198, 6000 Frankfurt am Main 90

111 Bayer, Bardo, Lehrer
geb. 21. 7. 1948 in Oppershofen
Kirchstr. 7, 6365 Rosbach v. d. Höhe

112 Geißler, Dieter, Lehrer
geb. 27. 2. 1943 in Alsfeld
An der Schillerlinde 10, 6300 Gießen-Rödgen

113 Giese, Erich, Postbeamter
geb. 5. 2. 1939 in Harmuthsachsen
Glaserbornweg 12, 3437 Bad Sooden-Allendorf

114 Stegmüller, Albert, Gewerkschaftssekretär
geb. 13. 3. 1934 in Stuttgart
Pommernstr. 61, 6231 Schwalbach am Taunus

115 Lupp, Adolf, Schreiner,
geb. 10. 1. 1927 in Wiesbaden-Frauenstein
Am Simmler 48, 6200 Wiesbaden-Frauenstein

116 Breidenbach, Wolf Diethart, Regionalplaner
geb. 12. 11. 1941 in Berlin
Kasseler Str. 19, 3500 Kassel

117 Grohmann, Helmut, Polizeibeamter
geb. 14. 7. 1942 in Kyllburg
Alzeyer Str. 37, 6230 Frankfurt am Main 80

118 Baasch, Hans-Egon, Dipl.-Ingenieur
geb. 25. 1. 1946 in Kiel
Reichenbachweg 26, 6240 Königstein im Taunus 2

119 Schnell, Claudia, Hauswirtschaftsmeisterin
geb. 19. 9. 1949 in Minden
Kantstr. 7, 6423 Wartenberg 1

120 Metz, Walter, Ingenieur
geb. 3. 10. 1924 in Stangenroth
Hügelweg 8, 3500 Kassel

121 Löffler, Edmund, Konstrukteur
geb. 3. 2. 1932 in Lichenroth
Liegnitzer Str. 13, 6000 Frankfurt am Main

122 Dr. Seidelmann, Christoph, Dipl.-Volkswirt
geb. 19. 4. 1943 in Koblenz
Große Bockenheimer Str. 2, 6000 Frankfurt am Main 1

123 Müller, Hans, Schlosser
geb. 23. 5. 1929 in Prischib
Lübecker Str. 39, 3520 Hofgeismar

124 Treusch, Albrecht, Versicherungskaufmann
geb. 4. 10. 1937 in Alzey
Wilhelm-Leuschner- Str. 19, 6110 Dieburg

125 Schäfer, Heinrich, Amtsinspektor a. D.
geb. 28. 9. 1921 in Burkhardsfelden
Frankfurter Str. 11, 6310 Grünberg

126 Marek, Rudolf, Techn. Postbeamter
geb. 18. 2. 1940 in Fischern
Frauenberg 14, 6326 Romrod

127 Hilfenhaus, Helmut, Landwirt
geb. 16. 11. 1928 in Altenfeld
Rhönweg 15, 6412 Gersfeld (Rhön)

128 Kumpf, Friedrich, VHS-Angestellter
geb. 2. 2. 1929 in Schlitz
Kreuzweg 13, 6407 Schlitz

129 Kröll, Wilhelm, Bürovorsteher
geb. 1. 2. 1945 in Eckartshausen
Zum Brückelchen 10, 6470 Büdingen

130 Schott, Walter, Fernsehtechnikermeister
geb. 26. 11. 1930 in Fulda
Walter-Bauer-Str. 3 a, 6400 Fulda

131 Weidemann, Ernst, Angestellter
geb. 13. 1. 1931 in Frankfurt am Main
Zentmarkweg 9, 6000 Frankfurt am Main 90

132 Kaffenberger, Friedhelm, Verw.-Angestellter
geb. 22. 2. 1932 in Groß-Zimmern
Schwanengasse 1, 6101 Roßdorf 1

133 Schneider, Knut, Polizeioberrat
geb. 25. 6. 1939 in Bad Schwalbach
Grund 10, 6222 Geisenheim

134 Höfer, Gerd, Lehrer
geb. 23. 2. 1943 in Aschersleben
Am Leitebrunnen 34, 3579 Neukirchen

135 Bergelt, Barbara, Lehrerin
geb. 24. 4. 1941 in Berlin
Amselweg 8, 6348 Herborn-Merkenbach

136 Graß, Erika, Kindergärtnerin
geb. 26. 6. 1937 in Frankfurt am Main
Frankfurter Str. 40, 6330 Wetzlar

137 Hahn, Rudolf, Schlosser
geb. 27. 2. 1927 in Flörsheim am Main
Konrad-Adenauer-Ufer 7, 6093 Flörsheim am Main

138 Herbert, Manfred, Techniker
geb. 30. 8. 1935 in Münster
An den Römergärten 25, 6233 Kelkheim (Taunus)

139 Sulzbach, Georg, Beamter
geb. 10. 7. 1937 in Rockenberg
Am Stadtpfad 20, 6236 Eschborn

140 Grüneberg, Gerd, Studienrat
geb. 4. 1. 1948 in Göttingen
Promenade 5, 6233 Kelkheim (Taunus)

141 Diefenbach, Michael, Volkswirt
geb. 11. 6. 1947 in Berlin
Wiesenweg 1, 6231 Schwalbach am Taunus

142 Richter, Klaus, Versicherungskaufmann
geb. 18. 9. 1924 in Erfurt
An den Sieben Bäumen 9, 6236 Eschborn 2

143 Dr. Colin, Ingrid, Wiss. Angestellte
geb. 3. 10. 1946 in Frankfurt am Main
Oberortstr. 13 B, 6236 Eschborn

144 Gladis, Richard, Verw.-Angestellter
geb. 12. 2. 1922 in Rosenberg
Unter den Kastanien 14, 6233 Kelkheim (Taunus)

3. Freie Demokratische Partei (F.D.P.)

1 Gries, Ekkehard, Staatsminister
geb. 16. 9. 1936 in Eichenberg
Im Hopfengarten 22, 6370 Oberursel (Taunus)

2 Hoffie, Klaus Jürgen, Staatsminister
geb. 14. 10. 1936 in Königsberg
Waldstr. 44, 6101 Bickenbach

3 Wilke, Otto, Elektromeister
geb. 13. 4. 1937 in Korbach
Bredelarer Str. 1, 3543 Diemelsee-Adorf

4 Schmidt, Alfred, Malermeister
geb. 4. 9. 1938 in Korbach
Wolfhager Str. 283, 3500 Kassel

5 Dr. Gerhardt, Wolfgang, Beamter
geb. 31. 12. 1943 in Helpershain
Vogelbergstr. 170, 6420 Lauterbach (Hessen)-Blitzenrod

6 Weghorn, Eberhard, Rechtsanwalt
geb. 1. 8. 1947 in Frankfurt am Main
Am Schafhof 1, 6497 Steinau an der Straße

7 Wagner, Ruth, Studiendirektorin a. D.
geb. 18. 10. 1940 in Wolfskehlen
Rehkopfweg 13, 6100 Darmstadt

8 Strumpf, Edith, Hausfrau
geb. 30. 7. 1938 in Frankfurt am Main
Burnitzstr. 5, 6000 Frankfurt am Main

9 Dr. Brans, Werner, Staatssekretär
geb. 8. 1. 1929 in Wetzlar
Brückenborn 9, 6330 Wetzlar

10 Denzin, Michael, Dipl.-Volkswirt
geb. 22. 4. 1944 in Ribnitz
Schloßheide 67, 6222 Geisenheim

11 Edler von Kiesling auf Kieslingstein, Horst-Eberhard, Handelsvertreter
geb. 2. 1. 1937 in Tabaga/Tansania
Schillerstr. 17, 6057 Dietzenbach

12 Rühl, Georg Heinrich, Landwirt
geb. 4. 1. 1948 in Offenbach am Main
Lindenstr. 31, 6363 Echzell 1

13 Wilke, Claus Peter, Landwirt
geb. 22. 4. 1939 in Frankfurt am Main
Langerlerhof, 6306 Langgöns-Niederkleen

14 Hahn, Jörg-Uwe, Rechtsreferendar
geb. 21. 9. 1956 in Kassel
Grüner Weg 18, 6368 Bad Vilbel

15 Dr. Molter, Dierk, Ministerialrat
geb. 14. 9. 1943 in Darmstadt
Heinrich-Delp-Str. 233, 6100 Darmstadt

16 Fricke, Peter, Kfm. Angestellter
geb. 29. 8. 1935 in Kassel
Schillerstr. 56, 6438 Ludwigsau-Friedlos

17 Schuffels, Peter, Apotheker
geb. 15. 5. 1925 in Marienwerder
Am Frauenberg 5, 6400 Fulda

18 Kappel, Heinrich, Pfarrer
geb. 13. 12. 1938 in Dornheim
Im Hopfengarten 10, 6232 Bad Soden am Taunus 2

19 Walther, Ferdinand, Stadtrat
geb. 28. 5. 1936 in Offenbach am Main
Grenzstr. 97, 6050 Offenbach am Main

20 Löhr, Wolfgang, Rechtsanwalt u. Notar
geb. 22. 7. 1939 in Wiesbaden
Fritz-Born-Str. 4 a, 6390 Usingen

21 Schmitt, Carl Heinrich, Dipl.-Kaufmann
geb. 6. 5. 1931 in Ziegenhain
Am Nordbahnhof 5, 3578 Schwalmstadt 2

22 Stein, Volker, Lehrer
geb. 17. 4. 1950 in Frankfurt am Main
Marbachweg 77, 6000 Frankfurt am Main 50

23 Prof. Dr. Distler, Jürgen, Hochschulrektor
geb. 10. 10. 1941 in Aussig
Langgasse 20, 6250 Limburg a. d. Lahn 9

24 Widow, Peter, Jurist
geb. 14. 3. 1929 in Lübeck
Gartenstr. 14 a, 6144 Zwingenberg

25 Ambros, Elke, Kauffrau
geb. 14. 9. 1943 in Gelnhausen
Hanauer Str. 39, 6456 Langenselbold

26 Wetzel, Eckhard, Dipl.-Volkswirt
geb. 10. 4. 1941 in Ulm
Albertsweg 1, 6238 Hofheim am Taunus

27 Schäfer, Jochem, Dipl.-Ökonom
geb. 30. 3. 1948 in Herborn
Friedrich-Birkendahl-Str. 4, 6348 Herborn

28 Voigt, Mechthild, Hausfrau
geb. 12. 2. 1938 in Hamburg
Schönbornring 26, 6078 Neu-Isenburg

29 Lemke, Horst, Techn. Betriebswirt
geb. 21. 4. 1938 in Neumark
Lessingstr. 1, 3444 Wehretal 1

30 Ritter, Sabine, Buchhändlerin
geb. 27. 7. 1955 in Mainz
Hüglerstr. 5, 6200 Wiesbaden

31 Saftig, Rudi, Architekt
geb. 26. 5. 1939 in Neuwied
Gagernstr. 26, 6000 Frankfurt am Main 60

32 Freiherr Fellner von Feldegg, Christoph, Lehrer
geb. 24. 8. 1950 in Caputh-Potsdam
Grabbrunnen 3, 6320 Alsfeld

33 Matthes, Peter, Dipl.-Landwirt
geb. 25. 10. 1922 in Affhöllerbach
Ackermannstr. 14, 6101 Brensbach-Nieder-Kainsbach

34 Dr. Hein, Helmut, Dipl.-Chemiker
geb. 11. 9. 1936 in Suhl
Waldstr. 1, 6483 Bad Soden-Salmünster

35 Engelhardt, Heinrich, Soldat
geb. 30. 12. 1938 in Bellings
Welferoderstr. 12, 3588 Homberg (Efze)

36 Freiling, Heinz, Ingenieur
geb. 8. 10. 1935 in Frechenhausen
Rosengartenstr. 2, 6251 Runkel 2

37 Wiek, Karl Friedrich, Sparkassendirektor i. R.
geb. 22. 4. 1913 in Wuppertal-Elberfeld
Burgstr. 6, 3560 Biedenkopf

38 Seidel, Helene, Hausfrau
geb. 2. 4. 1930 in Frankfurt am Main
Oberhöchstädter Weg 42, 6000 Frankfurt am Main 90

39 Braese, Claus, Kfm. Angestellter
geb. 30. 8. 1944 in Schreiberhau
Zum Hesselberg 4, 6149 Rimbach 1

40 Carda, Karl Heinz, Steuerberater
geb. 1. 8. 1938 in Teplitz-Schönau
Marktstr. 44, 6000 Frankfurt am Main 60

41 Bracht, Werner, EDV-Organisator
geb. 14. 1. 1949 in Treysa
Schauenburger Str. 47, 3507 Baunatal-Großenritte

42 Storck, Heinz Hermann, Doktorand
geb. 16. 4. 1951 in Herford
Gutenbergstr. 19, 3550 Marburg

43 Dr. Severa, Borek, Dipl.-Kaufmann
geb. 26. 7. 1950 in Turnau
Am Fischstein 61, 6000 Frankfurt am Main 90

44 Gmeiner, Rolf Dieter, Stadtrat
geb. 30. 11. 1942 in Wiesbaden
Wilhelminenstr. 10, 6200 Wiesbaden

45 Dr. Achilles, Albrecht, Dipl.-Landwirt
geb. 19. 8. 1944 in Goslar
Am Schlangensee 115, 6110 Dieburg

46 Dr. Bliss, Heinz, Hochschullehrer
geb. 17. 7. 1921 in Jeseritz
Eichsfelder Str. 11, 3430 Witzenhausen 1

47 Rietzel, Gerd, Soldat
geb. 4. 3. 1940 in Ebersbach
Baumgartenstr. 62, 3500 Kassel

48 Dr. Kleinstück, Hermann, Präsident der Hessischen Brandversicherungskammer
geb. 9. 5. 1933 in Frankfurt am Main
Ludwig-Büchner-Str. 15, 6100 Darmstadt

49 von Scheidt, Helmut, Lehrer
geb. 3. 1. 1948 in Wiesbaden
Schlichterstr. 5, 6200 Wiesbaden

50 Sauerland, Frank, Wiss. Assistent
geb. 2. 9. 1953 in Rüsselsheim
Heinrich-Heine-Str. 13, 6097 Trebur 2

51 Pfeng, Johanne, Hausfrau
geb. 10. 6. 1924 in Stettin
Langgässerweg 42, 6100 Darmstadt

52 Riebensahm, Dietrich, Dipl.-Ingenieur
geb. 5. 8. 1931 in Schaaken
Gothaer Str. 20, 3501 Zierenberg

53 Prof. Dr. Kiesow, Gottfried, Landeskonservator
geb. 7. 8. 1931 in Alt Gennin
Idsteiner Str. 7, 6200 Wiesbaden

54 Reitzlein, Karl Heinz, Rechtsanwalt
geb. 19. 6. 1930 in Frankfurt am Main
Eichendorffstr. 1, 6072 Dreieich

55 Wallenfels, Dieter, Rechtsanwalt
geb. 7. 7. 1934 in Kleve
Prinz-Nikolas-Str. 24, 6200 Wiesbaden

56 Holzfuß, Martin, Brigadegeneral
geb. 24. 12. 1925 in Beelkow
Eschbacher Weg 30, 6308 Butzbach-Maibach

57 Scharmann, Werner, Dipl.-Kaufmann
geb. 12. 8. 1931 in Zell/Bad König
Haus Finkenberg, 6123 Bad König-Zell

58 Herzig, Heinrich, Spediteur
geb. 27. 6. 1920 in Fulda
Habelbergstr. 7, 6400 Fulda

59 Rosentreter, Dieter, Prokurist
geb. 30. 3. 1947 in Neumühle
Weidengasse 5, 6370 Oberursel (Taunus)

60 Glas, Willy, Stadtrat
geb. 18. 2. 1926 in Nürnberg
Glockengartenweg 28, 6100 Darmstadt

61 Gerhold, Heinrich, Beamter
geb. 25. 3. 1937 in Hannover
Kösliner Weg 6, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe

62 Hoffmann, Arthur, Dipl.-Ingenieur
geb. 15. 5. 1922 in Petersburg
Stefan-George-Weg 8, 6100 Darmstadt

63 Balkhaus, Paul, Rentner
geb. 9. 4. 1915 in Elberfeld
Grünberger Str. 38, 6300 Gießen

64 Jahn, Dieter, Kaufmann
geb. 3. 2. 1944 in Frankfurt am Main
Bethnal-Green-Str. 13 a, 6050 Offenbach am Main

65 Dr. Dörig, Harald, Rechtsreferendar
geb. 8. 1. 1953 in Frankfurt am Main
Seehofstr. 20, 6000 Frankfurt am Main 70

66 Mayer, Karl, Kaufmann
geb. 11. 6. 1909 in Obertshausen
Brühlstr. 25, 6053 Obertshausen

67 Neujahr, Renate, Verw. Angestellte
geb. 6. 2. 1935 in Wiesbaden
Leipziger Str. 55, 6452 Hainburg

68 Friedemeyer, Dierk, Finanzbeamter
geb. 18. 10. 1951 in Osnabrück
Dr.-Bruder-Str. 2 a, 6053 Obertshausen

69 Flesch, Klaus Peter, Dipl.-Kaufmann
geb. 27. 6. 1949 in Frankfurt am Main
Bahnstr. 36, 6082 Mörfelden-Walldorf

70 Riecke, Wolfgang, Kfm. Angestellter
geb. 1. 6. 1929 in Paderborn
Fasanenweg 20, 6231 Schwalbach am Taunus

71 Kirstein, Gerd, Lehrer
geb. 12. 1. 1938 in Göttingen
Hermannstr. 23, 6140 Bensheim 1

72 Dr. Abshagen, Alexander, Rechtsanwalt
geb. 16. 12. 1948 in Bad Hersfeld
Frauenlobstr. 11, 6000 Frankfurt am Main 90

73 Patzak, Wolfgang, Studienrat
geb. 12. 11. 1950 in Willingshausen
An der Heimlich 5, 6470 Büdingen

74 Dr. Liedel, Joseph Hans, Wiss. Angestellter
geb. 21. 12. 1952 in Speyer
Lortzingstr. 3, 6050 Offenbach am Main

75 Müller, Michael, Reg. Direktor a. D.
geb. 5. 2. 1947 in Offenbach am Main
Hofäckerstr. 17, 6200 Wiesbaden-Naurod

76 Dr. Weimershaus, Wolfgang, Facharzt
geb. 6. 7. 1922 in Welper
Frankfurter Str. 77, 6050 Offenbach am Main

77 Fertsch-Röver, Dieter, Unternehmer
geb. 18. 12. 1924 in Frankfurt am Main
Am Wacholderberg 2, 6240 Königstein im Taunus

78 Kaiser, Ottomar, Ltd. Reg. Direktor
geb. 12. 4. 1934 in Dörnigheim
Tilsiter Str. 14, 6450 Hanau 1

79 Stein, Paul, Ingenieur
geb. 14. 7. 1920 in Stettin
Homburger Landstr. 63, 6000 Frankfurt am Main 50

80 Dockhorn, Otto, Staatssekretär
geb. 16. 1. 1921 in Wolferstedt
Richard-Wagner-Str. 26, 6200 Wiesbaden

81 Kirst, Otto, Staatssekretär
geb. 16. 5. 1928 in Frankfurt am Main
Kopernikusstr. 33, 6230 Frankfurt am Main 80

4. Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

1 Weber, Ellen, Fürsorgerin
geb. 22. 4. 1930 in Frankfurt am Main
In der Au 57, 6000 Frankfurt am Main 90

2 Braun, Anneli, Kfm. Angestellte
geb. 28. 2. 1954 in Offenbach am Main
Senefelderstr. 59, 6050 Offenbach am Main

3 Gramm, Cornelia, Werkstoffprüferin
geb. 8. 5. 1954 in Frankfurt am Main
Geibel Str. 11, 6450 Hanau 1

4 Stumpf, Jürgen, Werkzeugmacher
geb. 14. 11. 1954 in Schlüchtern
Wegelänge 56, 3500 Kassel

5 Hechler, Rudi, Schriftsetzer
geb. 19. 5. 1934 in Mörfelden
Hochstr. 22, 6082 Mörfelden-Walldorf

6 Jakob, Ulrike, Stenokontoristin
geb. 10. 5. 1960 in Kassel
Wegelänge 56, 3500 Kassel

7 Maurer, Rudolf, Metallarbeiter
geb. 9. 1. 1931 in Friedberg (Hessen)
Eschersheimer Landstr. 374, 6000 Frankfurt am Main

8 Lang, Wilfried, Dreher
geb. 1. 7. 1928 in Worms
Ernst-Barlach-Str. 25, 6090 Rüsselsheim

9 Paulus, Gertrude, Angestellte
geb. 8. 5. 1934 in Frankfurt am Main
Rheinlandstr. 6, 6231 Schwalbach am Taunus

10 Carlebach, Emil, Journalist
geb. 10. 7. 1914 in Frankfurt am Main
Bernadottestr. 2, 6000 Frankfurt am Main

11 Herrmann, Wilhelm, Lehrer
geb. 10. 3. 1951 in Bad Homburg v. d. Höhe
Luisenplatz 28, 6000 Frankfurt am Main

12 Schuster, Ingrid, Chefredakteurin
geb. 19. 7. 1932 in Velgast
Im Heidenfeld 77, 6000 Frankfurt am Main 50

13 Oswald, Herbert J., Speditionskaufmann
geb. 22. 3. 1958 in Walldorf
Waldstr. 101, 6082 Mörfelden-Walldorf

14 Skrobanek, Claus, Student
geb. 25. 7. 1956 in Alsfeld
Steinweg 12, 3550 Marburg

15 Becker, Günter, Elektriker
geb. 20. 1. 1931 in Frankfurt am Main
Niersteiner Str. 10, 6000 Frankfurt am Main 70

16 Ukrow, Rosemarie, Fernmeldeobersekretärin
geb. 1. 10. 1949 in Wetzlar
Wingertstr. 6, 6362 Wöllstadt

17 Mohn, Wilhelm, Weißbinder
geb. 23. 1. 1912 in Langenselbold
Rödelbergstr. 4, 6456 Langenselbold

18 Seidel, Dieter, Werkzeugmacher
geb. 18. 9. 1956 in Helsa
Friedrich-Ebert-Str. 147, 3500 Kassel

19 Grieger, Renate, Bankkaufmann
geb. 10. 2. 1948 in Reinheim
Odenwaldring 20, 6107 Reinheim 1

20 Dr. Steigerwald, Robert, Publizist
geb. 24. 3. 1925 in Frankfurt am Main
Berliner Str. 10, 6236 Eschborn

21 Gingold, Peter, Rentner
geb. 8. 3. 1916 in Aschaffenburg
Reichsforststr. 3, 6000 Frankfurt am Main

22 Krüger, Herrmann, Betonbauer
geb. 21. 3. 1930 in Wiesbaden
Heinrich-Stahl-Str. 2, 6230 Frankfurt am Main 80

23 Stang, Ulrich, Angestellter
geb. 26. 7. 1945 in Marburg
Ockershäuser Allee 46, 3550 Marburg

24 Roth Marianne, Verlagsangestellte
geb. 27. 6. 1930 in Frankfurt am Main
Im Burgfeld 4, 6000 Frankfurt am Main 50

25 Matejka, Alfred, Maschinenbaumeister
geb. 17. 5. 1949 in Wiesbaden
Beethovenstr. 17, 6200 Wiesbaden

26 Müller, Johann-Adam, Landwirt
geb. 1. 1. 1931 in Eppertshausen
Schulstr. 15, 6116 Eppertshausen

27 Dreier, Christine, Sozialarbeiterin
geb. 3. 2. 1948 in Frankfurt am Main
Jakobystr. 30, 6000 Frankfurt am Main

28 Schuster, Friedemann, Journalist
geb. 29. 3. 1929 in Frankfurt am Main
Gerhart-Hauptmann-Ring 25, 6000 Frankfurt am Main

29 Reiniger, Lothar, Werkzeugmacher
geb. 25. 12. 1950 in Frankfurt am Main
Alt Erlenbach 41, 6000 Frankfurt am Main 56

30 Fisch, Doris, Lehrerin
geb. 2. 5. 1946 in Frankfurt am Main
Am alten Schloß 17, 6000 Frankfurt am Main 50

31 Welskop, Werner, Spengler
geb. 5. 7. 1939 in Oranienburg
Im Friedrichssee 14, 6080 Groß-Gerau

32 Kuhn, Annemarie, Drogistin
geb. 13. 8. 1950 in Stadtallendorf
Niederkleiner Str. 51, 3570 Stadtallendorf

33 Löffler, Hans, Kranführer
geb. 31. 3. 1933 in Frankfurt am Main
Bonameser Hintergasse 6, 6000 Frankfurt am Main

34 Faulhaber, Gabi, Sonderpädagogin
geb. 21. 6. 1953 in Neustadt a. d. Waldnaab
Rodheimer Str. 2, 6367 Karben 6

35 Eckert, Rainer, Lehrer
geb. 31. 8. 1944 in Würzberg
Schüttenhelmweg 34, 6000 Frankfurt am Main

36 Robitzsch-Klee, Hedwig, Studienrätin
geb. 25. 11. 1948 in Steinheim am Main
Schillerstr. 4, 6106 Erzhausen

37 Schäfer, Elga, Studentin
geb. 22. 8. 1957 in Berlin
Rundeturmstr. 16, 6100 Darmstadt

38 Schröder, Heinrich, Ormigarbeiter
geb. 1. 9. 1922 in Groß-Jestin
Eckermannstr. 17, 3500 Kassel

39 Schmidt, Ursula, Bauzeichnerin
geb. 8. 11. 1953 in Gießen
Lessingstr. 7, 6096 Raunheim

40 Beltz, Erika, Angestellte
geb. 21. 12. 1944 in Alsfeld
Diezstr. 7, 6300 Gießen

41 Dr. Schäfer, Heinz, Redakteur
geb. 17. 11. 1927 in Darmstadt
Sterngasse 52, 6103 Griesheim

42 Befard, Ottmar, Maschinenschlosser
geb. 20. 3. 1954 in Geisenheim
Sedanplatz 7, 6200 Wiesbaden

43 Heß, Renate, Hausfrau
geb. 15. 9. 1941 in Frankfurt am Main
Waldstr. 48, 6057 Dietzenbach

44 Vogler, Bernhard, Offsetdrucker
geb. 1. 9. 1931 in Hettenhausen
Hauptstr. 109, 6412 Gersfeld (Rhön)

45 Seibert, Klaus, Arbeiter
geb. 1. 7. 1952 in Offenbach am Main
Wilhelmsbader Str. 31, 6457 Maintal 1

46 Lessing, Johannes, Lehrling
geb. 6. 7. 1959 in Nordhorn
Thomas-Mann-Str. 8, 6000 Frankfurt am Main 50

47 Adamo, Nora, Buchhändlerin
geb. 14. 6. 1947 in Saarbrücken
Seegasse 21, 6456 Langenselbold

48 Müller, Kurt, Techn. Angestellter
geb. 4. 4. 1923 in Löwenhagen
Nordstr. 28—30, 6450 Hanau 1

49 Belz, Willi, Rentner
geb. 7. 3. 1915 in Kassel
Waldecker Str. 24, 3500 Kassel

50 Hollstein, Burghardt, Schriftlithograph
geb. 6. 3. 1953 in Eschwege
Auerstr. 20, 3500 Kassel

51 Träger, Waltraud, Hausfrau
geb. 30. 7. 1939 in Mörfelden
Hochstr. 6, 6082 Mörfelden-Walldorf

52 Schmarr, Werner, Installateur-Meister
geb. 31. 5. 1924 in Frankfurt am Main
Schönbergerstr. 3, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe

53 Schäfer, Emil, Kaufmann
geb. 24. 12. 1920 in Langenselbold
Feldstr. 38, 6456 Langenselbold

54 Cezanne, Jörg, Auszubildender
geb. 8. 6. 1958 in Frankfurt am Main
Schillerstr. 36, 6082 Mörfelden-Walldorf

55 Petermann-Graubner, Eva, Lehrerin
geb. 20. 11. 1950 in Eldagsen/Springe
Schwanheimer Str. 81, 6140 Bensheim

56 Brück, Axel, Fernmeldetechniker
geb. 29. 8. 1943 in Wahlschied
Sudetenlandstr. 37, 6300 Gießen

57 Gantzert, Ludwig, Chemielaborant
geb. 30. 6. 1954 in Groß-Bieberau
Büdinger Str. 35, 6100 Darmstadt

58 Tuttas, Rosa, Hausfrau
geb. 16. 11. 1909 in Gelsenkirchen
Maiersbach 54, 6412 Gersfeld (Rhön)

59 Koppey, Sigrid, Kfm. Angestellte
geb. 1. 10. 1944 in Urberach
Klausnerstr. 1, 6074 Rödermark

60 Weißmann, Jutta, Bürokaufmann
geb. 15. 6. 1954 in Wiesbaden
Kaiser-Friedrich-Ring 65, 6200 Wiesbaden

5. Europäische Arbeiterpartei (EAP)

1 Zepp-LaRouche, Helga, Journalistin
geb. 25. 8. 1948 in Trier
Bismarckring 8, 6200 Wiesbaden

2 Friesecke, Uwe, Kaufmann
geb. 31. 5. 1948 in Viesen
Gustav-Freytag-Str. 6, 6200 Wiesbaden

3 Liebig, Gabriele, Verlagsredakteurin
geb. 1. 1. 1953 in Kiel
Oranienstr. 11, 6200 Wiesbaden

4 Rumpf, Renate, Chemielaborantin
geb. 31. 5. 1951 in Nordheim
Spelzengasse 26, 6094 Bischofsheim

5 Haßmann, Volker, Journalist
geb. 23. 11. 1950 in Nieder-Olm
Fichardstr. 32, 6000 Frankfurt am Main

6 Stalleicher, Josef, Kfm. Angestellter
geb. 9. 2. 1950 in Kienberg
Fichardstr. 32, 6000 Frankfurt am Main

7 Kunz, Rosa, Studentin
geb. 31. 10. 1952 in Lottstetten
Bismarckring 8, 6200 Wiesbaden

8 Kaestner, Andrea, Apothekerin
geb. 22. 10. 1949 in Braunschweig
Landaustr. 2, 3500 Kassel

9 Zeisler, Ingeborg, Postangestellte
geb. 28. 10. 1948 in Leipzig
Stalburgstr. 40, 6000 Frankfurt am Main 1

10 Schulz, Bernd, Chemieingenieur
geb. 4. 8. 1954 in Mannheim
Mergenthalerstr. 4 a, 6000 Frankfurt am Main

11 Dr. Buck, Martin, Zahnarzt
geb. 5. 10. 1950 in Stuttgart
Dotzheimer Str. 13, 6200 Wiesbaden

12 Dr. Böttiger, Helmut, Kaufmann
geb. 2. 3. 1940 in Berlin
Schiersteiner Str. 2, 6200 Wiesbaden

13 Horn, Carla, Redakteurin
geb. 22. 4. 1949 in Hamburg
Niederwaldstr. 7, 6200 Wiesbaden

14 Holz, Karlheinz, Verleger
geb. 7. 3. 1937 in Neu-Fechingen
Schiersteiner Str. 15, 6200 Wiesbaden

15 Bäuerle, Dieter, Buchbinder
geb. 27. 6. 1954 in Köln
Rüdesheimer Str. 8, 6200 Wiesbaden

16 Dinges, Wolfgang, Techn. Zeichner
geb. 3. 1. 1953 in Oberhöchstadt
Niederhöchstädter Str. 58, 6242 Kronberg im Taunus

17 Weber, Ingrid, Grafikerin
geb. 5. 7. 1953 in Froschhausen
Ludwigstr. 118, 6109 Mühltal-Traisa

18 Schauerhammer, Rosemarie, Abteilungsleiterin
geb. 20. 1. 1952 in Bad Kreuznach
Adolfsallee 37, 6200 Wiesbaden

19 Frick, Helmut, Dipl.-Ingenieur
geb. 22. 5. 1949 in Stolzenberger Hof
Bierstadter Höhe 82, 6200 Wiesbaden

20 Fahldieck, Werner, Drucker
geb. 16. 7. 1953 in Halberstadt
Im Rad 9, 6200 Wiesbaden

21 Pauls, Stephanie, Hausfrau
geb. 31. 10. 1953 in Ramstein
Riederbergstr. 17, 6200 Wiesbaden

22 Spahn, Jürgen, Arzt
geb. 6. 11. 1949 in Neuss
Scheffelstr. 1, 6200 Wiesbaden

23 Lehmann, Dieter, Drucker
geb. 26. 8. 1947 in Grimma
Schiersteiner Str. 15, 6200 Wiesbaden

24 Böttiger, Elisabeth, Med. Techn. Assistentin
geb. 2. 2. 1948 in Kienberg
Schiersteiner Str. 2, 6200 Wiesbaden

25 Frese, Frido, Musikalienhändler
geb. 5. 4. 1953 in Uelzen
Nassauer Str. 38, 6200 Wiesbaden

26 Löbermann, Karl, Dreher
geb. 29. 1. 1949 in Dahlheim
Georg-Treber-Str. 48, 6090 Rüsselsheim

27 Hecht, Udo, Techniker
geb. 11. 2. 1947 in Unna
Am Wolfsfeld 46, 6200 Wiesbaden

28 von Scheibner, Maria, Werbeassistentin
geb. 23. 2. 1950 in Ramstein
Jahnstr. 44, 6200 Wiesbaden

29 Scholl, Norbert, Drucker
geb. 17. 9. 1958 in Fränkisch Crumbach
Am Kleeberg 6, 6457 Maintal

30 Hecht, Marlies, Praktischer Betriebswirt
geb. 24. 6. 1949 in Kamen-Metler
Am Wolfsfeld 46, 6200 Wiesbaden

31 von Scheibner, Ulrich, Geschäftsführer
geb. 27. 5. 1947 in Bremen
Jahnstr. 44, 6200 Wiesbaden

6. Die Grünen (Grüne)

1 Treber, Dirk, Angestellter
geb. 27. 8. 1951 in Frankfurt am Main
Weingartenstr. 24, 6082 Mörfelden-Walldorf

2 Schilling, Gertrud, Lehrerin
geb. 30. 3. 1949 in Solingen
Röderstr. 16, 6479 Schotten 16

3 Brückner, Reinhard, Pfarrer
geb. 10. 7. 1923 in Steinsdorf
Frankfurter Str. 19, 6290 Weilburg

4 Blaul, Iris, Sonderpädagogin
geb. 24. 12. 1955 in Worms
Parkstr. 15, 6000 Frankfurt am Main 1

5 Rauch, Dorli, Lehramtsreferendarin
geb. 15. 8. 1950 in Neukirchen
Oberstr. 12, 3559 Lichtenfels 1

6 Kern, Roland, Rechtsanwalt
geb. 3. 11. 1947 in Urberach
Bahnhofstr. 61, 6074 Rödermark

7 Kerschgens, Karl, Berufsberater
geb. 12. 10. 1939 in Mariadorf
Hinter der Schule 10, 6104 Seeheim-Jugenheim

8 Schwalba-Hoth, Frank, Lehrer
geb. 12. 12. 1952 in Hamburg
Alter Kirchhainer Weg 29 a, 3550 Marburg

9 Haibach-Walter, Marita, Dipl.-Dolmetscherin
geb. 7. 2. 1953 in Gemünden
Am Sommerberg 41, 6395 Weilrod-Riedelbach

10 Jakob, Franz, Kfz.-Mechaniker
geb. 16. 4. 1949 in Leer
Auf dem Ort 10, 3549 Diemelstadt-Wethen

11 Messinger, Bernhard, Lehrer
geb. 2. 10. 1952 in Hasselbach
Schlickstr. 4, 6000 Frankfurt am Main

12 Hinz, Priska, Erzieherin
geb. 10. 3. 1959 in Diez
Oberbornstr. 25, 6382 Friedrichsdorf 4

13 Kuhnert, Jan, Erziehungswissenschaftler
geb. 5. 12. 1951 in Berlin-Wilmersdorf
Haspelstr. 14, 3550 Marburg

14 Vielhauer, Jochen, Journalist
geb. 11. 2. 1947 in Neumünster
Oberweg 33, 6000 Frankfurt am Main 1

15 Gissel, Dorothee, Erzieherin
geb. 2. 2. 1945 in Ehlhalten
Hauptstr. 44, 6349 Greifenstein-Allendorf

16 Boppel, Hans Christoph, Dipl.-Psychologe
geb. 11. 7. 1951 in Bad Bergzabern
Ederstr. 3, 6300 Gießen

17 Engel, Jürgen, Industriekaufmann
geb. 20. 8. 1947 in Witzenhausen
Nesenstr. 11, 6000 Frankfurt am Main

18 Papaczek, Marion, Studentin
geb. 22. 11. 1959 in Mainz
Boelckestr. 239, 6503 Wiesbaden-Kastel

19 Storz, Erich, Dipl.-Ingenieur
geb. 20. 12. 1950 in Rottweil
Heckenweg 30, 6072 Dreieich

20 Stahl, Peter, Techn. Betriebswirt
geb. 20. 5. 1939 in Reval
Varangeviller Str. 38, 6454 Bruchköbel

21 Wellek, Franz, Lehrer
geb. 23. 1. 1937 in Wallern
Pestalozziweg 5, 6209 Aarbergen 2

22 Geier, Norbert, Sozialarbeiter
geb. 28. 2. 1953 in Schafstädt
Hinterdorfstr. 21, 6406 Hosenfeld-Hainzell

23 Hensel, Dieter Gert, Journalist
geb. 2. 10. 1937 in Johannisburg
Quirinstr. 11, 6000 Frankfurt am Main 70

24 Hugo, Klaus, Soziologe
geb. 28. 7. 1949 in Heimboldshausen
Gartenstr. 7, 6335 Lahnau 1

25 Salmen, Otto, Angestellter
geb. 7. 10. 1949 in Frankfurt am Main
Niddagaustr. 17, 6000 Frankfurt am Main 90

26 Richter, Gerd, Sonderschullehrer
geb. 20. 1. 1948 in Bensheim
Jägersburgerstr. 25, 6140 Bensheim-Langwaden

27 Hohmann, Franz, Sozialarbeiter
geb. 7. 10. 1951 in Sendenhorst
Ahornstr. 36, 6337 Leun

28 Hoppe, Konrad, Student
geb. 3. 3. 1948 in Heidelberg
Im Rodacker 1, 6146 Alsbach-Hähnlein 2

29 Uebelacker, Florian, Student
geb. 18. 5. 1958 in München
Tornowstr. 64, 6000 Frankfurt am Main 90

30 Wenz, Werner, Erzieher
geb. 27. 2. 1957 in Gernsheim
Emilienstr. 20, 6840 Lampertheim

31 Paetzhold, Daniela, Studentin
geb. 4. 4. 1957 in Darmstadt
Heinrich-Fuhr-Str. 51, 6100 Darmstadt

32 Schachermayer, Heiko, Bauzeichner
geb. 17. 5. 1954 in Roedermark
Ernst-Reuter-Str. 11, 6078 Neu-Isenburg

33 Girschick, Eckehart, Feinoptiker
geb. 27. 11. 1942 in Köslin
Watzenborner Str. 1, 6301 Pohlheim 2

34 Englert, Karin, ohne Beruf
geb. 23. 12. 1959 in Lampertheim
Emilienstr. 20, 6840 Lampertheim

35 Keller, Gerhard, Student
geb. 10. 7. 1960 in Bad Hersfeld
Friedhofsweg 30, 3579 Frielendorf 2

36 Gocht, Klaus, Chemielaborant
geb. 23. 2. 1960 in Groß-Gerau
Robert-Bunsen-Str. 69, 6090 Rüsselsheim

37 Mühling, Werner, Stahlformenbauer
geb. 16. 4. 1954 in Dieburg
Borngartenstr. 6, 6074 Rödermark

38 Maxeiner, Helga, Musiklehrerin
geb. 3. 11. 1939 in Mährisch-Schönberg
Taunusstr. 3, 6250 Limburg a. d. Lahn 1

39 Rusche, Herbert, Geschäftsführer
geb. 6. 5. 1952 in Bad Neuenahr
Senefelderstr. 73, 6050 Offenbach am Main

40 Lux, Helga, Graphic-Designer
geb. 13. 5. 1939 in Kassel
Hauptstr. 14, 3501 Emstal 3

41 Gotthardt, Bernd, Elektro-Ingenieur
geb. 17. 2. 1956 in Mainz
Bodenheimerstr. 31, 6090 Rüsselsheim

42 Bernhardt, Kurt, Student
geb. 6. 6. 1959 in Alsfeld
Uhlandstr. 8, 6320 Alsfeld

43 Wawrzyniak, Wolfgang, Amtmann
geb. 12. 9. 1943 in Bad Langensalza
Neuenhainer Str. 13, 6232 Bad Soden am Taunus

44 Ach, Werner, Kameraassistent
geb. 2. 10. 1948 in Wächtersbach
Basaltstr. 11, 6480 Wächtersbach

Wiesbaden, 27. August 1982

Der Landeswahlleiter für Hessen
II A 11 — 3 e 06.04

StAnz. 36/1982 S. 1623

934

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

beim Regierungspräsidenten in Kassel

ernannt:

zur **Inspektorin z. A. (BaP)** Inspektoranwärterin (BaW) Anita Möller, LA Waldeck-Frankenberg (1. 7. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Inspektorin (BaP) Cornelia Unglaube (15. 8. 82)

Kassel, 11. August 1982 **Der Regierungspräsident**
P/2 — 7016/03 B
StAnz. 36/1982 S. 1635

beim Regierungspräsidenten in Kassel
bei der Kriminalpolizei

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Kriminalobermeister (BaP) Thomas Langer, PD Fulda (24. 6. 82),

Kriminalhauptmeister (BaP) Peter Stracke, KK Korbach (7. 5. 82);

in den Ruhestand getreten:

Kriminalhauptkommissar Gerhard Bayer, PD Fulda (30. 6. 82).

Kassel, 16. August 1982 **Der Regierungspräsident**
I/3 K 8 b 24 01
StAnz. 36/1982 S. 1635

D. Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

bei der Oberfinanzdirektion

in den Ruhestand versetzt:

Regierungsoberrat Werner Backsch (31. 7. 82);

bei der Steuerverwaltung

ernannt:

zu **Regierungsräten (BaL)** die Regierungsräte z. A. (BaP) Friedrich Brusch, FA Korbach (16. 7. 82), Walter Harnischfeger, FA Ffm.-Taunustor (2. 7. 82), Volker Rasche, FA Wetzlar (2. 7. 82);

zum **Regierungsrat** Regierungsrat z. A. (BaP) Norbert Stiller, FA Bad Homburg (5. 7. 82);

zum **Steueramtmann (BaL)** Bewerberin Maria Guggenberger, FA Ffm.-Höchst (1. 7. 82);

zu **Steuerinspektoren (BaL)** die Steuerinspektoren z. A. (BaP) Manfred Albinger, FA Gelnhausen, Ulrich Lückfeldt, FA Rüdesheim, Peter Olaf Sager, FA Fritzlar (sämtlich 4. 8. 82), Klaus Schönhoff, FA Ffm.-Hamburger Allee (3. 8. 82);

zu **Steuerinspektoren/innen** die Steuerinspektoren/innen z. A. (BaP) Peter Aab, FA Biedenkopf (4. 8. 82), Arno Bahl, FA Ffm.-Taunustor (3. 8. 82), Gisela Becker, FA Darmstadt (10. 8. 82), Reinhold Blackert, Hans-Joachim Brendel, beide FA Bad Homburg, Horst Briel, FA Bad Schwalbach, Bernhard Buchecker, FA Wiesbaden I, Heike Detlefsen, FA Ffm.-Stiftstr. (sämtlich 4. 8. 82), Georg Dickel, FA Ffm.-Stiftstr. (9. 8. 82), Holger Diehl, FA Dillenburg (4. 8. 82), Gisela Diehm, FA Ffm.-Taunustor (3. 8. 82), Ralf Dittmann, FA Wiesbaden I (4. 8. 82), Dieter Eckert, FA Ffm.-Taunustor (3. 8. 82), Kurt Engel, FA Groß-Gerau (5. 8. 82), Erhard Euker, FA Ffm.-Börse (3. 8. 82), Edith Felgenhauer, FA Limburg (5. 8. 82), Jürgen Frank, FA Bad Homburg (6. 8. 82), Bernhard Gassmann, FA Eschwege (4. 8. 82), Irene Gerke, FA Kassel-Spohrstr. (5. 8. 82), Günther Göbel, FA Weilburg, Dieter Goldbach, FA Ffm.-Stiftstr. (beide 4. 8. 82), Achim Graez, FA Groß-Gerau (5. 8. 82), Klaus Haffer, Hans-Peter Hamann, beide FA Ffm.-Stiftstr. (beide 4. 8. 82), Uwe Hammel, FA Ffm.-Hamburger Allee (3. 8. 82), Thomas Heilmann, FA Michelstadt, Stefanie Hintze, FA Hanau (beide 9. 8. 82), Volker Hohmeister, FA Ffm.-Höchst, Lothar Homburg, FA Ffm.-Stiftstr. (beide 4. 8. 82), Günter Horst, FA Darmstadt (11. 8. 82), Alois Ittner, FA Offenbach-Stadt, Ferdinand Jelli, FA Ffm.-Höchst (beide 4. 8. 82), Wilfried Krüger, FA Groß-Gerau (5. 8. 82), Gerald Kummer, FA Darmstadt (11. 8. 82), Jürgen Leinweber, FA Ffm.-Höchst (4. 8. 82), Burkhard Litfin, FA Ffm.-Taunustor (3. 8. 82), Stefan Ludwig, FA Groß-Gerau (5. 8. 82), Ruppert Matthäi, FA Ffm.-Stiftstr. (4. 8. 82), Peter Mildenberger, FA Darmstadt (11. 8. 82), Frank Mittendorf, FA Ffm.-Stiftstr., Hermann Mütze, FA Frankenberg (beide 4. 8. 82), Berthold Oster, FA Hanau (9. 8. 82), Bernd Poppenhäger, FA Korbach (12. 8. 82), Frank Reusch, FA Ffm.-Börse, Jürgen Roth, FA Ffm.-Hamburger Allee, Andreas Rudolf, FA Ffm.-Börse, Klaus Rühl, FA Ffm.-Taunustor (sämtlich 3. 8. 82), Hartmut Ruppricht, Peter-Michael Sack, beide FA Ffm.-Stiftstr. (beide 4. 8. 82), Uwe Sauer, FA Langen (6. 8. 82), Lothar Sequenz, FA Ffm.-Taunustor (3. 8. 82), Jörg Springer, FA Ffm.-Taunustor, Claus-Josef Schell, FA Wiesbaden I (beide 9. 8. 82), Detlef Schreiber, FA Ffm.-Höchst (4. 8. 82), Sonja Steinmüller, FA Ffm.-Börse (3. 8. 82), Arno Stoppacher, FA Ffm.-Höchst (4. 8. 82), Alfons Stowasser, FA Wetzlar (6. 8. 82,) Harald Vöckel, FA Rüdesheim (4. 8. 82), Monika Weber, FA Ffm.-Hamburger Allee (3. 8. 82), Birgit Wendels, FA Rüdesheim (4. 8. 82), Thomas Wenzel, FA Bad Schwalbach (5. 8. 82), Hans-Werner Werther, FA Ffm.-Börse (4. 8. 82), Arno Weyrich, FA Groß-Gerau (5. 8. 82), Jürgen Wölfelschneider, FA Ffm.-Taunustor, Volkmar Zahn, FA Ffm.-Börse (beide 3. 8. 82), Michael Zeller, Wolfgang Zettl, beide FA Ffm.-Stiftstr., beide (4. 8. 82);

zu **Steuerinspektoren (BaP)** die Finanzanwärter (BaW) Bernhard Becker, FA Fulda, Willy Bendt, FA Gießen, Helmut Blechschmitt, FA Darmstadt, Karlheinz Böhmer, FA Ffm.-Taunustor, Norbert Dudenhöfer, Jörg Dusendorf, beide FA Gießen, Dieter Grall, FA Darmstadt, Jürgen Gundlach, FA Kassel-Goethestr., Hans-Jürgen Haas, FA Gießen, Helmut Hilpisch, FA Wiesbaden II, Rainer Jung, FA Fulda, Wolf Dieter Kuhn, Hans-Jürgen Metzner, beide FA Darmstadt, Ernst-Michael Rinn, FA Gießen, Armin Schmidt, FA Ffm.-Taunustor, Klaus Schöberl, FA Gießen, Hans-Heinrich Ullrich, FA Fulda, Gert Volmar, FA Kassel-Goethestr., Helmut Walther, FA Darmstadt, Günter Weiß, FA Kassel-Goethestr. (sämtlich 1. 8. 82);

zu **Steuerinspektoren/innen z. A. (BaP)** die Finanzanwärter/innen (BaW) Dieter Amborn, FA Ffm.-Taunustor, Sigrid Baddenhausen, FA Kassel-Goethestr., Bernhard Barth, FA Ffm.-Taunustor, Frank Bauch, Andreas Biemer, Jürgen Blecher, Richard Blum, Lothar Böck, sämtlich FA Gießen, Erwin Bottelberger, FA Wiesbaden II, Gerhard Czwikla, FA Darmstadt, Bernd Decher, FA Gießen, Hans-Rainer Draude, Ottmar Dux, beide FA Kassel-Goethestr., Annette Eckart, FA Fulda, Reinhold Eckhardt, Roderich Fertig, beide FA Gießen, Martin Feußner, FA Fulda, Bernd Frikke, Rainer Fritsch, beide FA Kassel-Goethestr., Walter Fritscher, Hans-Jürgen Gerk, beide FA Fulda, Regina Gerlach, FA Ffm.-Taunustor, Jörg Göbel, FA Gießen, Andreas Hache, FA Ffm.-Taunustor, Burghard Heidkamp, FA Fulda, Bernd Heine, FA Kassel-Goethestr., Eva-Marie Heinz, FA Gießen, Joachim Herd, FA Ffm.-Taunustor, Kornelia Herold, FA Wiesbaden II, Birgit Herth, FA Darmstadt, Volker Heuchemer, Peter Heun, beide FA Wiesbaden II, Ulrich Hildebrand, FA Ffm.-Taunustor, Jochen Hiller, FA Gießen, Klaus Dieter Hönig, Ilona Hönniger, beide FA Kassel-Goethestr., Elmar Hoffmann, Michael Hommel, beide FA Ffm.-Taunustor, Jürgen Horn, FA Gießen, Norbert Ickler, FA Kassel-Goethestr., Karl Gerhard Keller, FA Darmstadt, Stefan Kirst, FA Fulda, Andrea Klein, FA Wiesbaden II, Horst Klemke, FA Ffm.-Taunustor, Uwe Kohlstädt, FA Fulda, Uwe Kraft, FA Gießen, Bernhard Kremer, Heike Küster, beide FA Fulda, Ute Kugelstadt, Renate Lamm, Jürgen Lasarzewski, sämtlich FA Wiesbaden II, Elvira Laubert, FA Kassel-Goethestr., Manfred Laun, FA Fulda, Dieter Leidecker, Reiner Leidich, Roland Leidich, sämtlich FA Gießen, Matthias Liebergesell, FA Wiesbaden II, Stefan Lindenstruth, FA Gießen, Bodo Link, FA Fulda, Roland Lotz, FA Ffm.-Taunustor, Bernd Ludwig, FA Kassel-Goethestr., Walter Männecke, FA Fulda, Torsten Märte, FA Gießen, Robert Martin, FA Wiesbaden II, Hans Peter Meindl, FA Gießen, Manfred Müller, FA Ffm.-Taunustor, Ralph Müller, FA Fulda, Johannes Niggemann, FA Kassel-Goethestr., Martin Nophut, FA Fulda, Jürgen Ohaus, FA Kassel-Goethestr., Dietmar Ohly, FA Gießen, Jürgen Opfer, FA Fulda, Heike Orth, Dirk Ortwein, Rainer Perleberg, sämtlich FA Kassel-Goethestr., Michael Pfaff, FA Gießen, Udo Pfau, FA Fulda, Wolfgang Plutta, FA Ffm.-Taunustor, Rainer Plutz, FA Kassel-Goethestr., Jürgen Radke, FA Ffm.-Taunustor, Wolfgang Rau, FA Darmstadt, Roland Recebs, FA Fulda, Richard Rettig, FA Darmstadt, Manfred Riegel, FA Ffm.-Taunustor, Bernhard Röthig, FA Kassel-Goethestr., Markus Roßbach, FA Wiesbaden II, Petra Rußy, FA Kassel-Goethestr., Martin Sachs, FA Ffm.-Taunustor, Helmut Karl Seibert, FA

Darmstadt, Wolfram Seibert, FA Gießen, Klaus Sender, Heinrich Silber, Peter Schaub, Volker Schaub, sämtlich FA Kassel-Goethestr., Claus-Josef Schell, FA Wiesbaden II, Karl-Heinz Schlote, FA Kassel-Goethestr., Karsten Schlüter, Thomas Schmidt, beide FA Fulda, Ralf Schmitz, FA Gießen, Roswitha Schnabel, FA Gießen, Christa Schneider, FA Ffm.-Taunustor, Thorald Schuchmann, Axel Schürmann, beide FA Gießen, Wolfgang Schütz, Karin Schuh, Andreas Schwantner, sämtlich FA Ffm.-Taunustor, Uwe Schwarz, Peter Stamm, Wolfgang Thielmann, sämtlich FA Gießen, Ira Marion Vogel, FA Darmstadt, Maria-Elisabeth Wahl, Winfried Weber, beide FA Fulda, Siegfried Werling, FA Gießen, Edgar Wölfinger, FA Wiesbaden II, Norbert Wörner, FA Darmstadt (sämtlich 1. 8. 82);

zum **Steuersekretär z. A. (BaP)** Steueranwärter (BaW) Winfried Zieger, FA Ffm.-Taunustor (1. 8. 82);

zu **Steuerassistenten/innen** die Steuerassistenten/innen z. A. (BaP) Beate Bendel, FA Ffm.-Taunustor (3. 8. 82), Elke Eisel, FA Ffm.-Höchst (24. 6. 82), Silke Engel, FA Ffm.-Stiftstr. (2. 6. 82), Klaus Hieronymus, FA Ffm.-Höchst (1. 4. 82), Werner Jost, FA Fulda (2. 6. 82), Christian Kolbe, FA Langen (22. 6. 82), Jutta Krist, FA Ffm.-Stiftstr. (2. 6. 82), Thomas Laier, FA Groß-Gerau (23. 7. 82), Harald Lenz, FA Darmstadt (9. 8. 82), Hubert Mehler, Rolf Rekkelkamm, beide FA Ffm.-Börse, Kornelia Rück, FA Gießen (sämtlich 2. 6. 82), Peter Sehr, FA Ffm.-Höchst (25. 6. 82), Ute Schade, FA Bad Homburg (4. 6. 82). Erich Schütz, FA Alsfeld (22. 6. 82), Agnes Straßburger, FA Bad Schwalbach (3. 6. 82);

zu **Steuerassistenten/innen z. A. (BaP)** die Steueranwärter/innen (BaW) Kerstin Ackermann, FA Melsungen, Heike Arendt, FA Schwalmstadt, Heidi Aust, FA Friedberg, Bernd Auth, FA Fulda, Thomas Belletz, FA Lauterbach, Ute Bernhardt, FA Schwalmstadt, Michael Binder, FA Hanau, Heike Blickhan, FA Dieburg, Rainer Blum, FA Limburg, Volker Braun, FA Bad Hersfeld, Ernst-Jürgen Dahlen, FA Rüdesheim, Hans-Jürgen Decker, FA Frankenberg, Gabriele Diehl, FA Bensheim, Renate Diehl, FA Dieburg, Carola Dietz, FA Nidda, Jörg Dönges, FA Limburg, Ina Dosch, FA Langen, Ina Dreistein, FA Eschwege, Andrea Drexler, FA Groß-Gerau, Gisela Emminger, FA Kassel-Spohrstr., Thomas Feisel, FA Frankenberg, Bernd Friedrich, FA Weilburg, Michael Geiß, FA Biedenkopf, Diana Geist, FA Gelnhausen, Klaus Göllner, FA Wetzlar, Kerstin Görner, FA Fritzlar, Esther Götz, FA Groß-Gerau, Kornelia Greunke, FA Schwalmstadt, Peter Grünbein, FA Gießen, Jutta Grützmacher, FA Ffm.-Höchst, Udo Harlos, FA Darmstadt, Ulrich Hausner, FA Friedberg, Helmut Georg Heckmann, FA Rotenburg, Karin Held, FA Bensheim, Andrea Heun, FA Limburg, Hans-Peter Heuser, FA Biedenkopf, Jutta Höfling, FA Darmstadt, Gerhard Hubenthal, FA Rotenburg, Markus Jetzinger, FA Fulda, Simone Kaiser, FA Frankenberg, Thomas Kaiser, FA Lauterbach, Simone Kalinowsky, FA Ffm.-Taunustor, Anita Karger, FA Fulda, Theresia Keller, FA Offenbach-Land, Doris Kern, FA Wiesbaden II, Antje Klocke, FA Hofgeismar, Thomas Klotz, FA Gießen, Silvia Köller, FA Hanau, Bettina Kramer, FA Frankenberg, Gabriele Krause, FA Groß-Gerau, Ira-Caroline Krauß, FA Darmstadt, Beate Krohr, FA Wetzlar, Christiane Kurzeknabe, FA Fritzlar, Elisabeth Lauer, Karin Lauer, beide FA Marburg, Monika Lehmann, FA Groß-Gerau, Bernd Leiser, FA Darmstadt, Hardy Liebig, FA Kassel-Spohrstr., Sabine Lückhof, FA Dillenburg, Karl Dieter Maier, FA Marburg, Peter Marschall, FA Michelstadt, Susanne Mauke, FA Fulda, Elke Meerbott, FA Hanau, Joachim Möglich, FA Wetzlar, Martin Most, FA Fulda, Sabine Müller, FA Dillenburg, Sabine Münch, FA Darmstadt, Jürgen Muth, FA Limburg, Karola Nagel, FA Friedberg, Michael Neugebauer, FA Limburg, Lydia Obach, FA Melsungen, Achim Olbert. FA Michelstadt, Stefan Ott, FA Wiesbaden II, Konstantina Paraschakis, FA Groß-Gerau, Klaus-Jürgen Paul, FA Ffm.-Höchst, Thomas Plitsch, FA Wetzlar, Stefan Poisel, FA Gelnhausen, Uwe Ponzer, FA Schwalmstadt, Jochen Rahn, FA Limburg, Thomas Reibeling, FA Alsfeld, Birgit Reitz, FA Groß-Gerau, Stefan Rockel, FA Lauterbach, Susanne Roppel, FA Fulda, Gabriele Simon, FA Offenbach-Land, Andrea Sohr, FA Limburg, Matthias Späth, FA Dillenburg, Peter Schäck, FA Hanau, Christina Schaum, FA Gießen, Gerd Schleiter, FA Frankenberg, Jürgen Schlitt, FA Alsfeld, Heiko Schmidt, FA Gießen, Thomas Schmidt, FA Ffm.-Höchst, Ute Schmidt, FA Limburg, Rosi Scholl, FA Rotenburg, Monika Schrod, FA Langen, Annette Schwarz, FA Ffm.-Taunustor, Anette Starke, FA Gießen, Sonja Thea Staubach, FA Lauterbach, Anette Stöbel, FA Fritzlar, Andreas Strauch, FA Limburg, Karin Strauch, FA Alsfeld, Monika Tittel, FA Groß-Gerau, Sabine Visosky, FA Marburg, Erich-Joachim Völker, FA Fritzlar, Andre Vogel, FA Wetzlar, Regina Wahl, FA Gießen, Andrea Weber, FA Marburg, Hubert Weber, FA Hanau, Martina Weber, FA Gelnhausen, Reinhard Weidenfeller, FA Limburg, Heike Wenk, FA Fulda, Peter Wicha, FA Hofgeismar, Cornelia Zeuch, FA Eschwege (sämtlich 1. 8. 82), Bewerber Heinz Potzner, FA Kassel-Goethestr. (2. 8. 82);

zum **Oberamtsgehilfen z. A. (BaP)** Verwaltungsarbeiter Bernd Neubert, FA Kassel-Spohrstr. (1. 7. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Steueroberinspektoren/innen (BaP) Dieter Aust, FA Bensheim (5. 7. 82), Anita Blank, FA Dieburg (14. 6. 82), Renate Bürgin, FA Ffm.-Börse (22. 7. 82), Marion Fahrenholz, FA Ffm.-Hamburger Allee (29. 6. 82), Rainer Glez, FA Hanau (21. 7. 82), Georg Harle, FA Groß-Gerau (8. 6. 82), Roland Hock (18. 6. 82), Alfred Horn, beide FA Darmstadt (20. 7. 82), Paul Kredig, FA Fulda (21. 5. 82), Martin Leister, FA Wiesbaden I (9. 6. 82), Gabriele Lich, FA Friedberg (25. 6. 82), Hans-Georg Maikranz, FA Dillenburg (23. 7. 82), Edeltraud Olinger, FA Wetzlar (6. 5. 82), Burkhard Pulz, FA Gießen (2. 8. 82), Günter Sadlowski, FA Wiesbaden I (21. 6. 82), Jürgen Sauer, FA Hanau (3. 6. 82), Elvira Seidel, FA Offenbach-Stadt (30. 6. 82), Margit Schäfer, FA Fulda (3. 5. 82), Heinz-Peter Scherb, FA Offenbach-Stadt (14. 7. 82), Reingard Schindler, FA Ffm.-Stiftstraße (6. 5. 82), Annette Schmidt, FA Ffm.-Stiftstraße (23. 6. 82), Erhard Schmidt, FA Limburg (11. 6. 82), Rüdiger Uhl, FA Bad Homburg (16. 6. 82), Margot Vellmer, FA Kassel-Goethestraße (21. 6. 82), Lothar Winheim, FA Wiesbaden I (21. 6. 82), die Steuerinspektoren/innen (BaP) Manfred Eißner, FA Friedberg (19. 5. 82), Manfred Gerlach, FA Groß-Gerau (1. 6. 82), Helmut Hinske, FA Ffm.-Höchst (2. 6. 82), Walter Krimmel, FA Wiesbaden I (9. 6. 82), Claudia Kunze, FA Fulda (1. 7. 82), Ingrid Obermeyer, FA Ffm.-Stiftstraße (24. 6. 82), Winfried Reinhard, FA Hanau (21. 6. 82), Wolfgang Roß, FA Groß-Gerau (10. 5. 82), Claus Schönau, FA Ffm.-Stiftstraße (1. 6. 82), Angela Schnägelberger, FA Groß-Gerau (14. 7. 82), der/die Steueramtsinspektor/innen (BaP) Gudrun Egenolf, FA Ffm.-Börse (19. 7. 82), Karin Heilmann, FA Offenbach-Stadt (21. 6. 82), Kurt Niesner, FA Darmstadt (9. 6. 82), Angelika Trautmann, FA Offenbach-Stadt (12. 5. 82), die Steuerhauptsekretäre/innen (BaP) Gerhard Bäcker, FA Offenbach-Stadt (21. 6. 82), Reinhard Bambey, FA Schwalmstadt (1. 6. 82), Oskar Beier, FA Ffm.-Taunustor (5. 7. 82), Karl-Werner Blaschke, FA Frankenberg (26. 5. 82), Harald Bolte (6. 7. 82), Reinhard Dannehl, beide FA Friedberg (9. 7. 82), Lothar Dort, FA Ffm.-Hamburger Allee (2. 6. 82), Horst Diegelmann, FA Ffm.-Stiftstraße (3. 5. 82), Ulrich Ehm, FA Wetzlar (9. 7. 82), Gerhild Friedrich, FA Gießen (21. 6. 82), Horst Gertitschke, FA Langen (28. 6. 82), Winfried Herber, FA Fulda (28. 5. 82), Ursula Hoffmann, FA Frankenberg (3. 5. 82), Heidi Kiel, FA Ffm.-Taunustor (28. 7. 82), Ilka Landgraf, FA Bensheim (1. 6. 82), Volker Mench, FA Kassel-Spohrstraße (26. 7. 82), Barbara Michel, FA Ffm.-Taunustor (24. 5. 82), Volker Opper, FA Ffm.-Hamburger Allee (10. 5. 82), Edgar Orth, FA Dillenburg (29. 6. 82), Juliane Owczarek, FA Dieburg (12. 5. 82), Uwe Sadlowski, FA Wiesbaden I (21. 6. 82), Karin Seeger, FA Hofgeismar (25. 5. 82), Jutta Schlaud, FA Wiesbaden II (6. 7. 82), Jürgen Schmitt, FA Ffm.-Hamburger Allee (30. 6. 82), Fritz Wetzel, FA Bad Hersfeld (24. 6. 82), die Steuerobersekretäre/innen (BaP) Bernd Bämpfer, FA Wiesbaden II (8. 7. 82), Jürgen Funk, FA Hanau (26. 7. 82), Wilfried Hildenbeutel, FA Ffm.-Hamburger Allee (2. 8. 82), Gerlinde Netopil, FA Gelnhausen (19. 7. 82), Elisabeth Perlak, FA Lauterbach (8. 7. 82), Günter Rathgeber, FA Eschwege (7. 6. 82), Heinz Schilb, FA Ffm.-Höchst (15. 6. 82), Karl-Heinz Trinkaus, FA Gießen (22. 7. 82), Ernst-Robert Wagner, FA Dillenburg (10. 5. 82), Anneliese Weber, FA Bensheim (7. 6. 82), Peter Weil, FA Ffm.-Taunustor (21. 6. 82), Steuerassistent (BaP) Werner Jost, FA Fulda (6. 7. 82);

versetzt:

von dem FA Oberhausen-Nord Steueroberinspektorin (BaL) Annegret Marek, FA Korbach (1. 6. 82);

in den Ruhestand versetzt:

Obersteuerrat Hans Süß, FA Darmstadt (31. 5. 82), die Steuerräte Heinrich-Georg Berghoff, FA Ffm.-Börse (31. 7. 82), Kurt Schnell, FA Wiesbaden II (30. 6. 82), Amtsrat Helmut Schlöffel, FA Kassel-Spohrstr. (31. 3. 82), Steueroberinspektor Ludwig Moderer, FA Marburg (14. 7. 82), sämtlich gem. § 51 (1) HBG, Oberregierungsrat Kurt Schade, FA Kassel-Spohrstr. (31. 7. 82), die Obersteuerräte Walter Diebel, FA Offenbach-Land (30. 4. 82), Herbert

Siebert, FA Ffm.-Börse (30. 6. 82), Karl Schmidt, FA Dillenburg, die Steuerräte Guido Bernt, FA Kassel-Goethestraße, Karl-Heinz Schade, FA Kassel-Spohrstr. (sämtlich 31. 7. 82), Amtsrat Otto Wolf, FA Fulda (28. 2. 82), die Steueramtmänner Karl Frede, FA Korbach (30. 6. 82), Jakob Mayer, FA Rüdesheim, Steueroberinspektor Hans Joachim Runkwitz, FA Darmstadt, die Steueramtsinspektoren Otto Henne, FA Dillenburg, Philipp Petermann, FA Groß-Gerau, Karl Schmidt, FA Biedenkopf, Oberamtsmeister Ferdinand Finger, FA Melsungen (sämtlich 31. 7. 82), sämtlich gem. § 51 (3) HBG;

entlassen:

Regierungsoberrat Reinhard Hein, FA Darmstadt (30. 6. 82), die Steueroberinspektorinnen Beate Calame, FA Ffm.-Börse, Brigitte Meckbach, FA Wiesbaden II, Steuerinspektor Manfred Warnecke, FA Ffm.-Taunustor (sämtlich 31. 7. 82), Steuerinspektorin z. A. Anna Bender, FA Offenbach-Stadt (12. 7. 82), Steueramtsinspektorin Christel Philipp, FA Offenbach-Land (31. 7. 82), Steuerhauptsekretär Bernd Kreckel, FA Wiesbaden II (30. 6. 82), Steuerobersekretär/in Ottmar Amm, FA Marburg, Michael Steinmüller, FA Wiesbaden II, die Steuersekretäre Reiner Höbel, FA Darmstadt (sämtlich 31. 7. 82), Ralf Scholz, FA Ffm.-Höchst (30. 6. 82), Harald Weber, FA Bensheim, die Steuerassistenten/in Friedrich Bier, FA Langen (beide 31. 7. 82), Ulrich Günther, FA Ffm.-Höchst (30. 6. 82), Christian Kolbe, FA Langen, Gernot Lautenbach, FA Darmstadt (beide 31. 7. 82), Cornelia Lenser, FA Ffm.-Stiftstr. (30. 6. 82), Thomas Loyda, FA Gelnhausen, Karl-Heinz Otto, FA Ffm.-Hamburger Allee (beide 31. 7. 82), die Steuerassistenten/in z. A. Manfred Halm, FA Wiesbaden II, Andreas Höhn, FA Langen, Ilona Lehr, FA Groß-Gerau, Karin Rehwald, FA Ffm.-Höchst (sämtlich 31. 7. 82), Ulrich Schönberger, FA Darmstadt (15. 7. 82);

verstorben:

Regierungsoberrat Dieter Fritz, FA Weilburg (14. 6. 82), die Steueramtmänner Erich Burghammer, FA Wetzlar (26. 5. 82), Günter Kleinsorge, FA Witzenhausen (24. 7. 82), Steuerinspektorin z. A. Marion Wingefeld, FA Friedberg (21. 6. 82);

bei der Staatsbauverwaltung

ernannt:

zum **Baurat z. A. (BaP)** Bewerber Horst Rückle, StBA Wetzlar (1. 7. 82),

zur **Techn. Oberinspektorin z. A. (BaP)** Techn. Inspektorenanwärterin (BaW) Ira Mohr, StBA Ffm. (5. 8. 82);

versetzt:

zum Landratsamt Ravensburg Baurat (BaL) Klaus Peter Pirsig, StBA Wetzlar (1. 5. 82).

Frankfurt am Main, 19. August 1982

Oberfinanzdirektion
P 4100 A — 50 — St I 72
StAnz. 36/1982 S. 1635

Berichtigung

In StAnz. 1982 S. 1029 muß es unter D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen bei der Steuerverwaltung richtig heißen:

ernannt:

zu **Steuersekretären/innen** die Steuerassistenten/innen (BaP) Doris Adam ...

Frankfurt am Main, 19. August 1982

Oberfinanzdirektion
P 1400 A — 50 St I 72
StAnz. 36/1982 S. 1637

E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

im Ministerium

in den Ruhestand versetzt:

Amtsinspektorin Gertrud Kratzenberger (1. 9. 82) gem. § 51 Abs. 1 HGB.

Wiesbaden, 1. September 1982

Der Hessische Minister der Justiz
ZB pers. K 39
StAnz. 36/1982 S. 1637

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

bei den nachgeordneten Dienststellen

ernannt:

zu **Professoren (BaL)** Dr. Wolfgang Kubbat, Techn. Hochschule Darmstadt (27. 7. 82), Dr. Jürgen Winter, Fachhochschule Frankfurt (30. 7. 82);

zu **Hochschulassistenten (BaZ)** Dr. Klaus Konhardt (1. 7. 82), Dr. Johannes Dobroschke (12. 7. 82), Dr. Klaus Möhlen (23. 7. 82), Dr. Andreas Schelten (10. 8. 82), Dr. Helmut Sapper (14. 8. 82) sämtlich Justus-Liebig-Universität Gießen, Thomas King (20. 7. 82), Dr. Eckhard Deutscher (13. 8. 82), beide Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt, Dr. Ulusar Akbay, Techn. Hochschule Darmstadt (23. 7. 82), Gottfried Plumpe, Philipps-Universität Marburg (26. 7. 82);

zum **Inspektor (BaL)** Inspektor z. A. (BaP) Olaf Gaedicke, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt (28. 7. 82);

zur **Inspektorin z. A. (BaP)** Angestellte Christine Meyer, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt (1. 8. 82);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe C 3 die Professoren (BaL) Dr. Friedhelm Jaspert, Fachhochschule Frankfurt (22. 7. 82), Dipl.Ing. Hermann Kaiser, Fachhochschule Gießen-Friedberg (29. 7. 82), Dipl.Ing. Gustav Daase, Fachhochschule Wiesbaden (1. 8. 82).

Wiesbaden, 12. August 1982

Der Hessische Kultusminister
I B.1 — 050/35 — 274
StAnz. 36/1982 S. 1637

beim Regierungspräsidenten in Kassel

ernannt:

zum **Ltd. Schulamtsdirektor** Studiendirektor (BaL) Volkmar Krafft, LA des Schwalm-Eder-Kreises — Staatl. Schulamt Borken (19. 5. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Oberinspektor (BaP) Kurt-Ullrich Heldmann, LA Kassel — Staatl. Schulamt — (18. 8. 82);

In den Ruhestand versetzt:

die Schulamtsdirektoren Karl Seidler, LA Waldeck-Frankenberg — Staatl. Schulamt Korbach — (1. 7. 82) gem. § 51 Abs. 3 HBG, Egon Vollert, OB der Stadt Kassel — Staatl. Schulamt — (1. 8. 82) gem. § 51 Abs. 1 HBG;

im Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschuldienst im Regierungsbezirk Kassel

ernannt:

zum **Rektor als Leiter einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern** Realschullehrer (BaL) Rudolf Appel, Morschen (24. 5. 82);

zum **Sonderschulrektor als Leiter einer sonstigen Sonderschule mit bis zu 60 Schülern** Sonderschulkonrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Sonderschule für Lernbehinderte mit mehr als 200 Schülern (BaL) Rudolf Pfaff, Melsungen (2. 8. 82);

zu **Rektoren als Ausbildungsleiter** Lehrer (BaL) Klaus Böhr, Fulda (19. 5. 82), Realschullehrer (BaL) Wolfgang Henrich, Bad Hersfeld (28. 5. 82);

zum **Direktor an einer Gesamtschule als ständigem Vertreter des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1 000 Schülern** Oberstudienrat an einer Gesamtschule als Leiter einer Förderstufe mit mehr als 360 Schülern (BaL) Godehard Linskens, Witzenhausen (27. 5. 82);

zum **Direktor an einer Gesamtschule als ständigem Vertreter des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1 000 Schülern** Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern am Hauptschulzweig und der Förderstufe (BaL) Jürgen Wallroth, Gersfeld (25. 5. 82);

zum **Rektor an einer Gesamtschule als Leiter der Grundstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL)** Rektor an einer Gesamtschule als Leiter der Grundstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern z. A. (BaP) Günther Schenk, Spangenberg (1. 8. 82);

zum **Konrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern am Hauptschulzweig, am Realschulzweig und der Förderstufe (BaL)** Realschullehrer (BaL) Walter Arnold, Lichtenfels (27. 5. 82);

zu **Lehrern/innen (BaL)** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Marita Warner, Wolfgang Erler, Gerlinde Göbel, Elke Vaupel, Ruth Grupe, Birgit Siegner, Regine Noll, Ursula Salecker, Peter Juli, Irene Kaun, Karin Klein, Sabine Schröder, Cornelia Sauerwein, Heinz-Jürgen Blum, Liselotte Hörnes, Peter Pfolz, Christine Laibach, Alfred Monien, sämtlich Kassel, Gudrun Schneider, Zierenberg, Gabriele Boha, Regina Rogalla, Werner Krippner, sämtlich Diemelstadt, Paul Josef Otte, Marie-Luise Klute, Eberhard Eckhardt, alle Arolsen, Hartmut Schweiger, Niestetal, Petra Klemme, Manfred Zinke, beide Edertal, Sigrid Mihm-Gröschel, Renate Pflanz, Berthold Diegel, Peter Bikoni, sämtlich Sontra, Elfriede Scholl, Kleinenglis, Peter Jäger, Hessisch

Lichtenau, Marianne Wege, Angelika Huth, Ursel Cornelius, Annerose Kreutzer, Rita Berner, sämtlich Fulda, Manfred Scholl, Lohfelden, Ute Haak, Großenlüder, Volker Allendorf, Marion Schmidt, Egon Keller, sämtlich Vellmar, Eva-Maria Süß, Werner Zoth, beide Witzenhausen, Adelheid Götz, Haina, Ingrid Schröder, Bad Wildungen, Elisabeth Sternberg, Bettina Heusel, beide Eiterfeld, Christa Schleipen, Hünfeld, Maria-Magdalena Reincke, Hilders, Annegret Abt, Frankenau, Christiane Hehn, Gersfeld, Gabriele Vogt, Hofbieber, Doris Stibitz, Künzell, Dorothea Klinke, Rasdorf, Birgit Fritsche, Gilserberg, Ruth Polnicke, Helga Hey, beide Gudensberg, Irmgard Botthof, Karl-Heinz Ludwig, Irene Feller, sämtlich Rotenburg, Rosemarie Fröhlich-Kassaras, Bebra, Irene Ritter, Zwesten, Marja Schmidt, Homberg, Freia Vasikaridis, Calden, Dorothea Götz, Ulrike Schmandt, beide Bad Hersfeld, Renate Gebhard-Fey, Waldkappel, Eva Christine Nordheim, Philippsthal, Helga Herbst, Frielendorf, Renate Nebel, Guxhagen, Marianne Lohrmann-Eckhardt, Schwalmstadt, Angela Struck, Fuldatal, Heide von Ritgen, Wilfried Schween, beide Borken (sämtlich 1. 8. 82). Marie-Luise Klagholz, Hessisch Lichtenau (3. 8. 82);

zu **Sonderschullehrern/innen (BaL)** die Sonderschullehrer/innen z. A. (BaP) Gerlinde George, Norbert Steckel, beide Homberg, Barbara Becker, Kassel, Monika Herold, Korbach, Birgit Knauber, Eschwege, Klaus Letschert, Hofgeismar, Bärbel Schuhmann-Nolte, Sontra, Wolfgang Werner, Arolsen (sämtlich 1. 8. 82);

zu **Fachlehrern/innen (BaL)** die Fachlehrer/innen z. A. (BaP) Ulrike Karpowitz, Kassel (16. 6. 82), Claudia Heidenreich, Frankenberg (23. 6. 82), Peter Riediger, Witzenhausen (7. 7. 82), Gabriela Fabian, Kassel (22. 7. 82);

zum **Sonderschullehrer** der Sonderschullehrer z. A. (BaP) Michael Hühne, Homberg (1. 8. 82);

zu **Lehrern/innen z. A. (BaP)** die Angestellten Winfried Döring, Hella Möller, Ilse Barthemes, Arthur Mehmet, Rolf Wachs, Hans-Jürgen Ester, Claudia Schmideler, Waltraud Neurath, Erika Vogt, Angelika Stutzner, Ulrike Bitter, Horst Weller, Rosemarie Winter, Ute Monien, Helmut Budig, Hermann Bammel, sämtlich Kassel, Gerhard Krug, Zierenberg, Ilse Deutschmann, Burghaun, Günter Berk, Hünfeld, Karl Scholz, Volkmarsen, Erhard Pfeffer, Gabriele Schimanek-Flinner, beide Bad Wildungen, Monika Volk, Hofgeismar, Karl Hannawald, Arolsen, Manfred Ketter, Rita Horch, beide Neukirchen, Carola Jordan, Oberweser, Ernst-Dieter Kauffeld, Wolfgang Schlegelmilch, beide Ahnatal, Hans Strack, Elfriede Heinemann, Gerhard Scriba, sämtlich Korbach, Doris Müller, Grebenstein, Edeltraud Teuteberg, Niestetal, Michael Pohlmann, Immenhausen, Berit Betche, Gersfeld, Heinrich Pötter, Gerhard Huhn, Hannelore Rober, sämtlich Vöhl, Elvira Görge, Ernsthausen, Ulrike Nödel, Sieglinde Peter, Werner Behrend, sämtlich Frankenberg, Sigrid Holzförster, Wolfhagen, Ursula Schneider, Herleshausen, Martin Priester, Waldeck-Sachsenhausen, Elke Maguhn-Bläsing, Helsa, Peter Englert, Lichtenfels, Karl Blanke, Meinhard, Waltraud Gier, Marita Dehler, Sabine Bobzien-Brand, Helga Rückert, Manfred Theiß, sämtlich Sontra, Walter Wolff, Witzenhausen, Ursula Berndt, Philippsthal, Birgit Böhm, Harald Gebauer, beide Rotenburg, Christine Schneider, Matthias Kuwilsky, beide Gemünden, Manfred Knüttel, Niederaula, Wolfgang Meinicke, Gerhard Erbe, beide Schenklengsfeld, Karola Schad, Neuhof, Horst Richardt, Wildeck, Franz Werner Eisenbacher, Vellmar (sämtlich 1. 8. 82);

zu **Sonderschullehrern/innen z. A. (BaP)** die Bewerber/innen Sigrid Eichenauer, Roland Bauer, beide Schwalmstadt, Reinhold Track, Bad Hersfeld, Gabriele Hahn, Wolfhagen, Volkhard Wiese, Oberrieden, Insa Schulte, Homberg, Alexandrine Jahn-Aulepp, Petra Rüger, beide Fulda (sämtlich 1. 8. 82);

zu **Fachlehrern/innen z. A. (BaP)** die außerplanmäßigen Fachlehrer/innen (BaW) Roland Horst, Kassel (28. 5. 82), Harald Waurich, Frielendorf (1. 6. 82), Margot Träger, Lohfelden (2. 6. 82), Ursula Wagner, Großalmerode, Uwe Nöding, Rotenburg (beide 7. 6. 82); Angestellte Heidrun Heßke-Hintz, Künzell (1. 6. 82);

zu **außerplanmäßigen Fachlehrern/innen (BaW)** die Bewerber/innen Gerrit-Gotho Kursch, Felsberg, Dagmar Petermann-Natus, Kassel, Kristina Reiss, Neukirchen, Gertrud Roßmann, Baunatal (sämtlich 1. 8. 82), Erika Esch-Osterfinke, Borken (2. 8. 82);

zum **Studienrat z. A. (BaP)** Bewerber Harald Langsdorf, Arolsen (1. 8. 82);

zum **Studiendirektor (BaL)** Oberstudienrat (BaL) Jochen Kretschmer, Heringen (25. 5. 82);

b e r u f e n in das Beamtenverhältnis a u f L e b e n s z e i t:

Sonderschullehrer (BaP) Hubert Daube, Schwalmstadt (1. 8. 82), die Lehrer (BaP) Lothar Diel, Fulda, Reinhold Müller, Hans-Ulrich Sprenger, beide Petersberg, Thomas Grünkorn, Hofbieber, Helmut Doublier, Gilserberg, Norbert Dräger, Bebra, Bodo Borkowski, Rotenburg, Rainer Franke, Homberg, Norbert Seuß, Bad Karlshafen (sämtlich 1. 8. 1982), die Fachlehrer/innen (BaP) Gerd Bruchmann, Kassel (28. 5. 82), Karin Schade, Kassel (29. 5. 82), Elke Briehl, Korbach (5. 6. 82), Bernhard Knieling, Sontra (12. 6. 82), Gertraud Nentwich, Kaufungen (21. 6. 82), Renate Neurath, Wolfhagen (24. 6. 82), Jürgen Gremming, Kassel (26. 6. 82);

v e r s e t z t:

von Nordrhein-Westfalen die Lehrerinnen (BaL) Elisabeth Vogel, Borken, Juliane Heine, Wolfhagen (beide 1. 8. 82), die Sonderschullehrerinnen z. A. (BaP) Christine Erne-Löbel, Juliane Kothe, beide Kassel (beide 1. 8. 82); von Niedersachsen die Lehrerinnen (BaL) Carsta Schulz, Kassel, Barbara Theuerkauf, Nieste, Marianne Göhlke, Grebenstein (sämtlich 1. 8. 82), die Lehrerin z. A. (BaP) Angelika Keil, Kassel (1. 8. 82), von Hamburg Lehrerin (BaL) Gabriele Wolters, Kassel (1. 8. 82) von Bayern Lehrerin (BaL) Ingrid Grunert, Lichtenfels (1. 8. 82), von Berlin Lehrer/in (BaL) Rüdiger Lamsbach, Arolsen, Margret Herrmann-Fricke, Grebenstein (beide 1. 8. 82), von Schleswig-Holstein die Lehrerinnen (BaL) Lisa Rickert, Kassel, Karin Giesenhagen, Wabern (beide 1. 8. 82), zum Bundesminister der Verteidigung Lehrer (BaL) Uwe Klee, Frankenberg (1. 8. 82), nach Nordrhein-Westfalen Realschullehrerin (BaL) Edda Barleben, Petersberg (1. 8. 82), die Lehrerinnen (BaL) Christine Kaiser, Kassel, Renate Bunte, Fulda, Dorothea Stephan, Wabern, Gabriele Stöckmann, Borken (sämtlich 1. 8. 82), nach Berlin die Lehrerinnen (BaL) Marion Siebert-Kissmann, Kassel, Doris Hampl, Neuenstein (beide 1. 8. 82), nach Schleswig-Holstein Lehrerin (BaL) Rosemarie Stukenberg, Schauenburg (1. 8. 82), nach Niedersachsen Lehrerin (BaL) Monika Nelle, Hofgeismar (1. 8. 82), Lehrerin z. A. (BaP) Diethild Böttger, Oberweser (1. 8. 82), nach Hamburg Lehrerin (BaL) Inge Fath-Schlötter, Frankenberg (1. 8. 82), Fachlehrerin (BaL) Helga Pippert, Wolfhagen (1. 8. 82), nach Rheinland-Pfalz Lehrerin (BaL) Brigitte von Wilcken, Sontra (1. 8. 82);

in den R u h e s t a n d getreten:

Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Wilhelm Knierim, Bebra (1. 8. 82); Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Kurt Müller, Oberaula (1. 8. 82), die Lehrer/in (BaL) Herbert Fieber, Armgard Göbel, beide Bebra, Karl Hack, Neuhof, Werner Höfs, Eschwege (sämtlich 1. 8. 82);

in den R u h e s t a n d versetzt:

Direktor an einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1 000 Schülern (BaL) Hans Heckl, Melsungen, Direktor an einer Gesamtschule als ständiger Vertreter des Leiters einer Gesamtschule mit Oberstufe (BaL) Willy Hild, Hessisch Lichtenau, die Direktoren an einer Gesamtschule als ständige Vertreter des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1 000 Schülern (BaL) Friedrich Trost, Zierenberg, Karl Rehberg, Eiterfeld, Rektor als Leiter einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern am Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Bruno Herrmann, Schwalmstadt, die Rektoren als Leiter einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Hermann Braun, Weyhers, Walter Eisenkölbl, Tann, die Rektoren als Leiter einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Heinrich Keßler, Frankenberg (sämtlich 1. 8. 82), Hans-Erwin Köhler, Frielendorf (1. 6. 82), Rektor als Leiter einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Erich Herold, Edermünde, Sonderschulrektor als Leiter einer Sonderschule für Praktisch Bildbare mit bis zu 60 Schülern (BaL) Herbert Ungruh, Homberg, Sonderschulrektor als Leiter einer sonstigen Sonderschule mit bis zu 60 Schülern (BaL) Ernst Koch, Homberg, Rektor an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern (BaL) Friedrich Morbitzer, Witzenhausen, Rektor an einer Gesamtschule als Leiter der Grundstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Hellmuth Schmidt, Niederaula, die Hauptlehrer als Leiter einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern (BaL) Rudolf Filtz, Schwalmstadt, Richard Mahr, Kalbach, Albert Möller, Otto Zoth, beide Fulda, die Hauptlehrer als Leiter einer Grundschule mit bis zu 80 Schülern (BaL) Alois Müller, Ehrenberg, Karl Schäfer, Schwalmstadt,

Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Wilhelm Becker, Volksmarsen, Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Hans-Georg Dalz, Gilserberg, Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Ekkehard Sauerbeck, Bad Wildungen, Sonderschullehrerin (BaL) Berta Büchsel, Fulda (sämtlich 1. 8. 82), die Realschullehrer/innen (BaL) Karl-Heinz Bintzer, Eschwege Georg Bloß, Rotenburg (1. 7. 82), Eva Basteck, Wildeck, Erich Ilse, Witzenhausen, Wolfgang Lenski, Wanfried, Werner Müller, Bad Hersfeld, Erich Schmidt, Frankenberg, Karl Sippel, Bebra (sämtlich 1. 8. 82), die Lehrer/innen (BaL) Annemarie Becker, Homberg, Hannelore Stripp, Bad Hersfeld, Ilse Waldeck, Kassel (sämtlich 1. 6. 82), Maria Brandl, Felsberg, Hans Donnevert, Hofbieber (beide 1. 7. 82), Hilde Erbe, Christa Noffz, Helmut Dippel, Ruth Eismann, Elisabeth Kauffmann, sämtlich Kassel, Eduard Hartmann, Reinhardshagen, Ingeborg Hellwig, Meinhard, Wilhelm Hellwig, Korbach, Hermann Kropp, Bad Hersfeld, Waltraud Hecht, Knüllwald, Wilhelmi Preßler, Lohfelden, Josef Schön, Flieden, Anna Hagemann, Bebra, Rosalie Pany, Frankenau, Edith Haas, Johanna Plischke, beide Eichenzell, Karola Lomb, Wilhelm Bickert, beide Petersberg, Lieselotte Neugebauer, Schauenburg, Käte von Stümer, Felsberg, Josef Hagemann, Hofbieber, Irene Fischer, Poppenhausen, Franziska Wagner, Bad Sooden-Allendorf, Waldemar Kircher, Hünfeld, Alwine Theil, Frankenberg, Helmut Helbig, Fulda, Ruth Rüffer, Breitenbach a. H., Margarethe Hamester, Wildeck, Reinhard Richter, Niestetal, Irmgard Greinert, Großenlüder, Rudolf Bug, Neuhof, Ilse Helm, Meinhard, Hildegard Kramer, Neuental, Theresia Schüler, Wabern, Inge Lutz, Habichtswald, Werner Keim, Bebra (sämtlich 1. 8. 82), die Fachlehrerinnen (BaL) Gerda Kaiser, Kassel, Elke Korff, Kaufungen, Margarete Palmoski, Hünfeld (sämtlich 1. 8. 82), die Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer (BaL) Wilhelm Bischoff, Vellmar, Heinrich Peter, Baunatal (beide 1. 8. 82);

entlassen:

die Lehrerinnen (BaL) Adelheid von Dobschütz, Niedenstein, Karin Kellermann, Fuldatal, Irene Ntim Kwafo, Bad Wildungen, Angrit Schröder, Kaufungen, Ursula Stula, Hofbieber, Friederike Mahlert, Sontra, Lehrerin z. A. (BaP) Magdalena Weidner, Kassel, Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Brigitte Borg, Waldkappel, (sämtlich 1. 8. 82), die Lehramtsreferendare/innen (BaW) Katharina Krämer, Eschwege (1. 6. 82), Jutta Brickl, Borken (21. 6. 82), Ulrike Rehak, Kassel, Joachim Bahr, Baunatal, Manfred Seibel, Neuhof, Heribert Rechtenwald, Bad Sooden-Allendorf (sämtlich 1. 8. 82);

verstorben:

die Lehrerinnen (BaL) Ilse Schubert, Fritzlar (14. 5. 82), Ilse Ziehn, Wildeck-Obersuhl (14. 6. 82), Realschullehrer (BaL) Rudolf Blumenstein, Kassel (6. 6. 82).

Kassel, 2. August 1982

Der Regierungspräsident
II/1 f — 8 b 28

StAnz. 36/1982 S. 1637

H. im Bereich des Hessischen Sozialministers

beim Regierungspräsidenten in Kassel

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Oberinspektor (BaP) Reiner Wenig, Staatl. Veterinäruntersuchungsamt Kassel (31. 8. 82).

Kassel, 11. August 1982

Der Regierungspräsident
P/2 — 7 o 16/03 B

StAnz. 36/1982 S. 1639

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

beim Regierungspräsidenten in Kassel

— Wasserwirtschaftsverwaltung —

ernannt:

zu **Techn. Oberinspektoren** die Techn. Oberinspektoren z. A. (BaP) Heribert Neuhann, WWA Kassel (1. 6. 82), Theodor Hodes, WWA Fulda (1. 7. 82);

zu **Techn. Inspektoranwärtern (BaW)** die Bewerber Dipl. Ing. Josef Fertig (1. 5. 82), Dipl.Ing. (FH) Reinhard George, beide WWA Kassel (1. 4. 82).

Kassel, 11. August 1982

Der Regierungspräsident
P/2 — 7 o 16/03 B

StAnz. 36/1982 S. 1639

935 DARMSTADT — DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

Widerruf der Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises

Bezug: Bekanntmachung vom 3. August 1982 (StAnz. S. 1550)

Der mit o. a. Bekanntmachung für ungültig erklärte Dienstausweis Nr. 03/1109 für Polizeihauptmeister Hans Pausch ist wieder aufgefunden worden.

Die Ungültigkeitserklärung wird hiermit widerrufen.

Darmstadt, 19. August 1982

Der Regierungspräsident
III 2/64 — 7 d 14

StAnz. 36/1982 S. 1639

936

Verordnung über Verkaufszeiten anläßlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen vom 18. August 1982

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 5. Juli 1976 (BGBl. I S. 1773), i. Verb. mit der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Stadt Steinau an der Straße, mit Ausnahme der Stadtteile Bellings, Hintersteinau, Marborn, Marjoß, Neustall, Sarrod, Seidenroht, Ürzell und Ulmbach, aus Anlaß des Katharinenmarktes 1982 am 28. November 1982 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr.

Verkaufsstellen, die hiervon Gebrauch machen, müssen am 27. November 1982 ab 14.00 Uhr geschlossen werden.

Im übrigen sind die Bestimmungen der Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938 (RGBl. I S. 446), des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965) und des Mutterschutzgesetzes vom 18. April 1968 (BGBl. I S. 315) zu beachten.

§ 2

§ 1 Ziff. 2 der Verordnung zur Änderung der Verordnung vom 10. Oktober 1962 (StAnz. S. 1460) über die Freigabe eines Sonntags und eines Werktags für das Offenhalten bzw. längere Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlaß für zwei Städte des Landkreises Schlüchtern vom 2. November 1962 (StAnz. S. 1535) wird aufgehoben.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 27. November 1982 in Kraft.

Darmstadt, 18. August 1982

Der Regierungspräsident
gez. Dr. Wierscher

StAnz. 36/1982 S. 1639

937 GIESSEN

Verordnung über Verkaufszeiten anläßlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen vom 17. August 1982

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 5. Juli 1976 (BGBl. I S. 1773), i. Verb. mit der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Haiger, mit Ausnahme der Stadtteile Allendorf, Dillbrecht, Fellerdilln, Flammersbach, Seelbach, Langenaubach, Niederroßbach, Oberroßbach, Offdilln, Rodenbach, Sechshelden, Steinbach und Weidelbach, aus Anlaß des Lukasmarktes am Sonntag, dem 24. Oktober 1982, freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 24. Oktober 1982 in Kraft.

Gießen, 17. August 1982

Der Regierungspräsident
gez. Müller

StAnz. 36/1982 S. 1639

938

Ungültigkeitserklärung eines Polizeidienstausweises

Der Polizeidienstausweis Nr. 23-159 für Polizeihauptmeister Günter Wagner, ausgestellt vom Polizeipräsidenten in Gießen, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Gießen, 18. Januar 1982

Der Regierungspräsident
I 3 S — 7 d 14 — 03

StAnz. 36/1982 S. 1640

939 KASSEL

Vorhaben der Firma Kalkwerke Otterbein GmbH & Co. KG, 6402 Großenlüder 2

Die Firma Kalkwerke Otterbein GmbH & Co. KG, 6402 Großenlüder 2, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Änderung ihrer für das im Bau befindliche Zementwerk vorgesehenen Feuerung auf Kohlefeuerung (Anlage nach § 2 Ziffer 3 der 4. BImSchV) auf dem Grundstück in Großenlüder, Gemarkung Müs, Flur 8, Flurstück 86/1 u. a., gestellt.

Die Anlage soll Ende 1982 in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 6 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. März 1982 (BGBl. I S. 281), der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Kassel. Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen innerhalb der Auslegungsfrist vom 14. September bis 15. November 1982 bei der Gemeindeverwaltung in Großenlüder, Am Fronhof 8, oder bei dem Regierungspräsidenten in Kassel, Steinweg 6, Zimmer Nr. 651, schriftlich (in lesbarer Form) oder zur Niederschrift vorzubringen. Der Antrag, die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen dort während der Dienststunden offen.

Mit Ablauf der o. g. Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Als Termin, an dem die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen erörtert werden, wird Donnerstag, der 18. November 1982, 10.00 Uhr, bestimmt. Versammlungsraum ist das Bürgerhaus Müs.

Besondere Einladungen hierzu ergehen nicht. Die Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Einwendern erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Kassel, 23. August 1982

Der Regierungspräsident
III/2 — 53 e 621 (694)

StAnz. 36/1982 S. 1640

940

Ungültigkeitserklärung von Polizei-Dienstausweisen

Die vom Regierungspräsidenten in Kassel für Polizeiobermeister Erich Nöthacker am 29. Dezember 1977 und für Polizeiobermeister Wolfgang Schultz am 21. Dezember 1981 ausgestellten Polizei-Dienstausweise Nr. 04-380 und 04-1436 sind in Verlust geraten.

Sie werden hiermit für ungültig erklärt.

Kassel, 16./17. August 1982

Der Regierungspräsident
I/3 S — 7 d 14

StAnz. 36/1982 S. 1640

BUCHBESPRECHUNGEN

Verteidigung des Geldwertes in einer inflatorischen Umwelt. Von Helmut Schlesinger. 1982, 20 S., Oktav, kart., 14,— DM. Schriftenreihe der Juristischen Gesellschaft e. V., Berlin, Heft 72. Verlag Walter de Gruyter, 1000 Berlin.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland war in den fünfziger und sechziger Jahren durch niedrige Preissteigerungsraten gekennzeichnet. Erst in den siebziger Jahren trat ein deutlicherer Geldwertverfall ein, und das Ziel der Preisstabilität gelangte verstärkt in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Betrachtungen. Anknüpfend an den Auswirkungen der Inflationsbeschleunigung auf die verschiedenen volkswirtschaftlichen Teilbereiche zielt der vorliegende Beitrag darauf ab, die Rolle der Geldpolitik bei der Inflationsbekämpfung in einen allgemeinen wirtschaftspolitischen Gesamtzusammenhang einzuordnen. Die Veröffentlichung stellt dabei den Abdruck eines Vortrags dar, den der Verfasser, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, zu Anfang dieses Jahres vor der Berliner Juristischen Gesellschaft gehalten hat. Die Ausführungen skizzieren in Grundzügen die geldpolitische Position der Deutschen Bundesbank.

Ausgehend von dem gesetzlichen Auftrag der Deutschen Bundesbank, die Währung zu sichern, macht der Verfasser zunächst die Bedeutung der Preisstabilität für die übrigen volkswirtschaftlichen Zielgrößen wie Wachstum und Vollbeschäftigung deutlich. Die entsprechenden Zusammenhänge wurden vor allem Anfang der siebziger Jahre vernachlässigt und werden auch gegenwärtig wieder verkannt, wenn von verschiedenen Seiten ein sogenanntes Beschäftigungsprogramm gefordert wird, das die bereits bestehenden Haushaltsdefizite noch erhöhen und dabei gleichzeitig den Inflationstendenzen neuen Auftrieb geben würde.

In den weiteren Ausführungen wird die zentrale Rolle der Geldmengensteuerung bei der Inflationsbekämpfung herausgestellt. Zwar ist die Bundesbank lediglich in der Lage, die Geldschöpfung der Banken und das Verhalten der Nicht-Banken indirekt zu beeinflussen, sie kann aber den Rahmen für die Preisniveauerhöhungen abstecken. Gesehen werden müssen dabei die Grenzen der geldpolitischen Steuerung, die sich u. a. aus der relativ zinsunempfindlichen staatlichen Schuldenpolitik, den Einflüssen der Tarifparteien, staatlich administrierten Preissteigerungen und auch dem internationalen Zins- bzw. Preisverbund ergeben.

Der Verfasser wendet sich schließlich in einem weiteren Abschnitt Alternativen zur geldpolitischen Sicherung des Geldwertes zu. Er kommt dabei sowohl für die Mitte der siebziger Jahre heftig diskutierte Einführung von Indexklauseln als auch für die zur Zeit in den USA im Gespräch befindliche Rückkehr zum Goldstandard zu einer ablehnenden Beurteilung. Den Abschluß der Ausführungen bilden einige Überlegungen zur Rolle der Geldpolitik in der aktuellen wirtschaftlichen Situation.

Dipl.-Ökonom Dr. Norbert Mager

Beihilfevorschriften des Bundes und der Länder (mit Unterstützungsgrundsätzen und Vorschußrichtlinien). Von Schröder — Beckmann — Weber. Loseblattkommentar, 29. Erg.Lfg. zur 6. Aufl., Stand Februar 1982, 420 S., 86,80 DM. Moll-Verlag, 7000 Stuttgart.

Für diese Ergänzungslieferung, die den Kommentar auf den Rechtsstand vom 1. Februar 1982 bringt, planten die Verfasser ursprünglich schon die Einarbeitung der schon lange erwarteten Novelle der Beihilfevorschriften des Bundes. Da diese aber bis zu diesem Zeitpunkt nicht erschienen war, konnte — auch im Hinblick auf den beträchtlichen Umfang der Ergänzungslieferung — die Veröffentlichung der Überarbeitung des Kommentars nicht länger zurückgestellt werden.

Wesentlicher Inhalt der Ergänzungslieferung sind die zwischenzeitlich ergangenen Rundschreiben des Bundesministers des Innern zu Zweifelsfragen des Beihilferechts (u. a. Unterbringung in Tagespflegeheimen, Betten- und Platzgeld bei heilpädagogischer Behandlung, Anspruch auf Beitragszuschuß nach § 405 RVO) sowie einschlägige höchstrichterliche Entscheidungen. Hierbei sind besonders die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts betreffend Regelung des Beihilferechts durch Gesetz sowie Beihilfen und hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums zu erwähnen. Desgleichen wurden neben einigen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts auch für das Beihilferecht relevante Entscheidungen des Bundessozialgerichts (hier beispielsweise: Fahrtkosten aus Anlaß einer Kur oder Blindenführhund als Hilfsmittel) berücksichtigt.

Hierzu sei bemerkt, daß sich durch die Einarbeitung der meist umfangreichen Gerichtsentscheidungen in den Kommentarteil eine gewisse Unübersichtlichkeit ergibt. Vielleicht sollte hier über eine andere — übersichtlichere — Möglichkeit nachgedacht werden.

Von den gesetzlichen, dienstrechtlichen und fürsorgerechtlichen Neuregelungen sind besonders das Gesetz über die Anpassung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, das 2. Haushaltsstrukturgesetz sowie das Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz zu erwähnen, die in einigen Bereichen deutliche Auswirkungen auf die Beihilfebestimmungen haben. Die Wiedergabe der Änderungen des Beihilferechts der Länder und die dazu ergangenen Durchführungshinweise der zuständigen Länderressorts runden diese Ergänzungslieferung ab.

Die Aktualisierung dieses Kommentarwerkes kann dem Beihilfesachbearbeiter einmal mehr eine wertvolle Entscheidungshilfe bieten. Er beweist weiterhin seine Bedeutung als eines der Standardwerke zum Recht der dienstlichen Fürsorge auch über den Bereich des Bundes hinaus.

Inspektorin Brigitte Diederichs

Deutsches Sporthandbuch. Organisation — Recht — Verwaltung. Herausgeber: Willi K l e i n, Hauptgeschäftsführer des Landes Sportbundes Rheinland-Pfalz. 2. Aufl., 1982, Loseblattwerk, 26. Liefg., Gesamtwerk, 159,— DM. Deutscher Fachschriftenverlag, Braun & Co. KG, 6200 Wiesbaden.

Die 26. Ergänzungslieferung des Deutschen Sporthandbuches enthält für alle, die in Verbänden, Vereinen und in der öffentlichen Sportverwaltung tätig sind, wiederum eine Fülle wichtiger Informationen und Details wie auch unentbehrliches sportpolitisches Grundlagenmaterial.

Band I

Neben den Aufnahmerichtlinien des Deutschen Sportbundes, den Anschriften der Bundesleistungszentren und sportmedizinischen Untersuchungszentren sowie den Richtlinien des Deutsch-Französischen Jugendwerkes gibt der erste Band den Wortlaut folgender vier Grundsatzpapiere wieder:

Die auf dem Olympischen Kongreß in Baden-Baden 1981 neu verabschiedete Olympische Amateur-Regel 26 sowie ihre Durchführungsbestimmungen regeln in neuer und liberalisierter Weise die Zulassung der Teilnehmer zu Olympischen Spielen. Vor allem der Wortlaut der Durchführungsbestimmungen ist wichtig für eine Einschätzung dieser viel diskutierten und auch kritisierten neuen Zulassungsregel.

Der DSB-Hauptausschuß verabschiedete am 13. Juni 1981 eine „Konzeption für den Sport der Behinderten". Obwohl der Behindertensport in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren einen Aufschwung erfuhr, nicht zuletzt durch das „Internationale Jahr der Behinderten 1981", ist diese Gruppe unserer Mitbürger im Sport noch deutlich unterrepräsentiert. Der DSB entwickelt in seiner Konzeption wichtige Zukunftsperspektiven für die weitere Förderung und den Ausbau des Behindertensportes.

Auf derselben Sitzung des Hauptausschusses am 13. Juni 1981 legte der DSB eine „Bildungspolitische Konzeption zum Sport in der Weiterbildung" vor. Der Wortlaut der Konzeption und der zugleich formulierte Maßnahmen-Katalog zeigen, daß der Deutsche Sportbund die Herausforderung des Sports im Weiterbildungsbereich erkannt hat.

Ebenfalls 1981 gab der DSB eine Grundsatzerklärung zum „Sport der ausländischen Mitbürger" heraus. Dieses sowohl im innerstaatlichen Bereich als auch für die außenpolitischen Beziehungen wichtige Feld der Sportpolitik wird umfassend analysiert, und es werden wichtige Zukunftsperspektiven, aber auch Umsetzungsschwierigkeiten dargelegt.

Band II

Die wichtigsten Materialien im Band II sind eine ausführliche Abhandlung über die Bau- und Folgekosten von Sportanlagen sowie ein aktualisierter Abdruck der „Städtebaulichen Orientierungswerte" der „Richtlinien für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen III. Fassung 1976" einschließlich der Ergänzung durch das derzeit diskutierte Kapitel V „Spezielle Anlagen für einzelne Sportarten". Diese Ergänzung scheint angesichts der immer populärer werdenden Freizeitsportarten notwendig und sinnvoll.

Wichtig für den Benutzer ist auch eine sehr sachkundig zusammengestellte Literaturliste zu Planungsfragen im Sportstättenbau.

Weiterhin enthält der Band II u. a. viele Sportergebnisse auf europäischer Ebene aus den Jahren 1980/81, die Regeln und Bedingungen diverser Leistungsabzeichen von Verbänden, die Ergebnisse von Sportlerwahlen des Jahres sowie eine umfassende Übersicht über alle amtlichen Veröffentlichungsorgane der Mitgliedsorganisationen des DSB.

Ein überarbeitetes Inhaltsverzeichnis für die Gesamtausgabe des Deutschen Sporthandbuches, die dem alltäglichen Benutzer sehr helfen wird, rundet diese 26. Ergänzungslieferung ab.

Regierungsoberrat Dr. Franz-Josef K e m p e r

Polizeirecht in Hessen. Das Recht der Polizei und der sonstigen Gefahrenabwehrbehörden. Kommentar von Polizeipräs. B e r n e t, Dr. Rolf G r o ß und Dr. Wolfgang M e n d e. Loseblattausgabe in 2 Bänden, 24. Erg.Liefg., Gesamtwerk einschl. Ordner 179,— DM. Deutscher Fachschriftenverlag, Braun GmbH und Co. KG, 6200 Wiesbaden.

Mit dieser Nachlieferung haben die Kommentatoren ihr Werk auf den Stand vom 1. Dezember 1981 gebracht. Im Gesetzesteil ist die überarbeitete Verwaltungsvorschrift zum Freiheitsentziehungsgesetz hervorzuheben sowie die Änderungen zum Aufenthaltsgesetz EWG — Geltung für Staatsangehörige neuer Mitgliedstaaten.

In der Kommentierung sind zunächst einmal die Änderungen zu erwähnen, die durch das Staatshaftungsgesetz bedingt sind, das zum 1. Januar 1982 in Kraft getreten ist. Wenn auch inzwischen Verfassungsbeschwerde gegen die Gültigkeit dieses Gesetzes erhoben worden ist, so war es doch sinnvoll, die entsprechenden Vorschriften bereits einzuarbeiten, da das Staatshaftungsgesetz nunmehr geltendes Recht ist. So mußte insbesondere die Kommentierung zu §§ 9 und 30 HSOG angeglichen werden und die früheren Verweisungen auf Art. 34 GG, § 839 BGB überarbeitet werden. Ferner mußte in bezug auf § 13 UZwG klargestellt werden, daß die darin vorgesehene Möglichkeit der Verweisung auf eine anderweitige Ersatzmöglichkeit auch weiterhin besteht, da § 13 UZwG anders als das Amtshaftungsrecht gerade auch bei rechtmäßiger Anwendung unmittelbaren Zwanges gilt.

Ferner haben die Kommentatoren nunmehr in zahlreichen Hinweisen auf Parallelbestimmungen des Musterentwurfes für ein einheitliches Polizeirecht des Bundes und der Länder hingewiesen bzw. an entsprechender Stelle klargestellt, daß im Hessischen Recht eine vergleichbare Regelung fehlt und somit eine Lösung allenfalls über die Generalklausel möglich ist. Insbesondere für den Polizeipraktiker sind diese Hinweise recht sinnvoll, weil nunmehr auch Rheinland-Pfalz ein neues Polizeiverwaltungsgesetz geschaffen hat, das sich an den Musterentwurf anlehnt und somit in den Nachbarländern Hessens — wenn auch mit kleinen Unterschieden — grundsätzlich der Musterentwurf gilt. Im Hinblick auf grenzüberschreitende Einsätze sind daher diese Hinweise unerläßlich. Zu § 82 HSOG wird erläutert, warum diese Vorschrift weggefallen ist, und daß gleichwohl die Polizeikostenverordnung weiter gilt. Es steht wirklich zu hoffen, daß nunmehr das Polizeikostenrecht in Hessen auf neue Füße gestellt wird.

Schließlich ist die Kommentierung zum neuen § 8 des UZwG hervorzuheben, der die Anwendung unmittelbaren Zwanges im Bereich des Maßregelvollzuges zum Inhalt hat. Während diese Vorschrift früher umfassend die Anwendung unmittelbaren Zwanges im Bereich der Justizverwaltung regelte, mußte angesichts der Bestimmungen des Strafvollzugsgesetzes hier eine Änderung erfolgen, da der Anwendungsbereich der Vorschrift weitgehend obsolet geworden war. Der Landesgesetzgeber hatte nur noch die Anwendung unmittelbaren Zwanges im Rahmen des Maßregelvollzuges zu normieren. Dadurch ist eine Lücke entstanden, die jedoch durch das Gesetz über die Wahrnehmung von sicherheits- und ordnungsrechtlichen Befugnissen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften vom 10. Mai 1982 (GVBl. I S. 97) zwischenzeitlich wieder geschlossen wurde. Auf diesen Umstand konnten die Kommentatoren jedoch noch nicht hinweisen; dies wird der nächsten Ergänzungslieferung vorbehalten sein.

Ministerialdirigent Walter K a y s e r

Katastrophenschutzgesetz (KatSG). Kommentar, bearbeitet von MinRat Dr. jur. Horst R o e b e r und RegDir. Dr. jur. Klaus G o e c k e l. Loseblattsammlung, DIN A 5, in zwei Plastikordnern, 10. Erg.Liefg., 218 S., 42,50 DM; Gesamtwerk, 108,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm, 8000 München 80.

Die 10. Ergänzungslieferung berücksichtigt die seit März 1980 — im Verhältnis zu anderen Loseblattsammlungen ein sehr langer Zeitraum — eingetretenen Änderungen und bringt den Kommentar auf den Stand vom 1. Dezembr 1981.

In dem Kommentarteil wurde § 11 völlig und § 12 teilweise überarbeitet.

Neu in die Sammlung aufgenommen wurden zu den Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen zwei Rundschreiben des BMI vom 9. und 11. März 1981 über Maßnahmen zur medizinischen Betreuung und zur Ausgabe von Jod-Tabletten und Jod-Tabletten-Merkblätter. Ferner wurden aufgenommen die Störfallverordnung vom 27. Juni 1980 und die 1. Störfall-Verwaltungsvorschrift vom 23. April 1981, ein Rundschreiben des BMI vom 15. April 1981 übr die Freistellung vom Dienst unter Weitergewährung der Besoldung für die Teilnahme an Einsatz- und Ausbildungsveranstaltungen sowie die überarbeiteten Daten der Rettungshubschrauber des Katastrophenschutzes.

Bei den Bundesländern wurden folgende Vorschriften neu eingefügt:

Bayern	Bekanntmachung vom 20. Februar 1981 über Freistellung vom Wehr- und Zivildienst während des Dienstes im Katastrophenschutz
Hessen	Feuerwehr-Organisationsverordnung vom 30. März 1980
Rheinland-Pfalz	Brand- und Katastrophenschutzgesetz vom 2. November 1981

Unverständlich ist, daß dieses Gesetz in vollem Umfang zweimal eingefügt wurde; einmal unter den Katastrophenschutzvorschriften der Länder und einmal bei den Brandschutzgesetzen der Länder. Hätte nicht in einem Fall ein Hinweis genügt?

Geändert und ergänzt wurden folgende Vorschriften:

— Das Dienststellenverzeichnis des Bundesverbandes für den Selbstschutz

— Die Vereinbarung für die Freistellung von Wehrpflichtigen nach § 8 Abs. 2 KatSG sowie die

— Durchführung der Vereinbarung über die Freistellung von Wehrpflichtigen vom 23. Februar 1981.

Ferner die Neufassung der 1. Verordnung zur Ausführung des bayerischen Rettungsdienstgesetzes.

Die Ergänzungslieferung wird abgeschlossen durch ein völlig neu überarbeitetes Sachregister im Umfang von 16 Seiten.

Regierungsdirektor Rudolf H a n d w e r k

Bundesbaugesetz. Von E r n s t - Z i n k a h n - B i e l e n b e r g. Loseblattwerk, 29. Lieferung, zugleich 7. Erg.Liefg. zur 3. Aufl. u. 3. Erg.Liefg. zur 4. Aufl., rd. 1 030 S., 118,— DM. Gesamtwerk, rd. 6 100 S., 3 Leinenordner, 248,— DM. Verlag C. H. Beck, 8000 München 40.

Die sehr umfangreiche 29. Lieferung erfaßt weite Bereiche des Gesetzes. Sie bringt den Kommentar in den überarbeiteten Teilen auf den Stand vom 1. Juni 1982.

Neu ist die Kommentierung der §§ 39 j und 144, der Überleitungsvorschriften des Art. 3 §§ 3 und 9 bis 12 des Änderungsgesetzes 1976 und der Überleitungsvorschriften zum Änderungsgesetz 1979 für die §§ 183, 183 a bis 183 f.

Vollständig oder doch fast vollständig überarbeitet sind § 2 (Aufstellung der Bauleitpläne und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange), § 2 a (Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung), § 3 (Gemeinsame Flächennutzungspläne), § 12 (Inkrafttreten des Bebauungsplans), §§ 14 bis 18 (Zurückstellung von Vorhaben und Veränderungssperre), § 33 (Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung), § 34 (Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile) und § 35 (Bauen im Außenbereich).

Außerdem sind weitgehend überarbeitet, insbesondere an Rechtsprechung, Schrifttum und Praxis angepaßt, § 31 (Ausnahmen und Befreiungen), der Sechste Teil (Erschließung), der Siebente Teil (Ermittlung von Grundstückswerten), der Achte Teil (Allgemeine Vorschriften, Verwaltungsverfahren) und der Neunte Teil (Verfahren vor den Kammern [Senaten] für Baulandsachen). Die Vorbemerkungen zum Siebenten Teil enthalten nicht nur eine zusammenfassende Darstellung der Wertermittlung mit einer ausführlichen Übersicht über das Schrifttum, sondern auch eine Einführung in die Problematik Bodenwert und Städtebau.

Die verhältnismäßig weitgehende kurzfristige Überarbeitung ist nicht zuletzt durch die umfangreiche Rechtsprechung begründet, die nicht nur auf den Gesetzesänderungen 1976 und 1979 beruht, sondern auch durch Fortentwicklung und Wandlung in Rechtsprechung und Schrifttum geprägt ist und in mehreren Bereichen noch zu keiner einheitlichen oder mehrheitlichen Auffassung geführt hat. Der Kommentar ist als grundlegendes Werk mit dem Anspruch auf vollständige Widergabe der in Rechtsprechung und Schrifttum vertretenen Auffassungen angetreten und ist daher, will er diesen Anspruch aufrecht erhalten, auf möglichst zeitnahe Anpassung angewiesen. Der damit verbundene finanzielle Aufwand der Bezieher wird aber voll durch die Genauigkeit des Kommentars und die kurzfristige Vermittlung vertretener neuer Auffassungen ausgeglichen. Er enthält, nachdem vorübergehende Schwierigkeiten durch die rasch aufeinander folgenden Änderungsgesetze verkraftet sind, nach wie vor die umfassendste Darstellung des deutschen Städtebaurechts im Schrifttum der Bundesrepublik.

Ltd. Ministerialrat Fritz Heinz M ü l l e r

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1982 | MONTAG, 6. SEPTEMBER 1982 | Nr. 36

Gerichtsangelegenheiten

3503

VIII 162: Nachdem Rechtsbeistand Rudolf Breitenbach unter Verzicht auf seine bisherige Zulassung in 8761 Laudenbach seinen Geschäftssitz nach 6074 Rödermark-Waldacker, Goethestraße 26, verlegt hat, gilt die durch den Präsidenten des Landgerichts Aschaffenburg am 25. 9./2. 10. 1981 erteilte Erlaubnis zur Besorgung von Rechtsangelegenheiten auf den Gebieten Handels-, Gesellschafts- und Bürgerliches Recht nunmehr für den neuen Geschäftssitz.

Das Auftreten in mündlicher Verhandlung ist nicht gestattet.

6100 Darmstadt, 23. 8. 1982

Der Präsident des Landgerichts

Aufgebote

3504

C 444/82: Die Witwe Emma Eder geb. Müller und die Erika Butz-Eder geb. Eder, beide wohnhaft: Breslauer Weg 4, 6460 Gelnhausen, Stadtteil Meerholz, — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Szymansky, Gelnhausen —, haben das Aufgebot des abhandengekommenen Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Meerholz, Band 36, Blatt 812, in Abteilung III Nummer 3 für die Deutsche Union Bausparkasse Aktiengesellschaft — jetzt: Colonia Bausparkasse Aktiengesellschaft — in Dortmund eingetragene, mit 12% verzinsliche Grundschuld von 20 200,— DM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 9. März 1983, 12.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 32, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

6460 Gelnhausen, 24. 8. 1982 Amtsgericht

Güterrechtsregister

3505

GR 474 — **Neueintragung** — 30. 8. 1982: Helmut Gies, geb. 24. 3. 1952, und Christine Gies geborene Gerhardt, geb. am 23. 12. 1957, beide wohnhaft in Schwabenröder Straße 73, 6320 Alsfeld. Durch Vertrag vom 1. Juni 1982 ist Gütertrennung gem. § 1414 BGB vereinbart.

6320 Alsfeld, 30. 8. 1982 Amtsgericht

3506

6 GR 768 — **Neueintragung** — 24. 8. 1982: Eheleute Diplom-Kaufmann und Diplom-Ingenieur Wolf-Arthur Kalden und Dürten Anne geb. Evert, beide wohnhaft in Wanfried, Am Untertor 1. Durch Vertrag vom 16. Juli 1980 ist Gütertrennung vereinbart.

3440 Eschwege, 26. 8. 1982 Amtsgericht

3507

GR 191 — **Neueintragung** — 10. 8. 1982: Helmut Faber, Bauingenieur in Gemünden/Wohra, geb. am 8. 2. 1939, Adele Faber geb. Spohr, Hebamme in Gemünden/Wohra, geb. am 23. 7. 1943. Durch notariellen Vertrag vom 9. Februar 1982 ist Gütertrennung vereinbart worden.

3558 Frankenberg (Eder), 10. 8. 1982 Amtsgericht

3508

GR 2467 — **Neueintragung** — 23. 8. 1982: Eheleute Heinz, Lothar, Kaufmann, und Waltraud geb. Steidl, kaufm. Angestellte, Gießen. Durch Vertrag vom 2. Juli 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

6300 Gießen, 23. 8. 1982 Amtsgericht

3509

GR 375 — **Neueintragung** — 23. 8. 1982: Eheleute Fernsehtechniker Heinrich Spieker und Verkäuferin Renate Spieker geb. Börsch, beide Friedrichstr. 18, 3522 Bad Karlshafen. Durch Vertrag vom 28. Juni 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

3520 Hofgeismar, 26. 8. 1982 Amtsgericht

3510

GR 398 — **Neueintragung** — 30. 8. 1982: Die Eheleute Oskar Stefan Hummel und Hildegunde geb. Lutzi, 6845 Groß-Rohrheim, haben durch Ehevertrag vom 13. Juli 1982 für ihre Ehe den Güterstand der Gütertrennung vereinbart.

6840 Lampertheim, 30. 8. 1982 Amtsgericht

3511

GR 144 — **Neueintragung** — 23. 8. 1982: Erich Brähler, Bankkaufmann, Sieglinde Brähler geb. Schwenk, kaufm. Angestellte, Fuldaer Straße 22, 6404 Neuhof. Durch notariellen Vertrag vom 6. Juli 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

6404 Neuhof, 23. 8. 1982

Amtsgericht Fulda Zweigstelle Neuhof

3512

GR 610 — **Neueintragung** — 24. 8. 1982: Heizungsbaumeister Dieter Müller und Doris Müller geb. König, in 6294 Weinbach 1, Friedrich-Ebert-Straße 10. Durch Ehevertrag vom 28. Juni 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

6290 Weilburg, 24. 8. 1982 Amtsgericht

Nachlaßsachen

3513

Hö 5 VI Sch 80/82: Die Verwaltung des Nachlasses des am 22. Oktober 1921 geborenen, am 25. Mai 1982 in Hofheim am Taunus verstorbenen, zuletzt in Frankfurt am Main-Höchst, Antoniterstraße 27, wohnhaft gewesenen Herrn Dr. med. Willi Schullenberg wurde angeordnet.

Nachlaßverwalter ist der Wirtschaftsprüfer Dr. Konrad Mohr, Staufenstraße 7, 6238 Hofheim am Taunus.

6230 Frankfurt am Main 80, 30. 8. 1982

Amtsgericht Frankfurt am Main Abteilung Höchst

Vereinsregister

3514

VR 496 — **Neueintragung** — **24. 8. 1982:** Psychosoziale Therapie und Rehabilitation e. V. in Bad Hersfeld.

6430 Bad Hersfeld, 24. 8. 1982 Amtsgericht

3515

VR 575 — **Neueintragung** — **25. 8. 1982:** „Interessenverband der Gewerbetreibenden zur Förderung der Verwendung zulässiger Allgemeiner Geschäftsbedingungen und des lauteren Wettbewerbes", Friedberg (Hessen).

6360 Friedberg (Hessen), 25. 8. 1982 Amtsgericht

3516

VR 561 — **Neueintragung** — **17. 8. 1982:** Freiwillige Feuerwehr Lettgenbrunn eingetragener Verein in Joßgrud, Ortsteil Lettgenbrunn.

6460 Gelnhausen, 17. 8. 1982 Amtsgericht

3517

VR 1364 — **Neueintragung** — **23. 8. 1982:** Sportverein Münster, Laubach-Münster.

6300 Gießen, 23. 8. 1982 Amtsgericht

3518

VR 1169 — **Neueintragung** — **24. 8. 1982:** Verein für berufliche Erwachsenenbildung und Rehabilitation, Sitz: Marburg.

3550 Marburg, 24. 8. 1982 Amtsgericht

3519

VR 1170 — **Neueintragung** — **27. 8. 1982:** Förderkreis für das Gemeinde- und Jugendzentrum der evangelischen Kirchengemeinde Wetter, Sitz: Wetter.

3550 Marburg, 27. 8. 1982 Amtsgericht

3520

VR 270 — **Neueintragung** — **27. 8. 1982:** Wildwuchs, Verein für Kultur und Kommunikation e. V., 6479 Ranstadt 1.

6478 Nidda, 27. 8. 1982 Amtsgericht

Vergleiche — Konkurse

3521

6 N 50/82 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren betreffend die **Firma Marten & Zorn MAZO Alarmtechnik GmbH, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe, Urseler Str. 19,** vertreten durch den Geschäftsführer Manfred Zorn, wird heute, am 27. August 1982, 11.00 Uhr, die Sequestration angeordnet und ein allgemeines Verfügungsverbot gegen die Gesellschaft verhängt. Verfügungen dürfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen. Zum Sequester wird bestellt: Rechtsanwalt u. Dipl.-Kaufmann Ulrich Kneller, 6457 Maintal 2, Goethestraße 150, Tel.-Nr. 0 61 94/6 10 51.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 27. 8. 1982 Amtsgericht

3522

6 VN 1/82 — **Beschluß:** Auf den bei Gericht am 23. August 1982 eingegangenen Antrag der **C. Jabs GmbH Spenglerei- und Sanitärinstallation, Oberursel (Taunus), Pfarrstraße 2,** vertreten durch den Geschäftsführer, Herrn Karl Heinz Jabs, Oberursel (Taunus), über das Vermögen der Gesellschaft das Vergleichsverfahren zu eröffnen, wird heute, am 25. August 1982, 12.00 Uhr, Herr Rechtsanwalt Dr. Gerhard Th. Walter, 6000 Frankfurt 1, Cronstettenstraße 22, Tel.-Nr. 06 11 / 55 09 65, zum vorläufigen Verwalter bestellt. Gegen die Gesellschaft wird zugleich ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen und dem Verwalter werden die Befugnisse nach § 57 Vergl.O eingeräumt.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 25. 8. 1982 **Amtsgericht**

3523

6 N 11/82: Im Konkursverfahren über das Vermögen der **SAT — Südamerika Touristik Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe, Marienbader Platz 18,** wurden für den Konkursverwalter festgesetzt: 3 000,— DM für Vergütung, 415,45 DM für Auslagen, zuzüglich Mehrwertsteuer.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 25. 8. 1982 **Amtsgericht**

3524

N 13/82: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma UNA Metall- und Kunststoff GmbH & Co., Bad Schwalbach,** hat Rechtsanwalt Maschmann um Entlassung aus seinem Amt als Konkursverwalter gebeten, weil er in seiner Eigenschaft als Konkursverwalter über das Vermögen der Firma UNA Metall- und Kunststoffbeteiligungsgesellschaft mbH — N 12/82 — mögliche Interessenkollisionen befürchtet.

Es ist daher eine Gläubigerversammlung auf Freitag, den 17. September 1982, 14.00 Uhr, Saal Nr. 10 des Amtsgerichts Bad Schwalbach einberufen.

Tagesordnung: Antragstellung auf Amtsentlassung des Konkursverwalters Rechtsanwalt Maschmann (§ 84 KO), eintretendenfalls Wahl eines neuen Verwalters und Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters sowie über die im § 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, Wahl eines Gläubigerausschusses, Anhörung über eine etwaige Einstellung des Verfahrens mangels Masse sowie Prüfung der weiteren angemeldeten und der nachträglich angemeldeten Konkursforderungen.

Der auf Freitag, den 17. September 1982, 8.00 Uhr vertagte Forderungsprüfungstermin wird aufgehoben.

6208 Bad Schwalbach, 30. 8. 1982 **Amtsgericht**

3525

81 N 15/78 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in **Firma Procura Verwaltungsgesellschaft mbH und Co. Büroservice, Zehnmorgenstraße 37, 6000 Frankfurt am Main,** wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit **aufgehoben,** § 163 KO.

6000 Frankfurt am Main, 13. 8. 1982 **Amtsgericht, Abt. 81**

3526

5 N 44/82: Konkursantragsverfahren über das Vermögen der **Firma Hesi-Schuh GmbH Produkte für Heim und Freizeit in Flieden / OT Magdlos,** gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Winfried Herrmann, Struthrain 3, 6490 Schlüchtern.

Der Schuldnerin ist am 27. August 1982 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

6400 Fulda, 27. 8. 1982 **Amtsgericht, Abt. 5**

3527

5 N 40/82 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der **Firma STABIRO-Vertrieb Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Heinrichstraße 64, 6400 Fulda,** gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Wilhelm Schlömer in 6419 Burghaun, Städeweg 24/30, wird heute, am 30. August 1982, 11.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Steuerberater K. E. Gärtner, 6400 Fulda, Lindenstraße Nr. 28. Konkursforderungen sind bis zum 10. Dezember 1982, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis einen Tag vor der Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 14. Oktober 1982, 9.30 Uhr, Königstraße 38, Zimmer Nr. 210; Prüfungstermin: 3. Februar 1983, 9.30 Uhr, bei dem Amtsgericht Fulda, Zimmer Nr. 210. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 23. September 1982.

6400 Fulda, 30. 8. 1982 **Amtsgericht, Abt. 5**

3528

1 N 4/80 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau **Ilse Junginger,** Inhaberin der nicht eingetragenen **Firma Juco Chemie, Frankfurter Straße 29, 6272 Niedernhausen,** wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO) bei Verweigerung von Vorschußzahlungen in Höhe von 20 000,— DM sowie zur Prüfung von nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Mittwoch, den 22. September 1982, 9.00 Uhr, Zimmer 7, im unterzeichneten Gericht bestimmt.

6270 Idstein, 23. 8. 1982 **Amtsgericht**

3529

65 N 49/81: Das am 8. April 1981 über das Vermögen der **Rehn-Rohrleitungs-, Maschinen- und Hydraulikbau GmbH Kassel in 3500 Kassel, Erfurter Straße 15,** vertreten durch die Geschäftsführerin Ilse Rehn, eröffnete Konkursverfahren, ist mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse **eingestellt** (§ 204 KO).

3500 Kassel, 28. 7. 1982 **Amtsgericht, Abt. 65**

3530

65 VN 5/82: Der Kaufmann **Gunther Wallenda, Kassel-Waldau, Falderbaumstraße 20,** hat durch einen am 20. August 1982 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt. Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Frank Ziegler, Kassel, Untere Königsstraße 71, zum vorläufigen Verwalter bestellt. Folgende Verfügungsbeschränkungen werden dem Schuldner auferlegt: Über Vermögensgegenstände darf der Schuldner nur mit Zustimmung des vorl. Verwalters verfügen. Verbindlichkeiten darf er nur mit dessen Zustimmung eingehen. Auf Verlangen des vorl. Verwalters hat er zu gestatten, daß alle eingehenden Gelder nur von diesem entgegengenommen und Zahlungen nur von diesem geleistet werden (§§ 12, 57 ff VglO).

3500 Kassel, 23. 8. 1982 **Amtsgericht, Abt. 65**

3531

65 N 142/81: In dem Konkursverfahren über das Vermögen von Frau **Christa Rey, Niestetal 1, Friedhofsweg 14—16,** Inhaberin des gleichlautenden Fuhrunternehmens, ist Termin zur Anhörung der Gläubiger über die Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse gegebenenfalls zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Dienstag, 5. Oktober 1982, 11.30 Uhr, Raum 083 (Untergeschoß), im Gerichtsgebäude Frankfurter Straße 9, Kassel.

3500 Kassel, 16. 8. 1982 **Amtsgericht, Abt. 65**

3532

1 N 5/77: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schriftsetzers **Klaus-Jürgen Ebbrecht in Korbach-Lengefeld, Haus Nr. 39,** Alleininhaber der handelsgerichtlich eingetragenen **Firma Druckerei H. Ebbrecht in Korbach,** wird nach Abhaltung des Schlußtermins **aufgehoben.**

3540 Korbach, 20. 8. 1982 **Amtsgericht**

3533

7 N 51/82: Über das Vermögen der **Firma Gewo-Baubetreuungs-GmbH, Kolbestraße Nr. 18, 6074 Rödermark,** ist am 24. August 1982, 13.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. H. G. Haischmann, Frankfurter Straße 10—12, 6072 Dreieich. Konkursforderungen sind bis 30. November 1982, zweifach schriftlich, Zinsen berechnet bis zur Eröffnung, bei Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 12. Oktober 1982, 10.00 Uhr, Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 9. Dezember 1982, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Straße 27, Saal 20. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 30. September 1982 anzeigen.

6070 Langen, 24. 8. 1982 **Amtsgericht**

3534

7 N 182/81: Über das Vermögen des Kaufmanns **Theodor Biesen, Tannenweg Nr. 19, 6078 Neu-Isenburg,** vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Graf Praschma, Westendstraße 88, 6000 Frankfurt am Main, wird heute, am 27. August 1982, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Herr Karl Polkin, Frankfurter Str. 61, 6050 Offenbach am Main.

Konkursforderungen sind bis 7. Oktober 1982 bei Gericht in doppelter Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung ausgerechneten Zinsen anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände: 11. Oktober 1982, 9.00 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen: 10. November 1982, 9.00 Uhr, jeweils vor dem Amtsgericht, Geb. D, Luisenstraße 16, Saal 824.

Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 7. Oktober 1982.

6050 Offenbach am Main, 27. 8. 1982 **Amtsgericht**

3535

3 N 1/73: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Maurermeisters und Bauunternehmers **Alfons Hofmann, Stephanshausen/Rhg., Haupstr. 11,** wird nach Abhaltung des Schlußtermins **aufgehoben.**

6220 Rüdesheim am Rhein, 20. 8. 1982

Amtsgericht

3536

N 35/82: Über das Vermögen der **Firma Herbert Beckmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Jakob-Heil-Weg 4, 6054 Rodgau 5,** vertreten durch den Geschäftsführer Herbert Beckmann, wohnhaft daselbst, ist am 20. August 1982, 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsbeistand Hans-Norbert Janitz, Königsberger Straße 8, 6453 Seligenstadt. Konkursforderungen sind bis 15. Oktober 1982 zweifach bei Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 137 KO bezeichneten Gegenstände: 13. September 1982, 14.00 Uhr, und zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 11. November 1982, 14.00 Uhr, im Amtsgericht Seligenstadt, Saal 13. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner aushändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 10. September 1982 anzeigen.

6453 Seligenstadt, 20. 8. 1982 **Amtsgericht**

3537

62 N 107/82: Über das Vermögen der **HM Roh-Fleisch Import-Export Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wiesbaden, Gartenfeldstraße 57,** gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Claude Brum, Wiesbaden, Sonnenberger Straße Nr. 76, Claude Hess, Offenbach, Wilhelmstraße 68, und Richard Hofmann, Offenbach, Am Hinterberg 21, wird heute, am 27. August 1982, 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Dipl.-Volkswirt Gerd Funcke, Unternehmensberater, 6500 Mainz 1, Uferstraße 39.

Anmeldungen (doppelt) bis 30. September 1982.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Mittwoch, dem 20. Oktober 1982, 14.00 Uhr, Zimmer 243.

6200 Wiesbaden, 27. 8. 1982

Amtsgericht, Abt. 62

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3538

8 K 67/81: Das im Grundbuch von Bad Vilbel, Bezirk Petterweil, Band 13, Blatt Nr. 683, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Petterweil, Flur Nr. 1, Flurstück 597/1, Hof- und Gebäudefläche, Chattenweg 1, Größe 4,33 Ar,

soll am 26. November 1982, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Frankfurter Straße 132, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 10. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Erna Waltraud Thalmann geb. Müller (geb. am 31. 3. 1933), Ober-Erlenbacher Weg 1, 6365 Rosbach 3,

b) Richard Müller (geb. am 23. 9. 1937), Chattenweg 1, 6367 Karben 6,

c) Heinrich Müller (geb. am 23. 9. 1937), Chattenweg 1, 6367 Karben 6,

d) Karl Adalbert Bender (geb. am 3. 5. 1947), Am Erlenborn 22, 6484 Völzberg/Birstein,

e) Siegmar Bender (geb. am 26. 8. 1951), Feldstraße 2, 6367 Karben 3,

f) Anita Müller geb. Bender (geb. am 8. 5. 1956), Vogelsbergstraße 9, 6364 Florstadt 2,

g) Reinhold Bender (geb. am 19. 9. 1959), Chattenweg 1, 6367 Karben 6,

zu a) bis g) — in Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel 1, 23. 8. 1982 **Amtsgericht**

3539

8 K 66/81: Die im Grundbuch von Klein-Karben, Band 64, Blatt 2509, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Karben, Flur 3, Flurstück 14/11, Bauplatz, Robert-Bosch-Straße, Größe 5,45 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Klein-Karben, Flur 3, Flurstück 14/14, Bauplatz, Robert-Bosch-Straße, Größe 7,50 Ar,

sollen am 19. November 1982, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Frankfurter Straße 132, Zimmer Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 10. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Sideta Bau Gesellschaft mbH, 6000 Frankfurt am Main.

Der Wert der Grundstücke ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden

für lfd. Nr. 1 auf 21 800,— DM,
für lfd. Nr. 2 auf 30 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel 1, 26. 8. 1982 **Amtsgericht**

3540

4 K 65/81: Die im Grundbuch von Staffel, Band 2, Blatt 35, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Staffel

lfd. Nr. 42, Flurstück 28, Ackerland, Die Klingenwiese, Größe 17,38 Ar,

lfd. Nr. 43, Flurstück 30, Ackerland, Die Klingenwiese, Größe 34,76 Ar,

lfd. Nr. 48, Flurstück 99, Ackerland, Grünland und Pfad, In den krummen Wiesen, Größe 33,58 Ar,

lfd. Nr. 50, Flurstück 103, Ackerland, In den krummen Wiesen, Größe 25,27 Ar,

lfd. Nr. 51, Flurstück 106, Ackerland und Weg, In den krummen Wiesen, Größe 12,56 Ar,

lfd. Nr. 54, Flurstück 114, Streuwiese, Unter dem Balkhäuser Weg, Größe 22,34 Ar,

lfd. Nr. 55, Flurstück 115, Ackerland, Unter dem Balkhäuser Weg, Größe 32,61 Ar,

lfd. Nr. 57, Flurstück 123, Ackerland, Unter dem Balkhäuser Weg, Größe 38,78 Ar,

lfd. Nr. 58, Flurstück 125, Grünland und Unland, Vor den Wiesen, Größe 27,09 Ar,

lfd. Nr. 60, Flurstück 129, Ackerland, Vor den Wiesen, Größe 58,97 Ar,

lfd. Nr. 64, Flurstück 141, Ackerland, Vor den Wiesen, Größe 51,07 Ar,

lfd. Nr. 65, Flurstück 143, Ackerland, Vor den Wiesen, Größe 23,31 Ar,

lfd. Nr. 66, Flurstück 145, Ackerland, Vor den Wiesen, Größe 57,97 Ar,

lfd. Nr. 69, Flurstück 159, Ackerland, In den Lochwiesen, Größe 50,26 Ar,

lfd. Nr. 72, Flurstück 187, Ackerland, Vor den Klingenwiesen, Größe 62,60 Ar,

lfd. Nr. 73, Flurstück 188, Wald, Vor den Klingenwiesen, Größe 30,10 Ar,

lfd. Nr. 76, Flurstück 80/1, Grünland und Streuwiese, In den Hollerwiesen, Größe 18,29 Ar,

lfd. Nr. 79, Flurstück 84/1, Grünland, In den Hollerwiesen, Größe 7,71 Ar,

lfd. Nr. 82, Flurstück 90/2, Grünland (Obstbaumstück), Vor den Wiesen, Größe 44,29 Ar,

lfd. Nr. 84, Flurstück 127/1, Grünland, Vor den Wiesen, Größe 27,86 Ar,

lfd. Nr. 86, Flurstück 131/1; Ackerland, Vor den Wiesen, Größe 197,94 Ar,

lfd. Nr. 88, Flurstück 139/1, Grünland, Vor den Wiesen, Größe 5,78 Ar,

lfd. Nr. 90, Flurstück 147/1, Ackerland und Grünland, Vor den Wiesen, Größe 13,44 Ar,

lfd. Nr. 110, Flurstück 150/1, Hof- und Gebäudefläche und Ackerland, Ortsstraße Nr. 13, Größe 121,78 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 11. November 1982, 13.30 Uhr, Raum 203, 1. Stock im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 1. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Anton Köttig, Landwirt, Lautertal-Staffel,

b) dessen Ehefrau, Leande Marie Köttig geb. Früchtl, daselbst,

— je zur ideellen Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 23. 8. 1982 **Amtsgericht**

3541

4 K 12/82: Das im Grundbuch von Lorsch, Band 131, Blatt 5721, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lorsch, Flur 11, Flurstück 267/1, Bauplatz, Beethovenstraße, Größe 3,39 Ar,

soll am Mittwoch, dem 1. Dezember 1982, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstr. 26, Raum 203, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 3. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Erna Gärtner geb. Mathiä, geb. 13. 5. 1942, Kerpen (Rheinland).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 4. 8. 1982 **Amtsgericht**

3542

31 K 6/82: Der im Grundbuch von Hering, Band 36, Blatt 1573, eingetragene Grundbesitz

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hering, Flur 2, Flurstück 44, Grünland, Am Schafetsbrunnen, Größe 5,88 Ar,

soll am Dienstag, dem 2. November 1982, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, Zimmer 110, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 2. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans Helmut Stuckert, Dietzenbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 764,— Deutsche Mark.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71 / 20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 27. 8. 1982 **Amtsgericht**

3543

8 K 2/82: Das im Grundbuch von Wissenbach, Band 50, Blatt 1689, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Wissenbach, Flur Nr. 6, Flurstück 717/4, Hof- und Gebäudefläche, Bezirksstraße 44, Größe 5,81 Ar,

soll am Mittwoch, dem 24. November 1982, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 1. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Klaus Gerhard Schaffner, Eschenburg-Wissenbach, Bezirksstr. 52.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 173 615,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 30. 8. 1982 **Amtsgericht**

3544

K 11/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Frankenberg (Eder), Band 215, Blatt 7340,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankenberg, Flur 49, Flurstück 15, Hof- und Gebäudefläche, Geismarer Str. 23, Größe 5,70 Ar,

soll am Mittwoch, dem 16. Februar 1983, 10.00 Uhr, Raum 24, 1. Stock, im Gerichtsgebäude Frankenberg (Eder), Geismarer Straße 22, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 4. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Wilfried Krauskopf in Frankenberg (Eder).

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 130 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 17. 8. 1982 **Amtsgericht**

3545

84 K 154/81 — **Zwangsversteigerung:** Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 45, Band 100, Blatt 3326, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung 45, Flur 8, Flurstück 611/78, Hof- und Gebäudefläche, Landgraf-Philipp-Straße 4, Größe 5,43 Ar,

soll am Freitag, dem 26. November 1982, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main 1, Zimmer 160, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 9. 1981 (Versteigerungsvermerk):

Frau Maria Agnes Baer geb. Sauter, in Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 780 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 18. 8. 1982 **Amtsgericht, Abt. 84**

3546

84 K 72/81 — **Zwangsversteigerung:** Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Abteilung Höchst, Bezirk 53, Band 92, Blatt 2297, eingetragene Erbbaurecht lfd. Nr. 1 und 2 zu 1 an dem Grundstück im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 53, Blatt 1078, unter

lfd. Nr. 1154, Gemarkung Schwanheim, Flur 46, Flurstück 235, Hof- und Gebäudefläche, Schüttenhelmweg 52, Größe 6,56 Ar,

verzeichnet dort in Abteilung II, lfd. Nr. 260, dauernd bis zum 31. 12. 2040,

soll am Donnerstag, dem 24. Februar 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 4. 1981 (Versteigerungsvermerk):

a) Schreiner Horst Adolf Liedtke in Frankfurt am Main,

b) Gertrude Liedtke geb. Franke (verstorben),

— je zur Hälfte —.

Der Wert des Erbbaurechts ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 285 000,— Deutsche Mark, je ideeller Hälfte auf 142 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 25. 8. 1982 **Amtsgericht, Abt. 84**

3547

61/81: Der im Grundbuch von Nieder-Mörlen, Band 55, Blatt 2279, eingetragene Grundbesitz

lfd. Nr. 2, Gemarkung Nieder-Mörlen, Flur 5, Flurstück 164/8, Hof- und Gebäudefläche, Egerlandstraße 16, Größe 8,98 Ar,

soll am Freitag, dem 3. Dezember 1982, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Str. 18, Raum 32, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 7. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans-Kurt Hensel und dessen Ehefrau Hannelore Hensel geb. Backhaus, Bad Nauheim 3, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 800 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 17. 8. 1982 **Amtsgericht**

3548

5 K 140/81: Das im Grundbuch von Dalherda, Band 22, Blatt 665, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 5, Gemarkung Dalherda, Flur 1, Flurstück 66, Lieg.-B. 80, Gebäude- und Freifläche, Kirchstraße 5, Größe 8,39 Ar,

soll am 4. November 1982, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Fulda, Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 12. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Raupenfahrer Helmut Klüber,

b) seine Ehefrau Lydia Klüber geb. Hepperle,

beide in Dalherda, — als Miteigentümer je zur Hälfte —.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 112 100,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6400 Fulda, 26. 8. 1982 **Amtsgericht**

3549

K 40/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Freigericht-Bernbach, Band 37, Blatt 941, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bernbach, Flur 10, Flurstück 239, Hof- und Gebäudefläche, Konstantin-Kempf-Straße 1, Größe 6,31 Ar,

soll am Mittwoch, dem 3. November 1982, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6460 Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße Nr. 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 4. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst Schafhaupt, Birkenhainer Straße Nr. 75, 6463 Freigericht-Bernbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 371 790,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 26. 8. 1982 **Amtsgericht**

3550

K 26/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Horbach, Band 31, Blatt 861,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Horbach, Flur 18, Flurstück 8/1, Straße, Kirchstraße, Größe 0,04 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Horbach, Flur 18, Flurstück 8/2, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 31, Größe 7,58 Ar,

soll am Freitag, dem 29. Oktober 1982, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude 6460 Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße Nr. 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. 3. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kfz-Mechaniker Konrad Bohländer, Hauptstraße 31, 6463 Freigericht-Horbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für lfd. Nr. 3 auf 60,— DM,
für lfd. Nr. 4 auf 120 560,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 23. 8. 1982 **Amtsgericht**

3551

K 44/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Lettgenbrunn, Band 7, Blatt 238, Gemarkung Lettgenbrunn,

lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 21/1, Liegenschaftsbuch-Nr. 169, Hof- und Gebäudefläche, Südmährer Weg 29, Größe 9,45 Ar,

soll am Freitag, dem 29. Oktober 1982, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6460 Gelnhausen, Philipp-Reis-Str. Nr. 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 5. 1980 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Bodenburg, Manfred, Reisebürokaufmann,

b) Bodenburg, geb. Groll, Tilly,
beide Würzburger Straße 12, 6480 Wächtersbach-Aufenau, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes wird gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 504 642,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 20. 8. 1982 **Amtsgericht**

3552

24 K 24/82: Das im Grundbuch von Mörfelden, Band 173, Blatt 7789, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mörfelden, Flur Nr. 10, Flurstück 645, Betriebsgelände, Gerauer Straße 52, Größe 25,13 Ar,

soll am Dienstag, dem 26. Oktober 1982, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude/Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal im Tiefgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 3. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

4a) Tiefenbach, Robert, geb. am 28. 3. 1951, — zu 1/6 —,

b) Tiefenbach, Peter, geb. am 24. 4. 1957, — zu 1/6 —,

c) Tiefenbach, Philipp, geb. am 16. 12. 1953, — zu 1/6 —,

d) Tiefenbach, Willi, geb. am 2. 3. 1959, — zu 1/6 —,

e) Tiefenbach, Katharina, geb. am 4. 5. 1966, — zu 1/6 —,

f) Tiefenbach, Monika, geb. am 6. 2. 1968, — zu 1/6 —,

zu a) bis f): Gerauer Straße 52, 6082 Mörfelden-Walldorf.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 800 000,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 19. 8. 1982 **Amtsgericht**

3553

42 K 75/81: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Rückingen, Band 97, Blatt 2864, eingetragene Miteigentumsanteil von 380,801/10 000stel an dem Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rückingen, Flur Nr. 17, Flurstück 244/1, Hof- und Gebäudefläche, Westerwaldstraße 8, 10, 12, Größe 22,42 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Gebäudeteil Nr. 10 im 1. Obergeschoß links gelegenen Wohnung nebst Kellerraum, im Aufteilungsplan mit Nr. 14 bezeichnet (76,03 qm) versteigert werden.

Die Veräußerung bedarf der Zustimmung des Verwalters außer im Fall der a) Veräußerung an Ehegatten (auch frühere) und an in gerader Linie oder zweiten Grades in der Seitenlinie Verwandte, b) Veräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung oder durch den Konkursverwalter.

Nutzungsregelung hinsichtlich der Kfz-Abstellplätze ist getroffen.

Die zu den in Blatt 2851 bis 2880 eingetragenen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränken sich gegenseitig. Unter Bezug auf die Bewilligung vom 19. 9. 1980 von Blatt 1717 übertragen am 5. 3. 1981.

Versteigerungstermin am 28. Oktober 1982, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragener Eigentümer am 23. 7. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Hans-Jürgen Schmidt in 6450 Hanau.

Der Wert der Eigentumswohnung ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 138 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 24. 8. 1982 **Amtsgericht, Abt. 42**

3554

2 K 17/82 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Wehrheim, Band 100, Blatt 3311, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wehrheim, Flur Nr. 64, Flurstück 31/1, Hof- und Gebäudefläche, Wiesenau 28, Größe 6,20 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Wehrheim, Flur Nr. 64, Flurstück 28/2, Bauplatz, Karlsbader Straße 9, Größe 5,36 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Wehrheim, Flur Nr. 64, Flurstück 30/2, Bauplatz, Wiesenau, Größe 2,88 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Wehrheim, Flur Nr. 64, Flurstück 31/3, Bauplatz, Wiesenau 28, Größe 1,97 Ar,

sollen am Dienstag, dem 2. November 1982, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 6. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Willi Teusch in Wehrheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für lfd. Nr. 2 auf	1 196 000,— DM,
für lfd. Nr. 4 auf	147 400,— DM,
für lfd. Nr. 5 auf	79 200,— DM,
für lfd. Nr. 6 auf	54 175,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6390 Usingen, 28. 8. 1982 **Amtsgericht**

3555

2 K 9/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Eschbach, Band 43, Blatt 1451, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eschbach, Flur 2, Flurstück 61/16, Hof- und Gebäudefläche, Lenaustraße 9, Größe 7,30 Ar,

soll am Dienstag, dem 2. November 1982, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 3. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Ulrich Kleta und Bernhild Kleta geb. Hörr, Eschbach, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 410 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6390 Usingen, 18. 8. 1982 **Amtsgericht**

3556

2 K 43/81 — **Beschluß:** Der halbe Grundstücksanteil des Günter Konrad an dem im Grundbuch von Niederreifenberg, Band Nr. 23, Blatt 789, eingetragenen Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederreifenberg, Flur 5, Flurstück 107, Ackerland, Obere Haidchen, Größe 13,72 Ar,

soll am Dienstag, dem 9. November 1982, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 11. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Bezüglich des beschlagnahmten halben Grundstücksanteils:

Günter Konrad in Straßkirchen.

Der Wert des halben Grundstücksanteils ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 61 740,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6390 Usingen, 19. 8. 1982 **Amtsgericht**

3557

3 K 89/81; 3 K 51/82: Das im Grundbuch von Asslar, Band 97, Blatt 3285, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Asslar, Flur 19, Flurstück 117/4, Hof- und Gebäudefläche, Karlstraße 20, Größe 2,93 Ar,

soll am 8. Dezember 1982, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 9. 1981/28. 5. 1982 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Durmus Demir und Aysel Demir geb. Isik, Wetzlar, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG durch Beschluß vom 20. Juli 1982 auf 283 000,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 24. 8. 1982 **Amtsgericht**

3558

3 K 117/81: Das im Grundbuch von Wetzlar, Band 248, Blatt 8532, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wetzlar, Flur 12, Flurstück 488/92, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße (Haus Nr. 20), Größe 10,43 Ar,

soll am 1. Dezember 1982, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. 1. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Borka Andjelkovic geb. Perkovic, Frankfurter Straße 20, 6330 Wetzlar.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG durch Beschluß vom 17. März 1982 auf 772 000,— DM festgesetzt worden. Im Termin am 28. Juli 1982 wurde die Erteilung des Zuschlags gem. § 85a Abs. 2 ZVG versagt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 13. 8. 1982 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

Widmung einer Neubaustrecke der Kreisstraße 205 in der Gemarkung Rainrod der Stadt Schotten, Vogelsbergkreis, Regierungsbezirk Gießen

Die im Zuge der Kreisstraße 205 in der Gemarkung Rainrod der Stadt Schotten im Vogelsbergkreis, Regierungsbezirk Gießen, neugebaute Strecke

von km 0,176 neu (bei km 0,177 alt)
bis km 0,684 neu (bei km 0,611 alt) = 0,508 km

wird mit Wirkung vom 1. Juli 1982 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Teilstrecke der Kreisstraße 205.

Rechtsmittelbelehrung:
Gegen diese Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Vogelsbergkreis — Kreisausschuß —, Goldhelg 20, 6420 Lauterbach (Hessen) 1, Widerspruch erhoben werden.

6420 Lauterbach (Hessen), 20. August 1982

Vogelsbergkreis
Der Kreisausschuß

Öffentliche Ausschreibungen

DARMSTADT: Die Bauleistungen zur Fahrbahninstandsetzung an der Kreisstraße 69 zwischen Beedenkirchen (Bauamtsgrenze) und Brandau (km 0,000 bis km 0,639) sollen vergeben werden.

Leistung u. a.:

ca. 3 400 m²	**bit. Fahrbahn mit Haftkleber ansprühen**
ca. 540 t	**Asphaltbinder 0/16 mm einbauen**
ca. 3 200 m²	**Asphaltbeton 0/11 mm 3,5 cm dick einbauen**
ca. 150 t	**Steinerde einbauen**
ca. 1 500 m²	**Flächen mit Grassamen einsäen**

und Nebenarbeiten.

Bauzeit: 18 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 15. September 1982 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 3,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 35599-602 beim Postscheckamt Frankfurt am Main mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Kreisstraße 69 — Fahrbahninstandsetzung".

Eröffnung: Mittwoch, den 22. September 1982, 11.00 Uhr.

Zuschlags- und Bindefrist: 6. Oktober 1982.

6100 Darmstadt, 30. August 1982 **Hessisches Straßenbauamt**

HANAU: Die Bauleistungen für Deckenerneuerung Landesstraße 3199 zwischen Joßgrund-Burgjoß und Bad Orb, Main-Kinzig-Kreis, Baulänge ca. 2 500 m, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

1 000 m²	**bit. Fahrbahn schälen**
500 t	**Asphaltbinder (Profilausgleich)**
17 500 m²	**Asphaltbeton 0/11 mm**
3 000 m²	**Seitenstreifen regulieren**

Bauzeit: 2 Monate.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 9. September 1982 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 8,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt am Main, Postscheckkonto 6821-601 beim Postscheckamt Frankfurt am Main, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Deckenerneuerung Landesstraße 3199 zwischen Joßgrund-Burgjoß".

Eröffnungstermin: Dienstag, den 21. September 1982, um 10.00 Uhr, im Verhandlungsraum.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** beträgt 18 Werktage.

6450 Hanau am Main, 27. August 1982 **Hessisches Straßenbauamt**

HANAU: Die Bauleistungen für die Deckenerneuerung der Landesstraße 3445 in der Ortsdurchfahrt Neuberg, Ortsteil Rüdigheim, Main-Kinzig-Kreis, Baulänge ca. 800 m, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

ca. 4 800 m²	**Asphaltbeton**
ca. 100 t	**Asphaltbinder**
ca. 1 600 m²	**Fräsarbeiten**

Bauzeit: 2 Monate.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 10. September 1982 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 8,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt am Main, Postscheckkonto 68 21-601 beim Postscheckamt Frankfurt am Main, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Landesstraße 3445 OD Neuberg-Rüdigheim".

Eröffnungstermin: Mittwoch, den 22. September 1982, um 10.00 Uhr, im Verhandlungsraum.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** beträgt 18 Werktage.

6450 Hanau am Main, 27. August 1982 **Hessisches Straßenbauamt**

Öffentliche Ausschreibung

Der Magistrat der Stadt Offenbach am Main beabsichtigt, das Regenüberlaufbecken 21 an der Strahlenbergerstraße in Offenbach am Main zu vergeben.

Es kommen zur Ausführung:

ca. 4 000 m³	**Erdaushub**
ca. 1 800 m³	**Erdaushub und Wiedereinbau**
ca. 15 000 m³	**Boden liefern und einbauen**
ca. 3 200 m³	**Stahlbeton**
ca. 3 700 m²	**Stahlbetonrippendecke**
ca. 1 500 m²	**Wegebauarbeiten**
ca. 600 m²	**Spaltplatten verlegen**
ca. 400 t	**Stahl**

Ausschreibungsunterlagen (zweifach) sind bis zum 20. September 1982 bei dem Tiefbauamt Offenbach, Berliner Str. 50—52, 6050 Offenbach am Main, anzufordern.

Die Schutzgebühr von DM 100,— ist vor Anforderung auf das Konto 2010755 der Stadtkasse Offenbach am Main bei der Städt. Sparkasse Offenbach, BLZ 505 500 20 unter der Haushaltsstelle 1.6020.1183.2 zu entrichten. Die Einzahlungsquittung ist der Anforderung für die Unterlagen beizufügen. Eine Erstattung der Schutzgebühr erfolgt nicht.

Eröffnungstermin: Montag, 11. Oktober 1982, 10.00 Uhr, Tiefbauamt, Berliner Str. 50—52, Zimmer 409, 6050 Offenbach am Main.

Zuschlags- und Bindefrist: 30. November 1982.

6050 Offenbach am Main, 20. August 1982

Der Magistrat der Stadt Offenbach am Main, — Dezernat VI —.

DSK

DEUTSCHE STADTENTWICKLUNGS-
GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG
ORGAN DER STAATLICHEN WOHNUNGSPOLITIK
Entwicklungsträger und Treuhänder der Stadt 6057 Dietzenbach
Am Weingarten 25, 6000 Frankfurt a. M. 90, Telefon 06 11 / 77 06 41

Öffentliche Ausschreibung von Bauarbeiten

Im Zuge der Entwicklungsmaßnahme **6057 Dietzenbach** werden die Bauarbeiten für die Fernwärmeerschließung des Baugebietes 35A in Dietzenbach-Steinberg öffentlich ausgeschrieben.

Gewerk Fernwärmeleitung:

Verlegung von ca. 3 600 lfd. m. Fernleitungsrohr (Kunststoffmantelrohr-Verbundsystem aus Verbunddämmung mit Polyurethan – Hartschaum mit äußerem Schutzmantel aus HDPE) im Erdreich. Die Rohrdimensionen liegen zwischen DN 20 und DN 125. Die erforderlichen Erd- und Betonarbeiten sind im Leistungsumfang mit enthalten. Der 1. BA soll noch im November 1982 begonnen werden; die Arbeiten werden sich bis ca. 1984 erstrecken.

Ausführungszeit: 200 Arbeitstage, gesamt.

Baubeginn: 10 Tage nach Auftragserteilung.

Die Verdingungsunterlagen (Vertragsbedingungen und Leistungsbeschreibung in einfacher, Preisverzeichnis [Angebot] in doppelter Ausfertigung) können ab 13. September 1982 bei der DSK Deutsche Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, gegen Unkostenvergütung von 30,00 DM angefordert werden. Der Betrag ist auf das Konto Nr. 206 593-600 beim Postscheckamt Frankfurt a. M., mit dem Vermerk „Fernheizung Baugebiet 35A" einzuzahlen. Der Einzahlungsbeleg ist der Anforderung beizufügen. Die Unkostenpauschale wird nicht zurückvergütet.

Weitere Planungsunterlagen können vom 13. bis 29. September 1982 bei der DSK Deutsche Stadtentwicklungsgesellschaft mbH während der üblichen Sprechzeiten eingesehen werden.

Die Angebote müssen bis zum Eröffnungstermin am **1. Oktober 1982, 10.00 Uhr,** beim Tiefbauamt der Stadt Dietzenbach eingehen. Bei der Angebotseröffnung können die Bieter oder deren Bevollmächtigte anwesend sein.

Die Bieter sind bis **12. November 1982** an ihr Angebot gebunden.

Stellenausschreibungen

Der Regierungspräsident in Darmstadt

beabsichtigt, zum 1. April 1983 sowie zum 1. Oktober 1983 eine begrenzte Anzahl von

Inspektoranwärtern

einzustellen.

Einstellungsbedingungen:

Mindestalter 18 Jahre, Höchstalter 35 Jahre zum Einstellungstermin,

Allg. Hochschulreife oder entsprechender Bildungsstand,

Bereitschaft zum Einsatz im gesamten Bereich der inneren Verwaltung des Landes Hessen.

Bewerbungen sind zu richten an:

Regierungspräsident in Darmstadt, – Personaldezernat –, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt.

Folgende Unterlagen sind beizufügen: Ausführlicher handgeschriebener Lebenslauf, letztes Schulzeugnis und etwaige Berufszeugnisse.

Bewerbungsschluß ist der 31. Oktober 1982.

Persönliche Vorstellungsgespräche nur nach vorheriger Aufforderung.

Adressenfeld

Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Buch- u. Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1. 1 Y 6432 A

DZT DEUTSCHE ZENTRALE FÜR TOURISMUS E.V.

Bei der Deutschen Zentrale für Tourismus e. V. (DZT) ist in Kürze die

Stelle des Gruppenleiters „Organisation, Haushalt, EDV"

neu zu besetzen.

Aufgaben:

Leitung einer Geschäftsgruppe der Hauptverwaltung in Frankfurt am Main mit derzeit 14 Mitarbeitern in den Arbeitsgebieten

- Finanz- und Haushaltswesen – Bundeshaushaltsordnung (BHO) –, Reisekosten, Umzugskosten, Beihilfen
- Buchhaltung (Kameralistik)
- Personalverwaltung, einschl. BAT.

Die DZT wirbt über 26 Vertretungen und Agenturen in 24 Ländern für den Tourismus nach Deutschland. Sie ist institutionell aus dem Bundeshaushalt gefördert (95% des Etats) und damit an das Haushalts- und Personalrecht des Bundes gebunden.

Die Stelle ist im Stellenplan nach Verg.Gr. II a BAT ausgewiesen.

Die Vergütung richtet sich nach dem BAT mit den üblichen Leistungen des öffentlichen Dienstes, einschließlich Zusatzversorgung – VBL –; gleitende Arbeitszeit.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild, Darstellungen der bisherigen Tätigkeiten werden bis Ende September erbeten an die

Deutsche Zentrale für Tourismus e. V.,
Beethovenstraße 69, 6000 Frankfurt am Main 1.

Reklamationen

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers bitte sofort an den Verlag richten.

Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind beim Verlag aufzugeben. Bezugspreis: halbjährlich 56,20 DM (einschließlich Porto und 6,5 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementkündigung mit einer Frist von 6 Monaten zum 30. 6. und 31. 12. Der Preis von Einzelstücken beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandspesen und 6,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den „Öffentlicher Anzeiger": Kurt Hummel. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden.

Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstr. 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie alle Angelegenheiten für den „Öffentlicher Anzeiger" zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen): Telefon 0 61 22 / 80 71, Apparat 99 Fernschreiber: 4 186 648. Anzeigenschluß: 11 Tage vor Erscheinen (jeweils donnerstags für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang). Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 20 vom 1. Juli 1982. – Anfertigung von Klischees zum Selbstkostenpreis. Der Umfang der Ausgabe Nr. 36 vom 6. September 1982 beträgt 40 Seiten.